Friedensbewegung in der DDR — Seite 6

1 H 3752 C

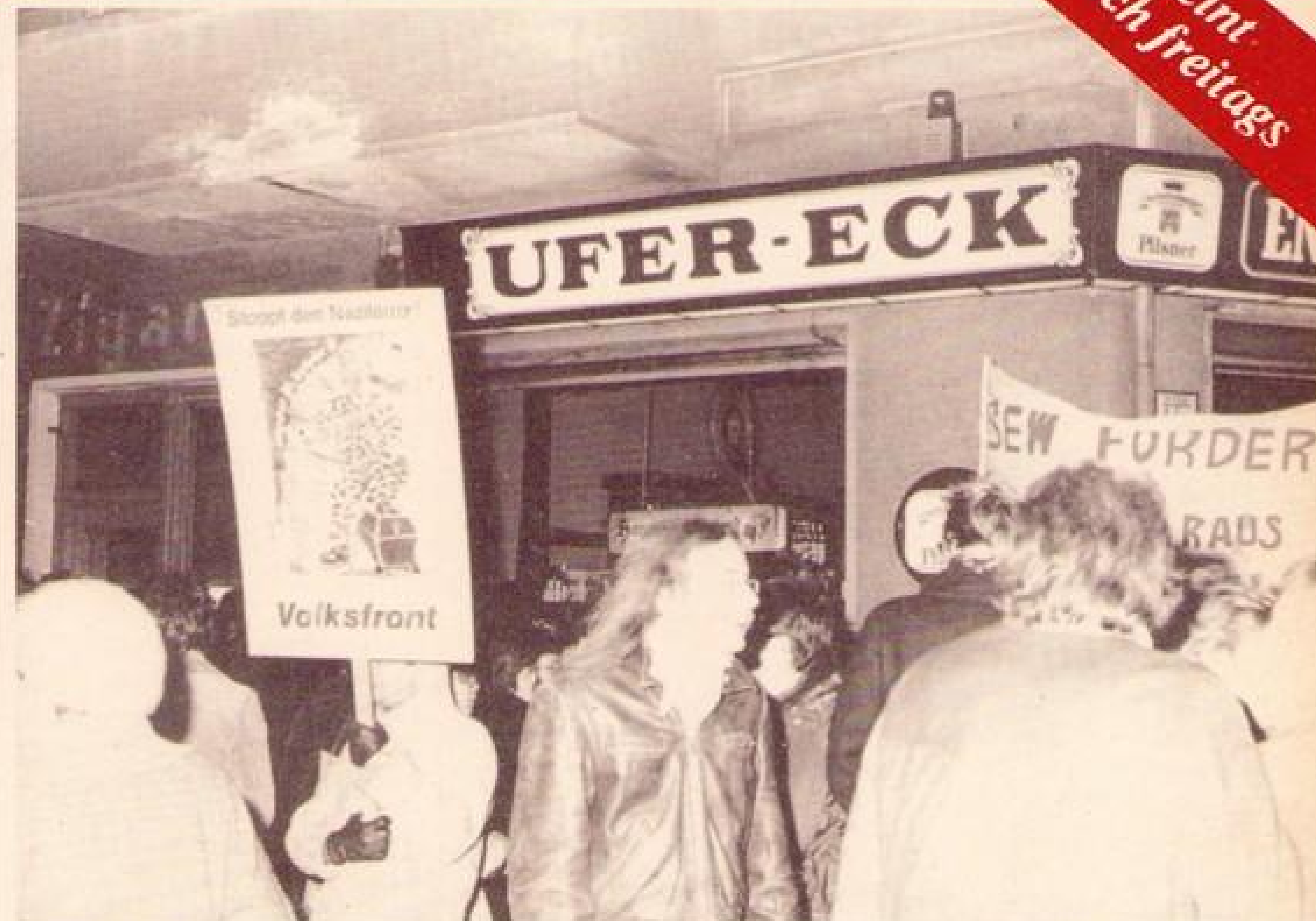
Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 8 vom 26. Februar 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM



NPD-Veranstaltungen verhindert — wurden in den letzten Tagen im Wedding in Westberlin (unser Bild) und in Bremerhaven. Im Wedding gelang es der Polizei nur, den bereits anwesenden NPDlern freies Geleit zu verschaffen, nachdem kurzfristig über 100 Antifaschisten sich zum Protest versammelt hatten. In Bremerhaven stand ein Jungnazi allein ebenfalls etwa 100 Antifaschisten gegenüber, bei einer von den Jungen Nationaldemokraten geplanten Demonstration. (Siehe auch Seite 8).

Verschärfte Angriffe auf Arbeitslose

Stingls Pläne sind unzumutbar!

NÜRNBERG. — Die Bundesanstalt für Arbeit hat vor einigen Tagen Richtlinien für eine Neuregelung der Zumutbarkeit bei der Vermittlung von Arbeitslosen vorgelegt. Zu einer Senkung der Arbeitslosenzahlen völlig ungeeignet, sollen sie Kapitalisten und Staat Einsparungen in Millionenhöhe bringen, den Konkurrenzkampf der Arbeiter untereinander verschärfen und die Arbeitskraft für die Kapitalisten billiger und leichter verfügbar machen.

Der Entwurf für die drastische Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung sieht unter anderem eine Einstufung der Arbeitssuchenden in fünf Kategorien vor. Diese Rangfolge, die die Prioritäten bei der vom Arbeitsamt vorgenommenen Vermittlung angibt, sähe so aus:

1. Hochschulausbildung,
2. Fachhochschulausbildung,
3. Fachschulausbildung, 4. Ausbildung in einem Ausbildungsberuf, 5. Alle übrigen Beschäftigungen.

Der soziale Abstieg bei Arbeitslosigkeit wird vorprogrammiert: Bereits nach vier, spätestens (bei nachzuweisendem „sachgerechten Eigenbemühen") nach sechs Monaten erfolgt eine Abruppierung, soll man eine Arbeit annehmen, die berufsfremd, weniger qualifiziert und schlechter bezahlt ist.

Dazu kommt eine erhöhte Belastung auf allen Gebieten. So werden tägliche Pendelzeiten von insgesamt etwa drei Stunden für zumutbar erklärt. Bereits innerhalb der ersten vier Monate der Arbeitslosigkeit soll eine „vorübergehende Beschäftigung" zumutbar sein; nach Äußerungen von Experten ist dabei an Arbeitseinsätze wie Schneeschippen u. ä. gedacht. Nach vier Monaten soll auch der Anspruch auf die Vermittlung von Teilzeitarbeitsplätzen wegfallen, wovon besonders Frauen betroffen sind, die dann von der Vermittlung ausgeschlossen werden und folgerichtig auch in der Arbeitslosenstatistik nicht mehr auftauchen.

Die IGM gab bekannt, notfalls auch mit einer Verfassungsklage gegen diese Pläne vorgehen zu wollen. Noch notwendiger wäre sicherlich die Mobilisierung des aktiven Widerstandes aller Gewerkschafter.

Stingl gibt offen zu: Von der neuen Zumutbarkeitsverordnung könne „keine Umwandlung des Arbeitsmarktes zum Besseren" erwartet werden, sie solle es vielmehr ermöglichen, „die Ausbeuter des sozialen Netzes zu erfassen"! Und diese Ausbeuter sind offenbar all die Kollegen, die Arbeit in ihrem Beruf suchen!

Ein reiner Feldzug zur Verschlechterung der Bedingungen, unter denen die Arbeiterklasse zu leben gezwungen ist, zu denen sie ihre Arbeitskraft den Kapitalisten verkaufen kann.

Die Verschärfung der Zumutbarkeit ist Bestandteil des „Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetzes", das zum verabschiedeten „Sparpaket" der Bundesregierung gehört.

Krisenbewältigung und Aufrüstung auf unsere Kosten, das ist das Konzept von Kapitalisten und Staat, und für sie ist auch das härteste Opfer zumutbar, wenn es auf Kosten der Werktätigen geht. Dagegen muß, im Interesse aller arbeitenden Menschen, der schärfste Widerstand gesetzt werden.

Für eine Großdemonstration gegen Reagans Besuch!

DORTMUND. — Am 21. Februar richtete die Führung unserer Partei einen ausführlichen Brief an alle Unterstützerorganisationen der Bonner Friedensdemonstration vom 10. Oktober 1981 mit dem Vorschlag, sich dafür einzusetzen, daß es aus Anlaß von Reagans Besuch in Bonn eine ähnlich große Demonstration geben soll.

In dem Brief der KPD, (den wir in der kommenen Ausgabe des „Roten Morgens" im Wortlaut veröffentlichen werden), wird hervorgehoben, daß Reagan auf ausdrücklichen Wunsch des Bundeskanzlers nach Bonn kommt.

Die Verlegung des NATO-Gipfels von Brüssel nach Bonn stellt eine Provokation aller Friedenskräfte in der Bundesrepublik dar.

Die Führung der KPD setzt sich in diesem, von Genossin Karin Wagner unterzeichneten Brief auch mit dem Argument auseinander, man dürfe nicht gegen Personen demonstrieren. Dabei wird unterstrichen, daß dies insofern eine Berechtigung hat, als natürlich bestimmte Kreise, nämlich das Finanzkapital, diejenigen sind, die den Kriegskurs machen, daß aber Reagan deren Vertreter ist und daß deshalb gegen ihn demonstriert werden muß.

Weiter wird in dem Brief die Meinung der KPD unterstrichen, daß es darauf ankommt, sich für eine starke — und das heißt auch offizielle — Beteiligung des DGB an einer solchen Aktion einzusetzen.

Die KPD betont dabei, daß es auch darum geht, gegen die Politik der Stärke der NATO zu demonstrieren und gegen die Politik der Bundesregierung für eine Abkopplung der Bundesrepublik von der NATO. So wird vorgeschlagen, möglichst rasch ein erstes Vorbereitungstreffen für eine solche Großdemonstration einzuberufen.

Kongreßabgeordnete, Kirchenführer, Demonstrationen

Wachsender Widerstand gegen Reagans Salvador-Politik

WASHINGTON. — Die Streitkräfte in El Salvador sind „seit 50 Jahren korrupt bis auf die Knochen". So sprach der Abgeordnete der Demokratischen Partei im US-Kongreß Harkin. Zusammen mit seinem Parteifreund, dem Kongreßabgeordneten Oberstar und dem republikanischen Kongreßabgeordneten Coyne hatte er sich mehrere Tage in El Salvador aufgehalten. Alle drei übten abschließend scharfe Kritik an der Salvador-Politik Reagans. Damit reihen sie sich in eine Bewegung ein, die seit der offenen Einmarschdrohung in kürzester Zeit gewaltig an Breite zugenommen hat.

In der letzten Woche hatten 350 kirchliche Würdenträger in einem offenen Brief an Reagan gegen dessen Salvador-Politik protestiert und ebenfalls, wie die Abgeordneten, die sofortige Einstellung der Militärhilfe an das Regime Duartes gefordert. Dies war die größte Aktion führender kirchlicher Kreise gegen die amerikanische Regierungspolitik seit dem amerikanischen Überfall auf Vietnam.

In Dutzenden von Städten gab es in der vergangenen Woche Protestdemonstrationen, an denen sich bei mehreren davon Zehntausende beteiligten. Aufgerüttelt durch die Drohungen der Reagan-Berater und durch die amerikanischen Berichte, die die Vorwürfe des Massenmordes an die salvadorianische Regierung bestätigten, entfaltete sich in den USA eine breite Friedensbewegung. Daß sie großen Rückhalt hat, zeigte auch eine jüngst durchgeführte Meinungsumfrage in der lediglich 8 Prozent der Befragten für eine Entsendung von US-Truppen waren, während sich 89 Prozent dagegen aussprachen.

Auch dies ein Beweis dafür, daß es Reagan immer weniger gelingt, die Verbrechen der Militärjunta als „bloße kommunistische Propaganda" zu diffamieren.

1,25 Mark Stundenlohn

Der Westberliner CDU-Senat, für seine rassistische Haltung seit Innensenator Lummers Avancen vom Ende letzten Jahres bestens bekannt, hat erneut zugeschlagen. Asylbewerber werden in Berlin von nun an zur Zwangsarbeit bei der Straßenreinigung verurteilt! Von dieser Woche an trifft dies jeweils 200 Menschen, die diesen Arbeitsdienst zwei Wochen lang im Vierstundentag verrichten müssen. Bei 40 Arbeitsstunden erhalten sie für diesen Einsatz 50 Mark. Anders gesagt: Stundenlohn 1,25 Mark! 1 Mark und 25 Pfennige — ein Lohnniveau wie vor dreißig Jahren. Ein Niveau, das unter der Sozialhilfe liegt. Dies ist eindeutig eine blanke Terrormaßnahme, um den von der bürgerlichen Propaganda behaupteten großen Zustrom — den es im Vergleich zu anderen Ländern gar nicht gibt — abzubrechen. Und um nebenbei an billige Arbeitskräfte ohne jede Rechte zu kommen! Aber immerhin: anders als früher müssen sie nicht im Gleichschritt antreten und Besen präsentieren.

„Stern" bestätigt:

Startbahn West ist ein NATO-Projekt

FRANKFURT. — Die geplante Erweiterung des Frankfurter Flughafens durch die berüchtigte Startbahn West dient den Plänen der US-Militärs, soll ihnen das reibungslose Übersetzen von Truppen im Kriegsfall erleichtern. Diese von den Startbahngegnern immer wieder hervorgehobene, von den Politikern immer bestrittene Tatsache wurde jetzt durch die Meldung bestätigt, daß Außenminister Genscher und US-Botschafter Burns im März ein entsprechendes Vertragswerk unterzeichnen werden.

Der Vertrag soll, einer Veröffentlichung des Magazins „Stern" zufolge, den USA „im Krisenfall den Zugang und die Nutzung aller Einrichtungen des zivilen Teils des Rhein-Main-Flughafens sichern". Auf einer bisher geheimgehaltenen Sitzung des US-Verteidigungsausschusses im Repräsentantenhaus haben die Generäle Jim Allan und Volney F. Warner erklärt, für die im „Krisenfall" vorgesehene Überführung von sechs zusätzlichen Divisionen der US-Army seien mehr Flugzeuge und Landemöglichkeiten erforderlich.

Die Erweiterung der Aufnahmekapazität des Frankfurter Flughafens geht also direkt auf eine Forderung der US-Imperialisten zurück.

Im Interesse der von ihr mitgetragenen NATO-Strategie gibt die Bundesregierung, geben die Landesregierungen grünes Licht für diese Pläne. Damit sie durchgesetzt werden können, wird die Bevölkerung schamlos belogen, werden Polizeitruppen in Marsch gesetzt, wird Blut vergossen.

Das Bekanntwerden dieser Vorgänge bzw. ihre offizielle Bestätigung unterstreicht die Notwendigkeit und Berechtigung des Widerstandes, trotz aller Landtags- und Gerichtsbeschlüsse, und wird ihm sicherlich neuen Auftrieb geben.



Der Kampf gegen die Startbahn West ist auch ein Kampf gegen die Kriegsvorbereitung. Das haben die Startbahngegner schon lange gewußt und bewiesen.

Kommentar der Woche

Ein politischer Karnevalsscherz sei die Meldung über eine geplante Umbildung des Kabinetts, meinte Kanzler Schmidt. Das Werk politischer Heckenschützen seien solche Meldungen, ließ die sozialdemokratische Presse anschließend verlautbaren.

Nun mag dies im konkreten Fall vielleicht sogar zutreffen, der Kern der Sache liegt anderswo. In den Reaktionen der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen auf die immer tiefere Wirtschaftskrise des westdeutschen Kapitalismus. Die Kapitalisten fordern eine Politik der beschleunigten sozialen Demontage, des offenen Reallohnabbaus und der verstärkten Aufrüstung, sowie noch mehr Steuergelder in ihre Kassen. Und diese Forderungen bemühen sich die verschiedenen Bonner Parteien zu erfüllen.

Heckenschützen?

Die CDU/CSU ganz offen, indem sie ihre Argumente direkt aus den Stellungnahmen der Unternehmerverbände abschreibt. Nur mehr Profit kann Arbeitsplätze schaffen, deshalb alles für die Unternehmer — das ist der Kern der Argumente. Die FDP in den Grundzügen genauso, mit einer besonderen Betonung der Interessen jener Kreise des Bürgertums, die sie traditionell vertritt.

Und, unter vielen Windungen und Wendungen und mit einigen Abschwächungen, auch die SPD-Führung. Ganz bewußt wird hier SPD-Führung gesagt werden müssen, weil die Verhältnisse in der Partei selbst sehr unterschiedlich sind. Während es in der FDP nur eine kleine Gruppe von Linksliberalen gibt, die den Thesen des Freiburger Parteitags von 1971 nachtrauern (die längst in der Politik der Partei vergessen sind), sind die Kräfteverhältnisse in der SPD doch ganz andere.

Dies ist natürlich hauptsächlich bedingt durch die enge Bindung der Gewerkschaften an die SPD. Je mehr die gegensätzlichen Forderungen der Kapitalisten und der Arbeiter aufeinanderprallen, desto mehr wird dies zu einer Zerreißprobe für diese Partei, die trotz allem für die Mehrzahl der Arbeiter immer noch die Partei ist, die ihnen am nächsten steht. Den ganz offenen unsozialen Kurs kann die SPD nicht so steuern wie beispielsweise die CDU. Dafür liegen die Möglichkeiten der CDU, mit demagogischen Mitteln zu arbeiten, in viel engeren Grenzen als die der SPD-Führung.

„Strauß stoppen heißt nicht Schmidt wählen" unter dieser Losung bestritt vor rund anderthalb Jahren die *Volksfront* ihren Wahlkampf, der von der KPD entschieden unterstützt wurde. Eine Aussage, die zwar weit über die Reihen der *Volksfront* hinaus Anklang fand, aber dennoch nur von einem sehr kleinen Teil der Wähler unterstützt wurde.

Die Bilanz, die jetzt gezogen werden muß, erweist eindeutig, wie richtig diese Losung war. Schon sehr viel aus dem damaligen CSU-Wahlprogramm ist von der SPD verwirklicht worden. Die FDP, die Schmidt gestärkt sehen wollte, macht sich stark für eine weitere Entwicklung in diese Richtung.

Da stellt sich natürlich immer wieder die Frage, warum nicht gleich ein Wechsel der Koalition. Diese Fragestellung ist kein Ergebnis der Tätigkeit irgendwelcher Heckenschützen (solche Methoden, Gerüchte zu lancieren, gehören natürlich auch zum Bonner Geschäftsstil), sondern Ergebnis der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung seit der Wahl.

Deshalb taucht diese Frage bei jedem neuen politischen Schritt von neuem auf. Und je mehr sich der Widerstand der Arbeiterklasse verstärkt — und da sind solche Massendemonstrationen wie die in Stuttgart Ende letzten Jahres eindeutig Signale — desto schärfer wird für die SPD-Führung diese Zerreißprobe zwischen den Forderungen der Kapitalisten und den Forderungen ihrer Anhänger und der von ihr geleiteten Gewerkschaftsbewegung.

So sehr deshalb auch diese oder jene Meldung den Charakter von Eintagsfliegen haben mag, und so sehr es verdrießlich erscheinen mag, diesem nun schon ein Jahr langen Hin und Her zu folgen, widerspiegelt sich darin die politische Entwicklung in der Bundesrepublik. Und es beweist die Absicht der Herren dieses Landes „die Arbeiter wieder in ihre Schranken zu verweisen". Und offensichtlicher wird dabei auch, daß sie immer mehr, sobald als möglich einen Pferdewechsel in Bonn haben möchten, weil sie sich am „gebremsten" Verhalten der SPD stören.

Und so führt die Politik der Schmidt-Regierung, sowohl von ihrem Wesen her als auch durch die Veränderung der Kräfteverhältnisse in direkter Richtung auf eine konservative Regierungsübernahme, in deren Hintergrund immer noch Franz Josef Strauß abwartet.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Der Rentenklau geht weiter

Beiträge zur Sozialversicherung — Schröpfkelle

BONN. — Die Beschlüsse der Regierungsvorlage sind, neben verschiedenen anderen unsozialen Auswirkungen, auch ein weiterer Angriff gegen und ein tiefer Eingriff in das Sozialversicherungswesen. Neben der Verlagerung zusätzlicher Abgaben von der Renten- auf die Arbeitslosenversicherung kommt nun auch noch die Krankenversicherung der Rentner. Damit wird, sechs Jahre nach dem „Rentenschock" genannten Vertrauensbruch Helmut Schmidts an seinen Wählern, erneut den alten Menschen weggenommen, was ihnen zusteht.

Schon im Jahre 1980 war beschlossen worden, für das folgende Jahr 1981 die Beitragsmarke von 18 Prozent auf 18,5 Prozent zu erhöhen. Dies geschah auch: Zusätzliche Einnahmen von 3,5 Milliarden Mark wurden den werktätigen Menschen abgepreßt. Keine müde Mark von dieser Riesensumme floß dabei in die Kasse der Rentenversicherung! Alles wurde von der Regierung abgeschöpft, wie es so schön heißt. Geklaut sagten damals viele betroffene Rentner. Und verteilt an verschiedene Ausgabenposten des Bundeshaushalts.

Nun soll auf diesen zusätzlichen halben Prozentpunkt verzichtet werden — aber dafür dürfen dieselben Versicherten mehr zur Arbeitslosenversicherung einzahlen. Und auch das wird nicht etwa den Arbeitslosen zugutekommen, sondern „abgeschöpft" werden. Wohlgemerkt: dies alles ist vollkommen gesetzlich, dieses Recht, mit den Beiträgen der Arbeiter zu verfahren wie sie es will, hat die Regierung.



Kanzler Schmidt und der damalige Bundesbankpräsident Klasen — Hauptbeteiligte an dem 1976 geplanten Wortbruch gegenüber den Rentern.

Was aber nicht heißt, daß man bei der Rentenversicherung jetzt keine weiteren zusätzlichen Verschlechterungen zu erwarten hätte. So wird die Bewertung länger zurückliegender Beitragszeiten verringert — was eine direkte Kürzung der Renten zur Folge hat. Und dies — bezeichnenderweise — gerade im unteren Bereich, also bei den ärmsten der Rentner. Und auch, wer nach dem 40. Lebensjahr Frührentner geworden ist, muß mit einer Rentenkürzung rechnen. Diese Maßnahmen sind so drastisch, daß selbst der Vorsitzende der Bundesversicherungsanstalt für Arbeitnehmer (BfA) in Berlin jetzt von einem grundlegenden Eingriff in die große Rentenreform des Jahres 1957 sprechen mußte und zaghaft protestierte. Von diesen 25 Jahren seit der damaligen Reform sind allein die letzten acht Jahre von einem ständigen Hin und Her, zahlreichen sofort wieder zurückgenommenen Maßnahmen oder Plänen und einem für die Versicherten selbst hemmungslos unübersichtlichen Wirrwarr gekennzeichnet. Seit zwei Jahren zeigt sich die Tendenz zum Rentenabbau immer deutlicher. Und spätestens mit der Einführung der Krankenversicherungsbeiträge wird es für alle Rentner spürbar, was jetzt erst bestimmten Gruppen zugemutet wird.

Geradezu skandalös ist in diesem Zusammenhang die neue Regelung, daß auch Nebenverdienste ab 390 Mark im Monat zur Pflichtversicherung anzumelden sind. Schon jetzt haben sich seit dem 1. Januar nach Auskunft der Versicherungsanstalt Tausende gut verdienender Freiberufler und hoher Beamter für Nebentätigkeiten (wie etwa Vorlesungen an bestimmten Schulen) in die gesetzliche Pflichtversicherung aufnehmen lassen. Wobei sie nicht nur ihre private Versicherung einsparen, sondern auch noch zum Minimaltarif versichert werden, ein Fünftel dessen zahlen, was ein Arbeiter bezahlt! Bisher mußten zu diesem Kunstkniff der feinen Herren wenigstens 1 000 Mark aus der monatlichen Nebenarbeit herausspringen, was schon Abertausende von ihnen ausnutzten, die also die wirklichen Parasieten der Arbeiter und Angestelltenversicherung sind.

Durchbruch beim AKW-Programm?

Tolle Tage — für die Atomkraftlobby

BONN. — Wie ein echter rheinischer Karnevalsprinz verteilte Innenminister Baum in der Faschingsendzeit die Köstlichkeiten. Nur waren es keine Bonbons und der Mann auf der Straße bekam auch nichts davon. Es handelt sich um Milliardenbeträge und die Empfänger sind so bedürftige Leute wie Siemens, RWE und wie die ganze Lobby heißt, die der Öffentlichkeit stets einreden möchte ohne — ihre Atomkraftwerke ginge es nicht.

Nach dem dicken Geld für den Schnellen Brüter, einer der deutlichsten Fälle der bundesdeutschen Geschichte, in denen Steuergelder in die Kassen der Großkonzerne wanderten, wurden vom Innenminister Anfang Februar drei weiteren AKWs Unbedenklichkeitserklärungen ausgestellt.

Das heißt, die Länderbehörden haben grünes Licht für ihre Genehmigungen an die Betreiber erhalten. Lingen 2, das neben die stillgelegte Ruine von Lingen 1 kommen, soll Isar 2, das offensichtlich nur aus kosmetischen Gründen nicht Ohu 2 heißt, obwohl es neben Ohu 1 gebaut wird, und Biblis 3 werden ihre Erbauer reich machen. 4 000 Megawatt sollen diese drei AKWs, falls sie einmal fertig werden und dann auch noch funktionieren, liefern. Ungeachtet der Tatsache, daß alle Stromverbrauchsprognosen sich als reine Propagandalügen der interessierten Unternehmer gezeigt haben und daß in der letzten Woche öffentlich zugegeben wurde, daß der Strom aus AKWs der teuerste schlechthin sei.

Alle drei sind Druckwasserreaktoren vom Biblistyp — die AKW-Industrie kann also endlich mit der von ihr solange geforderten „Reihenproduktion" beginnen, die Kraftwerke vom Fließband sollen den zweiten großen Geldsegen in die Kassen der Energiewirtschaft und der Kraftwerksbauer bringen, nachdem die jahrzehntelangen staatlichen Zuschüsse längst fest eingeplant sind, zum Dauerhaushalt dieser Unternehmen gehören.

Das, so ein Kraftwerkssprecher, sei wirkliche Beschäftigungspolitik, so müsse weitergemacht werden. Wobeier bedauerte, daß es nur diese drei auf einmal waren. Aber die stehen eben in Gegenden, wo der Widerstand — bisher — nicht so stark war.

Ein drastisches Beispiel für die Durchsetzung kapitalistischer Interessen

Die „neue Wohnungspolitik" ist Wirklichkeit

BONN. — Nach der Veröffentlichung des geplanten Beschäftigungsprogramms der Bundesregierung gab es selbst im bürgerlichen Lager zahlreiche kritische Stimmen, die meinten, alles dies habe aber auch gar nichts mit einem Beschäftigungsprogramm zu tun. Und einer der am meisten kritisierten Erlasse war dabei derjenige Komplex, der sich mit Mietfragen beschäftigte. (Der „Rote Morgen" berichtete wiederholt darüber). In der letzten Woche waren nun die Verbände der Wohnungswirtschaft, sprich die Baukapitalisten und Großeigentümer sofort mit weiteren Forderungen nachgestoßen.

Mit diesen Beschlüssen, so sprach der SPD-Bundestagsabgeordnete Schröder, fallen wir hinter 1970 zurück. Und tatsächlich ist es so, daß die Verbesserungen, die in den sozialdemokratischen Mietrechtsänderungen der beiden Jahre 1971 und 1974, in denen langjährige Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes mindestens teilweise erfüllt worden waren, jetzt wieder rückgängig gemacht sind.

Der Mieterschutz, der Kündigungsschutz und die Festlegung der Miete, diese drei Bestandteile standen seit damals im Zentrum des Beschusses der Baukapitalisten. Alles dies ist jetzt, wenn noch nicht beseitigt, so doch so weit eingeschränkt, daß es die Rückkehr zur Willkürherrschaft gegen die Mieter bedeutet. Die CDU allenfalls will all dies noch endgültig liquidieren, auch die letzten Reste davon beseitigen. Die FDP, von jeher und nicht erst durch Lambsdorff, besonders mit der Versicherungswirtschaft (die die meisten Wohnungen besitzt) und den hochverdienenden Freiberuflichen verbunden, ist Urheber dieser Gegenreform in Bonn.

Der sogenannte wissenschaftliche Beirat beim Bundesbauministerium hat dabei, zusammen mit den Beiräten des Wirtschaftsministeriums, eine entscheidende Rolle gespielt. Dort wurden die neuen Richtlinien bis hin zur Formulierung ausgearbeitet. Und in diesem „Beirat" sitzen zufälligerweise die Vertreter der Bauwirtschaft, der Versicherungen, bauende Professoren und so weiter.

Diese völlige Änderung des Regierungskurses in der Wohnungspolitik ist von langer Hand vorbereitet. Der Grundtenor dieser Kampagne war dabei stets: die Rechte der Mieter und die Art und Weise der Festlegung von Mietobergrenzen mache eben das Bauen nicht mehr lohnend. Jetzt also soll es sich wieder lohnen. Wobei man ja nicht behaupten kann, die großen Baukonzerne, die vor allem nach der Krise des Jahres 1974 entstanden, bzw. fast Monopolcharakter annahmen, seien seitdem verarmt und von den Versicherungen mußte auch keine Konkurs anmelden.

Es gibt also, um es einmal drastisch auszudrücken, kein Recht auf Wohnung, sondern ein Recht auf Kassierung möglichst hoher Mieten. So stehen die Alternativen und die Bonner Regierung hat sich eindeutig entschieden. Fürs Kapital. Gegen die Arbeiter, die die große Mehrzahl der Mieter ausmachen. Beschäftigt werden mit diesem Programm offensichtlich vor allem die Geldzähler der Konzerne und Großeigentümer.

Skandal um Neue Heimat

DGB-Führung darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen!

DÜSSELDORF. — Der immer weiter ausufernde Skandal um den Wohnungsbaukonzern Neue Heimat darf auf keinen Fall ohne einschneidende gewerkschaftspolitische Konsequenzen bleiben. Es gilt im elementaren Interesse der Gewerkschaftsbewegung zu verhindern, daß die DGB-Führung sich jetzt aus der Verantwortung schleicht.

Es ist eine schändliche Komödie, die seitens der DGB-Führung jetzt gespielt wird. Man tut so, als habe man von allem nichts gewußt, erklärt, man sei „zutiefst überrascht und erschüttert" über das, was jetzt ans Licht der Öffentlichkeit gezogen worden ist. Dabei weiß aber doch jedermann, daß es anders ist!

Hinzu kommt, daß Vetter und andere DGB-Führer gegenüber der Öffentlichkeit und vor allem auch gegenüber der Gewerkschaftsbasis offensichtlich mit gezinkten Karten spielen. Denn die Behauptung, man habe von Vietors dunklen Geschäftspraktiken und von seinen schmutzigen Strohmann-Geschäften nichts gewußt, geschweige denn sie abgesegnet, ist völlig unglaubwürdig.

Als der „Spiegel" durch seinen ersten Bericht den ganzen Skandal ins Rollen gebracht hatte, erklärte Vietor, um seine eigene Haut zu retten, in einem Interview mit der „Bild"-Zeitung, die DGB-Führung sei durchaus über seine Geschäfte im Bilde gewesen, die Aufsichtsräte hätten sie sogar abgesegnet.

Dies wurde von Vetter eiligst und heftigst dementiert. In den Medien wurde die ganze Sache dann so hingebogen, als habe sich Vietors Äußerung lediglich auf einen längst verstaubten Beschluß des längst verstorbenen DGB-Vorsitzenden Albin Karl aus dem Jahre 1957 bezogen.

Die Sache roch von Anfang an nach Ablenkungsmanöver. Daß Vietors Behauptung in „Bild" einen durchaus anderen, einen gewerkschaftspolitisch hochbrisanten Hintergrund hat, bestätigte inzwischen Walter Hesselbach, der nach wie vor amtierende Chef der „Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG", die als Holding die verschiedenen DGB-eigenen Unternehmen bzw. Konzerne leitet.

Hesselbach versucht in einem Interview mit dem „Spiegel" die Geschäftspraktiken der Neuen Heimat,speziell auch die des geschaßten Vietors, mehr oder weniger als „normal" zu rechtfertigen, wohl im Bewußtsein dessen, daß seine eigene Tätigkeit als kapitalistischer Top-Manager und mit allen Wassern gewaschener Geschäftsmann sich von der Vietors kaum wesentlich unterscheidet. Dabei scheut Hesselbach sich nicht, seinen „Kollegen" Vetter bloßzustellen, indem er zu erkennen gibt, daß die verharmlosende Umdeutung von Vietors belastender Aussage schlicht eine Lüge ist (siehe nebenstehenden Auszug aus dem „Spiegel"-Interview).

Das „Spiegel"-Gespräch mit Hesselbach erschien in der Ausgabe vom 22. Februar 1982. Am 15. Februar 1982, also genau eine Woche zuvor, hatte H.O. Vetter sein umfangreiches Rundschreiben zum „Neue-Heimat-Skandal" verschickt, in dem es wörtlich heißt:

„Der Bundesvorstand hatte ferner nachdrücklich auf die Erklärung des Vorsitzenden der Aufsichtsräte von NH und NHS (Neue Heimat und Neue Heimat Städtebau, Red.), Heinz O. Vetter, hingewiesen, daß die amtierenden Aufsichtsräte keinem Beschluß zugestimmt haben, der Vorstandsmitgliedern der NH die in Frage stehenden Verhaltensweisen genehmigt hätte."

Wer lügt hier nun? Vetter oder Hesselbach? Oder lügen beide? Daß es Vetter keineswegs darum geht, der Wahrheit zu ihrem Recht zu verhelfen und den DGB aus dem bodenlosen Morast der Verfilzung mit dem Kapitalismus zu befreien, sollte langsam jedem klar werden.

Was soll es zum Beispiel, wenn der DGB-Chef sich in der Wochenzeitschrift „Die Zeit" darüber bitter beklagt, daß sein geschaßter Neue-Heimat-Boß Vietor es nicht verstanden habe, seine schnöde Kapitalistenseele wenigstens nach außen hin mit dem Kostüm des „Gewerkschafters" zu bedecken? Originalton Vetter:

„Ich erinnere mich sehr gut, wie oft wir zu ihm gesagt haben, Albert, leg' Dich doch nicht so aus dem Fenster, erspar' uns doch diese Golfspielerei."

Was jetzt im elementaren Interesse der Gewerkschaftsbewegung nottut, das ist, daß die Kollegen an der Basis, die einfachen Gewerkschaftsmitglieder und die ehrlichen, fortschrittlichen Funktionäre aktiv werden und Rechenschaft fordern. Da muß doch endlich einmal mit dem eisernen Besen ausgefegt werden! Zu diesem Zweck müssen überal Mitgliederversammlungen durchgeführt werden!

Neben der rücksichtslosen Aufklärung der Verwicklung von DGB-Funktionären in die Geschäftspraktiken der Neuen Heimat, neben der Klarstellung, daß die DGB-Führung natürlich die Verantwortung dafür trägt, was in und mit den DGB-Unternehmen geschieht, muß u.a. auch auf den Tisch kommen, in welchem Ausmaß und zu welchem Zweck Mitgliedsbeiträge in die DGB-Unternehmen gebuttert wurden.

Natürlich müssen auch die angeblich „völlig normalen" Geldanlagen der DGB-Führer Vetter, Loderer und Pfeiffer im sozialen Wohnungsbau Westberlins auf den Tisch.

Es ist doch beschämend für Gewerkschafter, wenn der DGB-Vorsitzende in einer Fernsehsendung erklärt, er wisse selbst nicht genau, wieviel er da investiert habe, es könne sich um vielleicht 200000 Mark handeln, er müsse sich da erst bei seinem Steuerberater erkundigen. Und haarsträubend ist es, wenn der zum Nachfolger Vetters vorgesehene Alois Pfeiffer, der nach eigenen Angaben mit 100000 Mark in Westberlin dabei ist, in der gleichen Sendung äußert, es sei doch die „normalste Sache", wenn Gewerkschaftsführer ihr „sauer verdientes Geld" steuersparend anlegen.

Auszug aus dem „Spiegel"-Interview

Hesselbach: **Ich halte es für rechtlich zulässig, wenn die Vorstandsmitglieder der Neuen Heimat — was ich nicht weiß, was ja erst geprüft werden soll — für diese Beteiligung an einer Gesellschaft, die mit der Neuen Heimat in Verbindung stand, die Genehmigung ihres Aufsichtsrates hatten.**

„Spiegel": **Die Genehmigung lag nach allem, was wir wissen nicht vor.**

Hesselbach: **Herr Vietor hat das Gegenteil behauptet...**

„Spiegel": **Er bezog sich auf etwas aus dem Jahre 1957.**

Hesselbach: **Vielleicht ist er mißverstanden worden. Aber das wird geprüft. Es wird festzustellen sein. Auf jeden Fall steht im Aktiengesetz, daß Vorstandsmitglieder einer Aktiengesellschaft nur dann mit der Gesellschaft selbst Geschäfte betreiben dürfen, wenn die Zustimmung des Aufsichtsrates vorliegt. Wenn diese Zustimmung nicht vorliegt, ist es keine korrekte Sache.**

Letzte Meldung

IGM-Führung läßt sich auf Schlichtung ein!

Kurz vor Redaktionsschluß erreichte uns die Nachricht, daß der Vorstand der IG Metall beschlossen hat, sich auf die von den Unternehmern geforderten Schlichtungsverhandlungen einzulassen. Dies, obwohl das letzte Angebot der Unternehmer überhaupt keine Verhandlungsbasis darstellen kann: 3 Prozent bei einem Monat Lohnpause, umgerechnet also ca. 2,8 Prozent. Wie soll auf dieser Basis ein Schlichtungsspruch denkbar sein, der nicht auf Unternehmerlinie liegt bzw. in Richtung drastischen Reallohnabbau geht? Der IGM-Vorstand versucht sein Eingehen auf die Schlichtung damit zu begründen, man wolle den „Vorwurf" entkräften, daß man nicht jede Gelegenheit nutze, auf dem Verhandlungswege zu einem Ergebnis zu kommen. Wie dem auch sei. Es kann unter diesen Umständen auf keinen Fall angehen, daß von den verantwortlichen IGM-Gremien ein Schlichtungsspruch angenommen wird, ohne daß die Mitglieder vorher durch Urabstimmung darüber entscheiden konnten!

Gewerkschafter fordern Rechenschaft

Daimler-Kollegen fordern Untersuchungsverfahren gegen Loderer

Ein Untersuchungsverfahren gegen den IGM-Vorsitzenden Eugen Loderer, wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens im Zusammenhang mit seiner Verwicklung in die Vorgänge bei der Neuen Heimat fordern Kollegen bei Daimler-Benz in Stuttgart. Ein entsprechender Antrag an die IG Metall wurde von 30 Kollegen, darunter auch Vertrauensleute, unterschrieben. In dem Antrag heißt es:

„Wir Mitglieder und Vertrauensleute der IG Metall sind empört über die Verwicklung von hohen Funktionären von DGB und IG Metall in die Vorgänge bei der Neuen Heimat. Anstatt als Aufsichtsratsmitglieder die Geschäfte der Neuen Heimat zu kontrollieren und die Beiträge der IG-Metall-Mitglieder vor mißbräuchlicher Verwendung zu schützen, waren der DGB-Vorsitzende Vetter und auch der IG-Metall-Vorsitzende Loderer offensichtlich mehr damit beschäftigt, ihr Privatvermögen steuersparend in Wohnungen (...) anzulegen. Die Tatsache, daß ein Vorstandsmitglied unserer Organisation mit solchen Finanzmanipulationen in Verbindung gebracht werden muß, schadet der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Egal ob diese Praktiken illegal oder legal sind, sie verstoßen gegen den Moralkodex der Arbeiterbewegung."

In einer Entschließung der Vertrauensleuteversammlung der Thyssen Gemeinschaftsbetriebe Eisenbahn und Häfen heißt es unter anderem:

„Um weiteren Schaden von der Gewerkschaftsbewegung abzuwenden, müssen wir uns von allen, die an den dunklen Geld- und Steuergeschäften beteiligt waren, schnell und gründlich trennen. Für die Zukunft muß der DGB Vorkehrungen treffen, die solche Geschäfte unmöglich machen."

Gemeinwirtschaft — wozu?

Der Skandal um die Neue Heimat — was auch immer noch dabei ans Tageslicht kommen mag — hat jetzt schon die Bedeutung der sogenannten „Gemeinwirtschaft" in aller Deutlichkeit gezeigt.

Was heute Gemeinwirtschaft heißt, ist ein großer Konzern, der unterschiedlichste Unternehmen umfaßt. Nicht nur die Neue Heimat ist dabei in ihrer Branche Spitzenreiter. Dasselbe trifft auch auf Coop oder auf die Bank für Gemeinwirtschaft zu, die immerhin die viertgrößte bundesdeutsche Geschäftsbank ist, also nach den „Drei Großen" die bedeutendste. Nicht zu vergessen ein Unternehmen wie die Volksfürsorge, die die meisten Versicherungsverträge besitzt. Fast hunderttausend Menschen arbeiten in diesen Unternehmungen.

Diese Unternehmen sollen, laut ihrem von den Gewerkschaftsführungen bestimmten Auftrag, soziale Aufgaben wahrnehmen. Sie sollen keine Profitbetriebe sein, sondern den Werktätigen des Landes bessere Möglichkeiten, billigere Angebote sichern.

Nichts davon tun sie. Jeder weiß, daß Coop bei weitem nicht billiger ist, als andere Einzelhandelsketten. Eher im Gegenteil. Jeder weiß, daß die Neue Heimat als Vermieter oder Bauherr kein bißchen angenehmer ist als andere Großeigentümer. Im Gegenteil: Die aufgedeckten Tatsachen über die Praktiken der Vietor und Co. und ihrer Strohmänner zeigen, daß die Vorwürfe von zahlreichen Mieterinitiativen durchaus berechtigt waren, mit denen diese, wie in Freiburg, vor Gericht abgewiesen worden waren. Auch die Praktiken der Volksfürsorge unterscheiden sich in nichts von denen der anderen Konzerne.

Die Bank für Gemeinwirtschaft schließlich zeichnet sich vor allem durch ihre Geschäfte in Israel und ihre Kredite an Polen aus. Sollte von daher die mangelnde Solidarität mit den polnischen Arbeitern kommen, oder das Ziehen am gleichen Strang mit Ronald Reagan, das einige Gewerkschaftsführer an den Tag legen?

Mit diesen Betrieben würden doch die Streikkassen aufgefüllt, das war lange Jahre das Standardargument. Immer dann, wenn in nahezu regelmäßigen Abständen in den Gewerkschaften Kritik an den Unternehmungen aufkam. Der Skandal um die Neue Heimat hat nun in aller Deutlichkeit gezeigt, daß es andere Kassen sind, die mit diesen Geschäften aufgefüllt werden.

Diese Unternehmungen seien doch kein Privateigentum, also können sie doch gar nicht kapitalistisch wirtschaften, heißt es dann zu ihrer Verteidigung. Einmal abgesehen davon, daß man ähnliche Argumente übrigens auch aus den scheinsozialistischen Staaten Osteuropas hört. Tatsache ist doch, daß die Vorstände mit diesen Unternehmen das machen, was auch die privatkapitalistischen Konzerne tun. Und daß die Masse der Gewerkschaftsmitglieder irgendeinen auch noch so entfernten Einfluß auf die Gemeinwirtschaft haben soll, das wagt nun wirklich niemand zu behaupten.

„Die Spitzen des DGB-Apparats sind mit dem imperialistischen Staatsapparat und direkt mit dem Finanzkapital verwachsen. In immer stärkerem Maße verwendet die Gewerkschaftsführung die Gewerkschaftsgelder zu Zwecken gemeinsamer ökonomischer Betätigung mit dem Finanzkapital. Die DGB-Führung beherrscht einen der größten Konzerne Westdeutschlands und Westberlins." (Aus dem Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands.)

Genau das, was unsere Partei schon immer gesagt hat, in ihrem Programm festgehalten hat, das bestätigen nun die Ereignisse um die Neue Heimat. Hinter allen Behauptungen über besondere Charakterzüge dieser gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen, kommt (außer der Besonderheit, wie sich die Leute mit Zugang an den Kassen bedienen) der ganz alltägliche Charakter eines kapitalistischen Konzerns mit all seinen Manipulationen und Bereicherungen hervor.

Hier gewinnt das Wort vom Arbeiterverräter tatsächlich reale Gestalt. Arbeiterverräter: Einer der unter Umständen und mit einem Einkommen lebt, die ihn alle schon längst zu einer anderen gesellschaftlichen Klasse zugehörig machen. Der sich aber dennoch als Vertreter der Arbeiter darstellt. Geht man allein einmal von der persönlichen Lage eben nicht nur der Vietor, Hesselbach und Co. aus, sondern auch von der Vetters und Loderers oder Peiffers, so verbindet sie absolut nichts mehr mit einem Arbeiter (was der eine oder andere früher gewesen sein mag), sondern alles nur mit dem Kapital. Deshalb haben diese Leute eben auch ein so starkes Interesse an einer Politik der sozialen Partnerschaft mit den Kapitalisten, denn sie haben für sich diese Partnerschaft längst verwirklicht. Und wenn der DGB von dieser Linie abschwenkt und auf die alleinige Interessenvertretung der arbeitenden Menschen ausgerichtet ist, dann werden natürlich auch ihre Pfründe angetastet. Und dabei ist natürlich nicht nur die Gemeinwirtschaft wirksam, sondern auch die verschiedenen Ereignisse der Mitbestimmung in Aufsichtsräten und als Arbeitsdirektoren — selbst wenn die Tantiemen abgegeben werden, prägen die Lebensumstände die Personen.

Ohne Zweifel ist die „Gemeinwirtschaft" ein großer kapitalistischer Klotz am Bein der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung. Und dafür ist sie da, aus welchen Gründen auch immer einzelne Unternehmungen einst gegründet worden sind.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30**, Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 / 92.

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 1**, Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, Tel.: 0611/552903, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

2000 **Hamburg 6**, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Zur Diskussion über das richtige Eingreifen in die Lohnbewegung

Dem Verrat der Gewerkschaftsführung Vorschub geleistet?

Der folgende Beitrag setzt sich mit zwei Kritiken auseinander, die Genossen in Leserbriefen an bestimmten Artikeln des „Roten Morgens" zur diesjährigen Lohnrunde geäußert haben. Durch eine ausführliche Stellungnahme zu diesen Kritiken im „Roten Morgen" hoffen wir, zu größerer Klarheit darüber beitragen zu können, wie die Situation der Lohnrunde in diesem Jahr einzuschätzen ist und wie unser Eingreifen in die Lohnbewegung aussehen muß.

Vor einigen Wochen schickte uns ein Genosse aus Darmstadt eine Kritik zu dem Artikel „Reallohnsicherung heißt volle Durchsetzung der Forderungen" im „Roten Morgen" Nr. 2/82, Seite 3. Der Genosse findet die Stoßrichtung des Artikels insofern richtig, als es jetzt darauf ankomme, die 7,5-Prozent-Forderung der IG Metall voll durchzusetzen und daß dies nur durch einen Streik möglich ist. Zugleich aber schreibt er:

„Ich finde die Überschrift und die in dem Artikel vertretene Ansicht, daß die volle Durchsetzung der 7,5-Prozent-Forderunge den Reallohn sichert, falsch. (...) *Ihr selbst schreibt, daß die offizielle Preissteigerungsrate 6,5 Prozent beträgt (die ist schließlich frisiert, in Wirklichkeit ist sie höher), daß steigende Sozialabgaben und Lohnsteuerprogression das Nettoeinkommen verringern.*

Ich finde, wenn klar erkennbar ist, daß in der diesjährigen Tarifrunde bereits durch die zu niedrige Forderung der Reallohnabbau vorprogrammiert ist, dann müssen wir das den Kollegen auch sagen. Wenn wir das nicht tun, dann leisten wir, wenn auch ungewollt, dem Verrat der Gewerkschaftsführung Vorschub."

Halten wir zunächst einmal folgendes fest: In der ersten Phase der Metalltarifrunde, als die Forderung der IGM noch nicht festgelegt war und die Auseinandersetzung um die Höhe der Forderung im Mittelpunkt stand, hat der „Rote Morgen" intensiv die Absicht der IGM-Führung entlarvt, schon bei der Aufstellung der Forderungen einen Tarifabschluß vorzuprogrammieren, der in Wahrheit auf Reallohnsicherung verzichtet, der auf weiteren, deutlichen Reallohnabbau hinausläuft.

Der Trick, zu dem die Bonzen dabei greifen, besteht darin, als Maßstab für Reallohnsicherung nicht die wirkliche aktuelle Teuerungsrate zu nehmen, sondern eine fiktive, die von bürgerlichen Wirtschaftspropheten als Prognose für das vor uns liegende Jahr aufgetischt wurde, natürlich mit entsprechenden Hintergedanken bezüglich der Lohnrunde.

Wir unterstützten im „Roten Morgen" demgegenüber die Bewegung in Betrieb und Gewerkschaft für eine Forderung von mindestens 10 Prozent. Die 7,5 Prozent mit sozialer Komponente (bzw. in Baden-Württemberg 3 Prozent plus 100 DM) die dann letztendlich herauskamen, sind mager genug und kein Grund zum Jubeln.

Aber so knapp die IGM-Forderungen sind, so sind sie doch nicht ganz das, was Loderer und Janßen sich gerne gewünscht hätten, in ihrem Bestreben, sich mit den Unternehmern „auf friedlichem Wege" zu einigen und einen großen Streik auf jeden Fall zu vermeiden. Die 7,5 Prozent und das, was die Kapitalisten bereit sind, im Rahmen ihrer Strategie der lohnpolitischen Wende zuzugestehen, klaffen weit auseinander. Zu einem gewissen Grad hat der Druck der gewerkschaftlichen Basis und der aktiven Opposition bei der Höhe dieser Forderung sicherlich mit eine Rolle gespielt.

Ob mit 7,5 Prozent bei voller Durchsetzung nun tatsächlich eine völlig astreine und absolut hundertprozentige Reallohnsicherung erreicht wird oder nicht — diese Frage ist jetzt müßig. Die Lage sieht doch jetzt so aus: Die Kapitalisten wollen einen Abschluß, der deutlich unter der Teuerungsrate liegt. In etwa wollen sie die IGM-Forderung halbieren.

Wir müssen demgegenüber die Kollegen um die Forderung nach Reallohnsicherung, sprich volle Durchsetzung der aufgestellten Forderungen, zusammenschließen. Ein Abschluß sogar noch unter der offiziellen Teuerungsrate — das muß betont werden — ist auf keinen Fall akzeptabel, denn er würde eindeutig Reallohnabbau bedeuten und damit die lohnpolitische Wende der Unternehmer um ein weiteres Stück vorantreiben. Das müssen wir den Kollegen erläutern.

Das Wesen der Lohnrunde in diesem Jahr und der Auseinandersetzung um die Forderung nach Reallohnsicherung liegt nämlich nach unserer Einschätzung darin, daß die Kapitalisten einen grundsätzlichen Angriff auf das jetzige Lohnniveau der Arbeiterklasse, das in den Zeiten der wirtschaftlichen Hochkonjunktur erkämpft werden konnte, begonnen haben. Sie wollen vom heutigen Lohnniveau herunter, wollen künftig möglicherweise auch zu direktem, offenem Lohnabbau übergehen. Um diesem Ziel näher zu kommen, brauchen sie jetzt Tarifabschlüsse, die deutlich unter der Teuerungsrate liegen. Sie wollen erreichen, daß man sich damit abfindet, daß es in der Krise eben auch mit den Löhnen bergab geht.

Uns muß es darauf ankommen, den Widerstand der Arbeiterklasse gegen diese Strategie zu stärken, indem wir alles tun, damit es zu gewerkschaftlichen Kampfaktionen und zu einem konsequenten Streik für einen Tarifabschluß kommt, der zumindest nicht unter der offiziellen Teuerungsrate liegt. Ohne einen massiven Erzwingungsstreik ist an einen solchen Abschluß gar nicht zu denken.

In der jetzigen Situation unsere Agitation so auszurichten, wie der Genosse aus Darmstadt es fordert, also zu betonen, „daß in der diesjährigen Tarifrunde bereits durch die zu niedrige Forderung der Reallohnabbau vorprogrammiert ist", würde keineswegs dazu beitragen, den Verrat der Gewerkschaftsführung zu durchkreuzen. Im Gegenteil. Damit würden wir sogar diesen Verrat eher begünstigen, weil wir dadurch nur die resignativen Tendenzen stärken würden, anstatt die Kollegen zu mobilisieren und die Herstellung ihrer Kampfeinheit um die Losung der Reallohnsicherung zu fördern.

Einen im Kern ähnlichen Fehler machen nach unserer Ansicht Genossen aus Frankfurt, die uns in der letzten Woche eine Stellungnahme zu dem Kompromiß zwischen Kluncker und Baum über die geplante einprozentige Einkommenskürzung im öffentlichen Dienst zuschickten. In dieser Stellungnahme wenden sie sich konkret gegen die Einschätzung, die der „Rote Morgen" in dem Artikel „Lohnkürzungen vorerst zurückgenommen" getroffen hat (RM 6/82, Seite 3).

Die Rücknahme der Einkommenskürzung in der zunächst geplanten und vom Bundestag bereits beschlossenen Form durch die Bundesregierung wird in diesem „Roten Morgen"-Artikel als eine Schlappe für die Bundesregierung und als ein Erfolg für die Gewerkschaft gewertet. Gleichzeitig wird aber das Vorgehen der ÖTV-Führung als inkonsequent kritisiert, wird festgestellt: „Konsequent wäre es nur gewesen, wenn Kluncker auf der Alternative bestanden hätte: Entweder die Kürzungspläne kommen jetzt ein für allemal vom Tisch oder die Gewerkschaft leitet Kampfmaßnahmen ein."

In der besagten Stellungnahme von Genossen aus dem ÖTV-Bereich in Frankfurt heißt es u.a.:

„Von einem Erfolg der ÖTV-Führung gegenüber den öffentlichen Arbeitgebern bei den geplanten einprozentigen Kürzungen kann man eigentlich nicht sprechen, im Gegenteil. (...)

Die ÖTV verhandelte jedoch weiter mit dem eindeutigen Ergebnis, daß die Lohnkürzungen zwar verschoben aber nicht zurückgenommen sind, daß die Diskussion in den Betrieben über die Lohnforderungen nun innerhalb einer Woche abgeschlossen sein müssen.

Der faule Kompromiß, der z. T. von der Gewerkschaftsführung noch als Erfolg hingestellt wird, ist von der Grundlage der Sozialpartnerschaftsideologie daher nur konsequent und ein eindeutiger Betrug an den Gewerkschaftsmitgliedern...."

Auch in diesem Fall sehen die Genossen ausschließlich nur



die betrügerischen Absichten, die ja auch tatsächlich mit dem Verhandlungskompromiß verknüpft sind, der zwischen Kluncker und Baum zustandegekommen ist: nämlich einen Streik im öffentlichen Dienst zu vermeiden und gleichgültig die Einkommenskürzung durch die Hintertür doch noch durchzubringen.

Man muß sich aber doch die Frage stellen, warum die Regierung eine bereits beschlossene und im Bundestag verabschiedete Maßnahme, die in Bezug auf die Beamten sogar bereits Gesetzeskraft hatte, wieder fallen lassen mußte wie eine heiße Kartoffel. Es kann überhaupt keinen Zweifel daran geben, daß sie dies nur unter dem Eindruck einer unerwartet starken Kampfbereitschaft der Gewerkschaften tat (nicht nur der ÖTV-Kollegen, sondern z. B. auch der Postler und der Eisenbahner).

Dieser Rückzieher erfolgte eindeutig aus Furcht vor einem Streik im öffentlichen Dienst. Mit Sicherheit wäre ein solcher Streik für die krisengeschüttelte sozialliberale Regierungskoalition politisch kein Zuckerlecken und alles andere als ein Stärkungsmittel geworden. Im übrigen ist es auch sehr die Frage, ob die Kapitalisten damit einverstanden gewesen wären, einen solchen Streik in dieser Situation zu provozieren, hätte er doch von ihrem Standpunkt aus ohne Zweifel eine vorzeitige Eskalation der Lohnbewegung bedeutet. Man muß davon ausgehen, daß ein Streik der Müllarbeiter, Postler und Eisenbahner auch die Metaller auf die Beine gebracht hätte.

Zweifellos wäre es in Anbetracht dieser Umstände die einzig konsequente Politik der ÖTV gewesen, auf der völligen Rücknahme der Lohnkürzungsabsicht zu bestehen und im Weigerungsfall die Urabstimmung durchzuführen. Daß Kluncker diesen Weg nicht gegangen ist, ergibt sich — insofern haben die Genossen aus Frankfurt recht — aus seiner sozialpartnerschaftlichen Position. Trotzdem aber kann man den Rückzieher der Bundesregierung, wie er in dem ausgehandelten Kompromiß enthalten ist, nicht als Schlappe der Gewerkschaft und als Sieg der Regierung werten. Dieser Rückzug zeigt vielmehr die Schwäche des Gegners und die Stärke der Arbeiterschaft bzw. der kämpferischen Kräfte in den Gewerkschaften.

Wir werden dem Einfluß der Bonzen und ihrer Sozialpartnerschaftsideologie nicht dadurch beikommen, daß wir diesen Kompromiß jetzt in Bausch und Bogen als Niederlage der Arbeiter bzw. der Gewerkschaft und äußerst raffiniertes Manöver des Gegners darstellen. Vielmehr müssen wir den Kollegen an dem Rückzieher der Regierung verdeutlichen, daß sie die Macht und die Kraft entfalten können, alle Angriffe auf ihren Lohn voll und ganz zurückzuschlagen, wobei es natürlich nicht zuletzt auch darauf ankommt, vor den Verrätereien und Abwiegelungsmanövern der Bonzen auf der Hut zu sein.

Die Genossen aus dem ÖTV-Bereich in Frankfurt sollten bedenken, daß unsere Aufgabe nicht allein darin bestehen kann, den Verrat und die Sozialpartnerschaftspolitik der Bonzen zu entlarven, sondern daß sie vor allem darin besteht, unter Ausnutzung aller günstigen Umstände die positiven, kämpferischen Faktoren zu stärken und voranzutreiben. Unsere Aufgabe ist es auch, praktisch organisierend in die Bewegung einzugreifen, den Zusammenschluß der breiten Masse der Kollegen um solche Forderungen und für solche Kampfziele zu fördern, die den Kollegen verständlich sind bzw. ihnen realistisch und erreichbar erscheinen.



Hunderttausende Metaller beteiligten sich mit Warnstreiks und Demonstrationen im Frühjahr 1981 an der Lohnbewegung. Ein Reallohnabbau konnte dennoch nicht verhindert werden. Dazu wäre ein massiver Streik nötig gewesen. Die IGM-Führung jedoch will auf keinen Fall einen solchen konsequenten Kampf.

IG-Chemie-Bonzen machen Front gegen Reallohnsicherung

Hauenschild will Signal für Lohnverzicht setzen

HANNOVER. — Ganz offen und unverfroren ist die IG-Chemie-Führung der gewerkschaftlichen Abwehrfront gegen Reallohnabbau in den Rücken gefallen. Unter dem fadenscheinigen Vorwand einer angeblichen Arbeitsplatzsicherung sollen die Chemiewerker in dieser Lohnrunde freiwillig Lohnverzicht leisten.

Das Mittel, mit dem die IG-Chemie-Führung den Chemiewerkern einen freiwilligen Lohnverzicht unterjubeln zu können glaubt, ist die Forderung nach einem Tarifvertrag für die Möglichkeit eines früheren Ausscheidens älterer Kollegen aus dem Berufsleben, ähnlich dem Modell, das von der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) für bestimmte Bereiche, wie die Brauereiwirtschaft oder die Zigarettenindustrie, bereits verwirklicht werden konnte.

An und für sich gibt es selbstverständlich nichts dagegen einzuwenden, daß für Kollegen ab 58 Jahren die Möglichkeit geschaffen wird, vorfristig in Rente zu gehen, wenn sie dies wollen. Im Gegenteil! Der Pferdefuß an der Sache ist hier aber, daß nach dem Konzept der IG-Chemie-Bonzen die Kosten einer solchen Regelung nicht etwa von den Kapitalisten, sondern von den Arbeitern bezahlt werden sollen.

Genauer: Die Einführung einer solchen Regelung soll als Vorwand dafür dienen, daß die IG Chemie aus der gewerkschaftlichen Front gegen Reallohnabbau ausscheren und freiwillig einen ganz massiven Lohnverzicht leisten soll. Offensichtlich denken die IG-Chemie-Führer an einen Tarifabschluß zwischen zwei und drei Prozent!

Angeblich sollen dadurch Arbeitsplätze in der Chemieindustrie gesichert werden. Das ist eine Lüge, mit der die IG-Chemie-Bonzen voll auf die heuchlerische Unternehmerargumentation eingeschwenkt sind, Lohnverzicht sichere Arbeitsplätze und die Arbeiter müßten in diesem Sinne einen „Solidaritätsbeitrag" für die Arbeitslosen leisten.

Der Wahrheit näher kommt es da schon, wenn die IG-Chemie-Führung zusätzlich noch folgendermaßen argumentiert: Es sei „unehrenhaft", die Sicherung des Reallohnes zu fordern, wenn man nicht zugleich bereit sei, diese Forderung mit massiven Arbeitskämpfen durchzusetzen.

Dieses Argument, das natürlich vor allem gegen die IGM-Führung gemünzt ist, entbehrt sicher nicht einer gewissen Berechtigung. Die Sache ist dabei nur die: Es ist doch keineswegs ehrenhafter, die Gewerkschaftsmitglieder auf eine solche Tour zu verschaukeln und zu betrügen, wie Hauenschild und Konsorten dies beabsichtigen. Vielmehr fallen diese Bonzen in schamloser Weise auf diese Weise ganz unverhüllt der gewerkschaftlichen Lohnfront in den Rücken, und zwar schon, bevor die Lohnbewegung richtig begonnen hat.

Hauenschild, Rappe, Mettke und Konsorten verkünden frech, sie hätten die Absicht, mit ihrem Konzept ein Tarifsignal zu setzen. Auf gut deutsch: Sie möchten die IG Chemie als „fünfte Kolonne" in den Reihen der Einzelgewerkschaften des DGB einsetzen, um dem Angriff der Unternehmer auf die Löhne den Weg zu bereiten und die gewerkschaftliche Widerstandsfront zu spalten. Die Chemiearbeiter müssen ihnen einen Strich durch ihre schmutzige Rechnung machen.

Siemens: Arbeitsplatzvernichtung trotz glänzender Auftragslage

20 000 Arbeitsplätze sollen wegrationalisiert werden

MÜNCHEN. — Umsatz und Auftragseingänge beim Elektromulti Siemens erklimmen neue Rekordhöhen. Die Geschäftslage ist — gemessen an der allgemeinen Wirtschaftslage — glänzend. Seinen Aktionären schüttet der Münchener Riesenkonzern erneut 16 Prozent Dividende aus. Wer allerdings gehofft hat, unter diesen Umständen würde Siemens auch neue Arbeitsplätze schaffen oder doch wenigstens die Zahl der bestehenden Arbeitsplätze aufrechterhalten, wird bitter enttäuscht.

Karlheinz Kaske, der Vorstandsvorsitzende der Siemens AG, kennzeichnete bei der Bekanntgabe des Geschäftsberichtes für 1980/81 die Lage des in München ansässigen Elektrokonzerns mit den Worten: „Das Unternehmen ist zu 90 Prozent pumperlgsund". Gleichzeitig jedoch kündigte der Konzernchef massive Rationalisierungsangriffe gegen die Belegschaften an bis hin zu Kurzarbeit und Massenentlassungen in einzelnen Siemens-Betrieben.

Kaske gab bekannt, daß Siemens im Geschäftsjahr 1981/82 trotz steigender Gewinnentwicklung und absoluten Rekordzahlen beim Auftragseingang die Konzernbelegschaft weltweit um 5 bis 7 Prozent verringern will. Dies bedeutet konkret, daß die Zahl der Arbeiterplätze bei Siemens binnen Jahresfrist weltweit um 17000 bis 24000 gesenkt werden soll. Mindetens 10000 Arbeitsplätze wollen die Siemens-Bosse in den inländischen Konzernbetrieben vernichten.

Bereits im abgelaufenen Geschäftsjahr hat Siemens seine Gesamtgbelegschaft um 2 Prozent bzw. rund 6000 auf nunmehr 338000 heruntergedrückt. Da gleichzeitig der Umsatz um 8 Prozent von 31,9 Milliarden auf 34,5 Milliarden Mark gesteigert werden konnte, haben weniger Beschäftigte ein höheres Produktionsergebnis geschaffen, was für die Siemens-Kapitalisten mehr Profit bedeutet.

Gerade das Beispiel Siemens liefert den Gegenbeweis für die von den Unternehmern und ihren Politikern (wie z. B. Bundeskanzler Schmidt) immer wieder angeführten Milchmädchenrechnung: Die Gewinne von gestern seien die Investitionen von heute und die Arbeitsplätze von morgen. Die rund zwei Milliarden Mark, die Siemens allein im vergangenen Geschäftsjahr investierte, führten eben nicht hauptsächlich zu neuen Arbeitsplätzen, sondern dienten hauptsächlich zu Rationalisierungsmaßnahmen, so daß unterm Strich Arbeitsplatzvernichtung herauskommt.

Und diese Arbeitsplatzvernichtung soll also in den kommenden Monaten weiter verschärft werden. Teilweise soll der Belegschaftsabbau über die sogenannte natürliche Fluktuation erfolgen. Teilweise jedoch auch über Massenentlassungen, die von dem obersten Chef des „pumperlgsunden" Mammutkonzerns bereits angekündigt wurden. Auch mit Kurzarbeit wollen die Siemens-Bosse dafür sorgen, daß ihr Profit auf Kosten der betroffenen Arbeiter sowie zu Lasten der Arbeitslosenversicherung weiterhin so hoch wie nur irgend möglich ausfällt.

Bei Siemens/Gladbeck sollen ab März 800 Beschäftigte sechs Monate lang kurzarbeiten. Außerdem soll die Belegschaft im Gladbecker Werk, das gegenwärtig rund 2000 Beschäftigte umfaßt, in den kommenden Monaten um 700 Beschäftigte verringert werden.

Das Siemens-Werk in Regensburg ist sogar von Stillegung bedroht. Durch den Verzicht auf den geplanten Ausbau der Solartechnik besteht hier akut die Gefahr der Entlassung von 200 Kollegen.

Bei Siemens/Witten kündigte die Geschäftsleitung an, entweder müßten 80 Leute entlassen werden oder Kurzarbeit sei unvermeidlich (siehe dazu nebenstehenden Artikel aus „Roter Lautsprecher").

Während diese Angriffe gegen die Belegschaften laufen, schüttet der Konzern gleichzeitig über seine Aktionäre einen Goldregen von 311 Millionen Mark aus. Dafür, daß die Aktionäre keinen Finger krumm gemacht haben, erhalten sie 16 Prozent Dividende.

Das ist leicht möglich, wo doch die Gesamtleistung der Siemens-Beschäftigten pro Kopf von 71053 Mark im Jahre 1975/76 auf 95050 Mark im Geschäftsjahr 1979/80 anwuchs, während sich der Anteil der Personalkosten in Prozent an der Gesamtleistung im gleichen Zeitraum von 42 Prozent auf 41 Prozent verringerte.

Die geschäftlichen Aussichten von Siemens sind trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Situation ausgezeichnet: Der Auftragseingang hat zum ersten Mal in der Konzerngeschichte die 40-Milliarden-Grenze überschritten und ist auf 41,6 Milliarden Mark angestiegen. Der Auftragsbestand des Konzerns, der am Ende des letzten Geschäftsjahres bei 50 Milliarden Mark lag, hat sich inzwischen bereits auf 53 Milliarden Mark summiert, eine bisher nie dagewesene Höhe!

Ausgerechnet in dieser Situation verschärft Siemens seine Rationalisierungsmaßnahmen, geht die Konzernleitung dazu über, die Belegschaftszahlen drastisch zu senken!

Und da schreien diese Herren auch noch nach Lohnverzicht, der angeblich aus „Solidarität mit den Arbeitslosen" geleistet werden müsse! Sie aber vernichten zur gleichen Zeit bedenkenlos Tausende von Arbeitsplätzen, um dadurch noch höhere Gewinne scheffeln zu können! Die Siemens-Belegschaften dürfen sich von diesen Profithaien nichts vormachen lassen!

Gegen den Rationalisierungsterror Widerstand leisten, die Arbeitsplätze kompromißlos verteidigen und gleichzeitig für Reallohnsicherung kämpfen —, das muß die Antwort der Siemens-Beschäftigten sein.

Aus unseren Betriebszeitungen

Ist Siemens pleite?

„Roter Lautsprecher", Betriebszeitung der KPD für Siemens/Witten

Uns wurde am 10. 2. mitgeteilt, daß die Aufträge fehlen. Daß keine Arbeit mehr da ist. Daß 80 Leute entlassen werden müssen, oder sonst Kurzarbeit notwendig sei.

Den Aktionären der Firma Siemens wurde am **9. 2. 82** durch Annoncen in allen Zeitungen etwas anderes mitgeteilt:

„In den letzten zehn Jahren konnte Siemens seinen Auftragseingang um das Zweieinhalbfache steigern. Besonders kräftig war die Zunahme — mit Steigerungsraten von 19 Prozent und 18 Prozent — in den beiden letzten Geschäftsjahren. Im ersten Quartal des neuen Geschäftsjahres erzielte Siemens trotz anhaltend ungünstiger Weltkonjunktur einen weiteren Zuwachs von 19 Prozent. Während der Auftragseingang aus dem Inland auf Vorjahreshöhe blieb, konnte aus dem Ausland 36 Prozent mehr Bestellungen hereingeholt werden."

Wie paßt denn das zusammen? Die Aktionäre hören von: Auftragsboom, Umsatzsteigerung von über 15 Prozent z. B. in unserem Bereich, insgesamt neun Milliarden Mark Rücklage und sie erhalten wie im vorigen Jahr 16 Prozent Dividende.

Uns gegenüber jammert, klagt Siemens, droht mit Kündigungen und Kurzarbeit. Jede Art von Schwierigkeiten sollen **wir** ausbaden, nicht die, die im Geld schwimmen.

Es waren, und sind doch **wir**, die den ganzen Reichtum von Siemens erarbeitet haben. Dafür sollen wir einen Tritt kriegen, und oben wird weiter abgesahnt! Und das sollen wir möglichst alles widerstandslos schlucken, damit Siemens ungehindert auf diesem Kurs weitermachen kann.

Wer hat denn die jetzige Lage verschuldet?

Denken wir nur an die Akkordkürzungen der letzten Zeit. Wenn nur 30 Prozent gekürzt wurde (und oft genug ging das weit darüber hinaus), dann bedeutete das nichts anderes, als daß zwei Frauen das schaffen, was vorher drei geschafft haben. Natürlich werden so Arbeitsplätze wegrationalisiert! Die Frauen, die da bleiben, müssen mehr arbeiten, die anderen sollen raus.

Kolleginnen und Kollegen, das ist doch genau die Politik der Kapitalisten, der wie zwei Millionen Arbeitslose verdanken. Das hat uns immer nur geschadet und noch niemals den Profit von Siemens angekratzt.

Die Unternehmerklagen machen sich gut, um ein Klima der Angst zu erzeugen. Angst um den Arbeitsplatz. Jetzt, in der Tarifrunde, sollen wir unter diesem Druck einsehen, daß die Unternehmer angeblich einfach keine Lohnerhöhung zahlen können.

Einsehen tun und können wir das aber nicht!

Selbst wenn es stimmt, daß für die EMS-Anlagen weniger Aufträge da sind —, ist das nicht das sogenannte „Unternehmerrisiko", das die Herren sich so hoch bezahlen lassen?

Sollen wir die Auftragslücke mit Arbeitslosigkeit, oder über das Kurzarbeitergeld mit unseren Steuern bezahlen?

Nein, Kolleginnen und Kollegen —, dafür soll Siemens geradestehen!

Mitgliederwille mißachtet

IG Druck fordert nur 7,5 Prozent

STUTTGART. — Auch die IG Druck und Papier geht über den niedrigen Forderungsrahmen, den die IG-Metall-Führung für diese Lohnrunde abgesteckt hat, nicht hinaus. Sie fordert für die rund 180000 Beschäftigten in der Druckindustrie 7,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Einen entsprechenden Beschluß faßte in der vergangenen Woche die Große Tarifkommission der Drucker-Gewerkschaft.

Im „Roten Morgen" Nr. 6/82 hatten wir geschrieben: „Sollte die Große Tarifkommission der IG Druck und Papier eine Lohnforderung aufstellen, die unter 10 Prozent liegt, so wäre dies eine klare Mißachtung des Mitgliederwillens."

Dazu ist es nun tatsächlich gekommen. Fast alle Forderungen, die von Mitglieder- und Delegiertenversammlungen der IG Druck in den letzten Wochen aufgestellt worden waren, lagen bei mindestens 10 Prozent.

So forderte der Bezirk Frankfurt einstimmig 10 Prozent, mindestens 220 Mark für alle Lohngruppen unterhalb des Facharbeiterecklohnes. Der Ortsverein Hamburg sprach sich ebenfalls für eine 10-Prozent-Forderung aus. Ebenso auch der Ortsverein Bremen, der sich außerdem für eine Vorweganhebung der unteren Lohngruppen um ein Prozent einsetzt.

Man fragt sich angesichts der 7,5-Prozent-Forderung, was das Gerede der IG Druck eigentlich bezwecken sollte, die immer wieder betont hatte, Reallohnsicherung müsse das unabdingbare Ziel dieser Lohnrunde sein.

Eines steht fest: Soll das Ziel der Reallohnsicherung wenigstens annähernd erreicht werden, dann müssen die 7,5 Prozent ohne Abstriche voll durchgesetzt werden.

Neue Betriebszeitungen

Zeitung der KPD für den Saar-Bergbau

„Es brennt"

In dieser Woche wird in Saarbrücken zum ersten Mal an den Zechen die Zeitung der KPD für den Saarbergbau „Es brennt" verteilt. Diese erste Ausgabe enthält einen Beitrag zur Lohnrunde, ferner eine Notiz zur Mehrwertsteuer auf Hausbrand für Rentner und Witwen und drittens den zentralen Flugblattext unserer Partei „Solidarität mit Solidarność! Stoppt die kalten Krieger!".

Die Genossen aus Saarbrücken merkten zur Her-



ausgabe dieser neuen Betriebszeitung für Bergleute an: „Auch in der diesjährigen Tarifrunde wollen wir nicht zusehen, wie uns die Bosse und Bonzen irgendetwas Billiges verkaufen. Deshalb haben wir beschlossen, die neue Zeitung „Es brennt" herauszugeben. Noch etwas zum Namen: Bevor unter Tage geschossen wird, ruft der Schießmann ‚es brennt!'. Dies gilt dann als Warnung für die Kollegen, daß es bald zu einer Explosion kommen wird."

500 demonstrierten gegen Maßregelung



Am Montag letzter Woche (15. Februar) folgten rund 500 Kolleginnen und Kollegen einem Aufruf der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und demonstrierten vor dem Kaufhof in Leverkusen gegen den Versuch der Kaufhof-Bosse, drei unliebsame Gewerkschafterinnen zu feuern. Unter dem fadenscheinigen Vorwand der „falschen Fahrkostenabrechnung" hatten die Bosse beim Arbeitsgericht Antrag auf fristlose Entlassung der Betriebsratsvorsitzenden Ulrike Oestreich, der stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden Gerda Iwang und der Jugendvertreterin Birgit Ittel gestellt. Zu den wirklichen Motiven der Kaufhof-Bosse schreibt die HBV in einem Flugblatt: „Die Taktik der Kaufhof-Bosse ist klar: Im Kaufhof Leverkusen soll endlich wieder Friedhofsruhe einkehren, damit die Geschäftsleitung ungestört Arbeitsplätze vernichten und Sozialleistungen abbauen kann. Und in allen anderen Bereichen sollen Betriebsmitglieder eingeschüchtert werden, die sich genauso aktiv für ihre Kolleginnen und Kollegen einsetzen."



38 Prozent für alle!

Sensationeller tarifpolitischer Vorstoß aus dem Hause Siemens.Die Konzernspitze des nicht gerade als sozial fortschrittlich verschrieenen Münchner Unternehmens macht der IG Metall ein überraschendes Angebot:38% für alle Siemens-Mitarbeiter.Wie der Pressesprecher des Konzerns erläuterte,sei in der Zeit des knappen Geldes an eine Auszahlung dieser Prozente in Mark und Pfennig allerdings nicht zu denken.Hier sei ein völliges tarifpolitisches Umdenken notwendig.Gedacht sei vielmehr daran,der Belegschaft einmal im Monat einen 38prozentigen Klaren zu servieren(selbstverständlich außerhalb der Arbeitszeit). Die Vorteile dieses Vorschlages lägen auf der Hand:die prozentualen Forderungen der IG Metall würden mehr als erfüllt,zumindest einmal pro Monat würde sich die Stimmung der Belegschaft voraussichtlich merklich heben und die Finanzkraft der Unternehmen würde nicht zu sehr belastet.

Der Siemens-Vorschlag hat in Gewerkschaftskreisen zu lebhaften Diskussionen geführt.ÖTV-Boß Kluncker hat für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes zusätzlich eine Flasche Bier als Sockelbetrag gefordert.

Die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition macht dagegen in einem Flugblatt ihre kompromißlose Ablehnung der Siemens-Vorschläge deutlich.In dem RGO-Aufruf heißt es:

Sofortige Urabstimmung und Vollrausch!

Heinz Oskar singt und lacht!

Selten hat man Heinz Oskar Vetter so lustig gesehen wie auf der großen karnevalistischen Prunksitzung der Vereinigten Berliner Abschreibungsgesellschaften.Der Grund:Heinz Oskar hat den Ausweg aus dem Skandal um die DGB-eigene Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat gefunden.In Tausenden Briefen hatten Gewerkschaftsmitglieder den DGB-Chef aufgefordert,endlich für Klarheit und Durchsichtigkeit in den DGB-Geschäften zu sorgen.Heinz-Oskar Vetter:"Jetzt werden klare Verhältnisse geschaffen.Am Aschermittwoch wird die Neue Heimat in Neue Gemeinheit umbenannt.Dann weiß jeder,woran er ist."

Wenigstens in einer Betriebszelle unserer Partei gibt es Genossen, die den Karneval ernst nehmen: Bei Siemens in Witten nämlich. Die Karnevalsausgabe unserer Betriebszeitung bei Siemens/Witten, des „Roten Lautsprechers" —, pardon, natürlich des „Lauten Rotsprechers, Zeitung der Komischsten Partei Deutschlands" —, hat inzwischen bereits Tradition.

Umweltvergiftung in der DDR

„Heute rote, morgen blaue Abwässer"

Als während der gefürchteten Inversionswetterlagen im vergangenen Monat die Westberliner Behörden mehrere Male Smog-Alarm geben mußten, als im Westen der Stadt Polizeiautos durch die Wohnbezirke fuhren, um die Anwohner per Lautsprecher vor den Smog-Gefahren zu warnen, tat sich jenseits der Mauer nichts dergleichen. War die auf ein kritisches Maß angestiegene Vergiftung der Luft nur ein Problem für die Westberliner?

Wohl kaum. Denn die während der Smog-Tage durchgeführten Messungen zeigten, daß die höchsten Konzentrationen von Schwefeldioxid gerade unmittelbar an der Sektorengrenze in den Stadtteilen Wedding und Kreuzberg vorlagen. Und da wäre es wahrlich ein Wunder gewesen, wenn die Bewohner der unmittelbar angrenzenden Ostberliner Bezirke nicht von der Luftverpestung betroffen worden wären.



Industriestadt Hettstedt: Der Boden ist mit Blei vergiftet

An solche Wunder aber sollen die Bürger der DDR offenbar glauben. Denn ihnen wird von der SED-Propaganda immer wieder eingeredet, daß die Umweltvergiftung ausschließlich ein Problem des kapitalistischen Westens sei. Im „realen Sozialismus" dagegen hätte der Umweltschutz sogar Verfassungsrang. Sicher, das kann man im Artikel 15, Absatz 2 der DDR-Verfassung nachlesen. Und es gibt auch viele schöne Gesetze, wie etwa das 1970 verabschiedete Landeskulturgesetz, in dessen erstem Paragraphen es heißt: „Gegenstand dieses Gesetzes ist die planmäßige Entwicklung der sozialistischen Landeskultur als System zur sinnvollen Gestaltung der natürlichen Umwelt und zum wirksamen Schutz der Natur mit dem Ziel der Erhaltung, Verbesserung und effektiven Nutzung der natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen der Gesellschaft — Boden, Wasser, Luft sowie Pflanzen- und Tierwelt in ihrer Gesamtheit — und zur Verschönerung der sozialistischen Heimat."

Aber, wie in allen anderen Bereichen, so klaffen auch in der Umweltfrage gesetzliche Norm und Realität weit auseinander. Um auf die Smog-Gefahr zurückzukommen: Gerade die Belastung mit Schwefeldioxid ist in der DDR ständig extrem hoch. Pro Jahr rieseln dort 4 bis 5 Millionen Tonnen dieses Stoffes aus der Luft herab. (Zum Vergleich: In der 2,5mal so großen BRD sind es „nur" 3,5 Millionen Tonnen.) Der Grund dafür liegt in der verbreiteten Verwendung von Braunkohle als Energieträger bei mangelndem Einsatz von Luftfilteranlagen. Ein weiterer gefährlicher Luftverpester ist auch die chemische Industrie, die ihre Schadstoffe zu einem großen Teil ebenfalls ungefiltert in die Luft abgibt. Bezeichnend für die Folgen ist etwa die Tatsache, daß im Chemie-Bezirk Halle (Leuna und andere große Chemiebetriebe) die Lebenserwartung um etwa fünf Jahre geringer ist als in der übrigen DDR, daß dort 10 bis 15 Prozent mehr Herz- und Kreislauferkrankungen, 25 Prozent mehr Krebsfälle auftreten als im Landesdurchschnitt.

Von einem „wirksamen Schutz der Natur" kann man auch im Hinblick auf die Gewässer der DDR nicht sprechen. Im Gegenteil — gerade hier sind die Umweltverbrechen für jedermann deutlich sichtbar. So schrieb selbst die DDR-Zeitschrift „Eulenspiegel" in einer Reportage: „Etliche Gewässer erreichen nicht einmal die sprichwörtliche Klarheit der Kloßbrühe. Der VEB Teppichfabriken Münchenbernsdorf beispielsweise, der Teppiche schönfärbt, entläßt in den Saarbach heute rote, morgen blaue, übermorgen grüne Abwässer, die der Weißen Elster zufließen."

Und das ist beileibe kein Einzelfall. Völlig verpestet ist die Mulde, in die das Chemische Kombinat Bitterfeld Tag für Tag 120000 Kubikmeter Abwässer fließen läßt. Bei einem Test starben noch in der zwanzigfachen(!) Verdünnung des Mulde-Wassers 50 Prozent der eingesetzten Fische. Die Werra schwemmt täglich 30000 Tonnen Salz aus Kalikombinaten stromabwärts — ihr Salzgehalt ist doppelt so groß wie der in der Nordsee. Extrem stark verseucht ist auch die Saale. 1977 kippte der Fluß bei Blankenstein biologisch um. Wegen der Bildung von gefährlichen Gasen mußten sogar der Schiffsverkehr eingestellt und ein Teil der Bevölkerung evakuiert werden. Erst nach dieser Katastrophe baute der hauptsächliche Verschmutzer in diesem Bereich, eine Zellstoff- und Papierfabrik, eine Kläranlage ein.

In Halle, wo beispielsweise die Chemischen Werke Buna stündlich 45- bis 90 Kilogramm hochgiftiges Cyanid in die Saale leiten, sanken Ruderer des Clubs „Chemie Halle" ohnmächtig in ihren Booten zusammen. Auch hier hatten sich Giftgase gebildet.

Für die Zerstörung der Gewässer sorgen zunehmend auch die Atomkraftwerke der DDR. So ist durch das AKW Rheinsberg, das sein Kühlwasser um 10 Prozent erwärmt abgibt, der Stechlin-See bei Berlin aus dem biologischen Gleichgewicht gekippt worden. Das AKW Lubmin an der Ostsee hat jetzt schon den Greifswalder Boden um drei Prozent aufgewärmt. Bis 1990 soll die Kapazität dieses Kraftwerks noch verdoppelt werden. Große Gefahren für die Elbe durch eine weitere Aufwärmung ergeben sich aus dem Plan, das AKW Stendal noch in diesem Jahrzehnt auszubauen. Es soll dann die doppelte Leistung des heute größten europäischen AKWs (Biblis am Oberrhein) haben.

Was die Atomkraftwerke in der DDR betrifft — alle vom sowjetischen Typ „Nowo Woronesch" — so ist in der Vergangenheit zu Recht wiederholt darauf hingewiesen worden, daß sie äußerst mangelhaft gesichert sind. Sie verfügen beispielsweise nicht einmal über die im Westen vorgeschriebenen Notkühlsysteme und haben auch keinen besonderen Berstschutz. Ein Unfall, wie er sich in Harrisburg ereignete, hätte in einem „Nowo Woronesch"-AKW zur nuklearen Katastrophe, zum GAU, geführt.

Die hier angeführten Beispiele zeigen, was es in der DDR mit dem Schutz von Leben und Gesundheit der Werktätigen tatsächlich auf sich hat. Auch im östlichen Teil Deutschlands ist der Umweltschutz nur ein lästiger Kostenfaktor, der die Profite der Bosse schmälert. Deshalb wird er, wo immer es geht, rücksichtslos ausgeschaltet. Und wie bei uns sind es auch in der DDR die Werktätigen, die dafür bezahlen müssen — beispielsweise, wie im Bezirk Halle, mit einem kürzeren Leben.



Verseuchte Werra



Jugendliche in der Dresdner Kreuzkirche

Friedensforum und Schweigemarsch in Dresden

Jugendliche demonstrierten für den Frieden

Zu bislang für die DDR einzigartigen Aktivitäten kam es in Dresden am 13. Februar — dem Jahrestag der Zerstörung der Stadt durch angloamerikanische Bombenangriffe im Jahr 1945. Etwa 5000 Jugendliche aus allen Teilen der DDR bekundeten ihren Friedenswillen in klarer Abgrenzung zu dem üblichen Rummel, mit dem das SED-Regime sich selbst als die entscheidende Friedensmacht des Landes darzustellen pflegt.

Zur Vorgeschichte: Lange vor dem 13. Februar hatte es unter Jugendlichen in der DDR Bestrebungen gegeben, zum Jahrestag der Zerstörung Dresdens eine spontane Kundgebung in der Ruine der Frauenkirche durchzuführen. Das war über den „Buschfunk" — wie in der DDR die Mund-zu-Mund-Propaganda genannt wird — bekannt gegeben worden. In Dresden selbst tauchten sogar Flugblätter auf, die zu der Kundgebung aufriefen.

Die evangelische Landeskirche bemühte sich daraufhin, diese Aktion aufzufangen, wie sie selbst sagte, in der Absicht, Auseinandersetzungen zwischen den Jugendlichen und den Staatsorganen zu vermeiden. Landesbischof Hempel holte sich beim SED-Bezirkschef Modrow die Genehmigung, am 13. Februar eine Podiumsdiskussion und ein Forum über den Frieden in der Kreuzkirche durchzuführen.

5000 Jugendliche kamen — und es wurde eine Veranstaltung weder nach dem Geschmack der SED noch nach dem der Kirchenfürsten. Viele Besucher trugen Stirnbänder mit der Aufschrift „Frieden schaffen ohne Waffen" oder Aufnäher mit der Losung „Schwerter in Pflugscharen", letzteres übrigens eine Anspielung auf ein Denkmal, das die Sowjetunion einst der UNO schenkte. Es stellte einen Mann dar, der ein Schwert in einen Pflug umschmiedet.

Schon das sichtbare Tragen dieser Parolen machte deutlich, daß hier Jugendliche zusammengekommen waren, die nicht daran dachten, ihre Meinung zu verstecken. Und das zeigte sich dann auch bei den Diskussionen in der Kreuzkirche. Unverblümt wurden hier die schon lange kursierenden Forderungen der „Friedensbewegung" erhoben, etwa nach der Einrichtung eines Friedensdienstes für Kriegsdienstverweigerer oder nach der Einführung eines Unterrichtsfachs Friedenskunde anstelle des jetzt üblichen Wehrkundeunterrichts. Allgemein wurde die totale Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens in der DDR kritisiert; einige Jugendliche forderten auch einseitige Abrüstungsschritte der Sowjetunion.

Kennzeichnend für die Stimmung auf diesem Friedensforum war der starke Beifall, den ein Diskussionsteilnehmer erhielt, als er sagte: „300000 haben in Bonn demonstriert, damit ihre Raketen uns nicht auf die Köpfe fallen. Sollten wir nicht endlich darangehen, auch unsere Raketen zu zählen?" In dieser Fragestellung, wie in dem Forum überhaupt, liegt natürlich eine deutliche Herausforderung des SED-Regimes.

Denn die DDR-Führer stellen die westliche Friedensbewegung ja stets als ihren Verbündeten im gemeinsamen Kampf gegen die amerikanische Atomkriegspolitik dar, von der angeblich die einzige Gefährdung des Friedens ausgeht. Gerade dieser falsche Anspruch des Regimes wurde in Dresden in Frage gestellt. Sicher war der Protest der Jugendlichen durchweg pazifistisch, klangen viele Illusionen in die DDR-Führung durch, war das Forum nicht von einer so scharfen Konfrontation gegen die Regierenden und ihre „Schutzmacht" geprägt, wie wir das von vielen Aktionen der westdeutschen Friedensbewegung her kennen. Das Entscheidende aber war eben, daß hier zum ersten Mal öffentlich eine Massenversammlung sich weigerte, den Friedenskampf in der DDR als eine Stärkung des Regimes und seiner bewaffneten Macht zu verstehen, daß stattdessen darauf orientiert wurde, „unsere Raketen zu zählen" — also nicht mit dem Regime, sondern gegen das Regime für den Frieden zu kämpfen.

Die Kirchenfürsten unternahmen alles, um die Widersprüche zu dämpfen und zu verkleistern. Bischof Hempel erklärte zum Beispiel, die Jugend wolle zwar Alarm geben, der richte sich jedoch nicht gegen die Regierung und ihre Friedensbemühungen. Die 5000 in der Kreuzkirche rief Hempel dazu auf, nicht den „Berliner Appell" (siehe RM 6/82) zu unterzeichnen, in dem unter anderem die Beseitigung der Atomwaffen in beiden Teilen Deutschlands und der Abzug der Besatzertruppen aus ganz Deutschland gefordert werden. Die Reaktion auf Hempels Aufruf waren Buhrufe und Pfiffe.

Auch mit einer anderen Forderung kam der Bischof nicht durch. Am späten Abend, nach dem Abschluß des Forums, riet er den Jugendlichen davon ab, in einer Demonstration auf die Straße zu gehen. Sie sollten lieber in der Kirche bleiben und sich auf „die innere Stärke im Gebet konzentrieren". Dennoch und trotz der in Dresden massierten Stasi-Leute zogen noch etwa 1000 Jugendliche in einem Schweigemarsch zur Ruine der Frauenkirche, wo Fackeln entzündet und gemeinsam Friedenslieder gesungen wurden.

Die DDR-Behörden haben auf die Dresdner Ereignisse mit sichtbarer Nervosität reagiert. Schon im Vorfeld des Forums waren Hunderte von „verdächtigen Personen" vor allem aus dem Kirchenbereich zum Stasi zitiert und verwarnt worden; in vielen Fällen wurde dabei ein ausdrückliches Verbot der Teilnahme an dem Forum verhängt. Die Erstunterzeichner des „Berliner Appells" wurden zu Verhören zum Stasi geholt und teilweise längere Zeit festgehalten.

Auch die SED-Jugendorganisation FDJ hat Wirkung gezeigt. Hier ist für den März eine Kampagne angekündigt worden, die ganz offensichtlich dem Friedens-Protest und der Gefahr einer „Ansteckung" entgegenwirken soll. Im kommenden Monat werden alle Organisationen der FDJ von Referenten ausgerichtet. Thema: „Der Friede muß verteidigt werden — der Friede muß bewaffnet sein."

Solidarität mit den inhaftierten Genossen!

Nicht zuletzt wegen ihres Eintretens für wirkliche Schritte der Friedenssicherung, beispielsweise durch eine Neutralisierung der DDR, sind Manfred Wilhelm (Bild) und andere kommunistische Oppositionelle zum Teil schon seit dem Herbst 1980 in DDR-Gefängnissen eingekerkert. Sie brauchen auch unsere Solidarität!

Protestiert bei der Ständigen Vertretung der DDR, Kölner Str. 18, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Tel.: (02221) 379051

Schreibt den Inhaftierten an die Generalstaatsanwaltschaft von Berlin, Hauptstadt der DDR, 1026 Berlin, Littenstr. 16-17. (Achtung! Namen und Geburtsdatum der Inhaftierten müssen angegeben werden:



Manfred Wilhelm 5.1.1951, Andreas Bortfeldt 1.5.1953)

Solidaritätsspenden: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto.-Nr.: 321004547. Stichwort: DDR-Solidarität.

Schlappe für den Verfassungsschutz

BREMEN. — Am 30.6.1981 hatten Mitglieder einer Bremer Wohngemeinschaft eine konspirative Wohnung des Verfassungsschutzes ausgehoben, von der aus sie längere Zeit beobachtet, gefilmt und fotografiert worden waren. Die „Observationsgeräte" der Spitzel landeten auf der Straße, einige Notizbücher verschwanden.

Ein Mitglied der Wohngemeinschaft wurde jetzt vom Vorwurf des gemeinsamen Raubes freigesprochen, weil die betroffene Verfassungsschutzagentin Sonja Hornig, damals wohnhaft in Bremen, Meyerstr. 195, nicht im Gerichtssaal aussagen wollte.

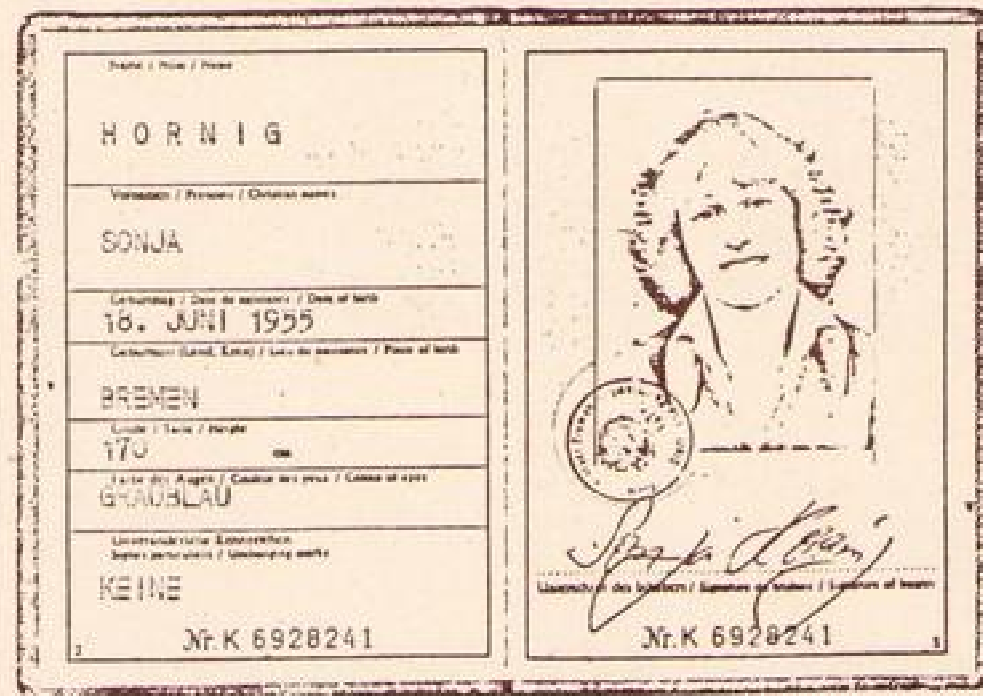
Die verschwundenen Verfassungsschutz-Unterlagen wurden kurz nach dem Vorfall in einer fotokopierten Broschüre der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, was beim Verfassungsschutz erheblichen Wirbel auslöste. Verständlich, denn zu den Materialien gehörten auch Namen und Telefonnummern von Kolleginnen und Kollegen der Hornig.

Der Staat schlug zurück. Nach einem gewaltsamen Überfall auf die Wohngemeinschaft folgten Anklage und Prozeß.

Und der Prozeß endete jetzt, unerwartet, muß man sagen, mit einem Freispruch. Der Grund: Der Staatsschutz hatte seiner Agentin nur eine „kommissarische Aussageerlaubnis" unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der Verteidigung erteilt. Und darauf ließ sich das Gericht nicht ein.

Richter Teuchert erklärte, durch die fehlende Aussage bliebe ungeklärt, was sich damals in der zweiten Etage der Graudenzer Straße 21 abgespielt hat und was den Staatsschützern überhaupt abhanden gekommen ist. Hornig, die inzwischen — natürlich mit neuer „Identität" versehen — in irgendeinem anderen Bundesland ihrer Tätigkeit nachgeht, durfte nicht einmal dem Vorschlag des Verteidigers folgen, notfalls mit Kapuze versehen vor Gericht zu erscheinen.

Diese Entscheidung dürfte den Staatsschützern ein Dorn im Auge sein, nicht nur wegen dem einen Freispruch. Sie wollen ja die Rechtsgültigkeit der Aussagen von sogenannten Geisterzeugen durchsetzen.


HORNIG
SONJA
18. JUNI 1955
BREMEN
170
GRAUBLAU
KEINE
Nr. K 6928241
Nr. K 6928241

Eine neue Identität erhielt Fräulein Hornig, nachdem ihr Bild dankenswerterweise veröffentlicht wurde.

Heidelberger Manifest jetzt offiziell veröffentlicht

MAINZ. — Die Autoren des ausländerfeindlichen „Heidelberger Manifests" (vgl. „Roter Morgen" 6/82) haben sich am 31. Januar in Mainz versammelt und eine neue Fassung ihres Machwerks verfaßt, die sie jetzt offiziell der Öffentlichkeit unterbreiten.

In einer Presseerklärung wettern die Herren Professoren gegen die „von radikalen Linken gesteuerte Hetzkampagne" gegen sie. Die bisher bekannte Fassung des Manifests sei durch Indiskretion an die Öffentlichkeit gelangt; sein Text sei noch gar nicht zur Veröffentlichung, sondern nur zur Werbung neuer Unterzeichner gedacht gewesen (als ob das etwas ändern würde, es zeigt doch höchstens die Absicht der Verfasser, ihre wahren Ziele möglichst gut zu verschleiern und besonders schmackhaft anzubieten!). „Mit einer vergrößerten Zahl von Unterzeichnern", so die Verfasser wörtlich, sollte die endgültige Fassung im März/April in Bonn bekanntgemacht werden. Das ist nun also vorzeitig geschehen, allerdings sind die Unterzeichner nicht mehr, sondern weniger geworden, was sich natürlich noch ändern kann.

Abgesprungen sind jedenfalls erstmal fünf Professoren: Karl Götz, der frühere Vertriebenenminister Dr. Oberländer, Dr. Riedl, Dr. med Schade und Dr. Schröcke. Letzterer war eigentlich, auch von anderen Professoren, als einer der Initiatoren des Projekts genannt worden. Sicherlich weniger aufgrund eines Gesinnungswandels als aus Scheu vor dem Licht der Öffentlichkeit! Neu hinzugekommen ist dafür Dr. rer. nat. W. Rutz aus Bochum.

Die Neufassung des Manifests ist allerdings kaum „entschärft", sie enthält nur verstärkte Hinweise auf die angebliche Verfassungstreue seiner Autoren. Diese wird auch in der Presseerklärung behauptet, verbunden mit einer Abgrenzung gegen den Heidelberger „Schutzbund für das deutsche Volk", die aufgrund der personellen Verbindungen einiger Professoren zu diesem Verein und der Tatsache, daß die Vorsitzende des „Schutzbundes" an der Verschickung des Manifestes beteiligt war, völlig unglaubwürdig ist. Offenbar planen die Professoren aber, ihrem angestrebten bundesweiten Verband, den sie jetzt „Arbeitsgemeinschaft" nennen, eine andere Form zu geben. Dem Manifest beigegeben wurde ein Papier mit dem Titel „Grundzüge und Maßnahmen einer Ausländerpolitik", in dem die Vorschläge für die Verwirklichung der „ethischen Grundlagen" des Manifestes dargelegt werden. Darauf werden wir demnächst noch gesondert eingehen, behandeln, zusammen mit entsprechenden Stellungnahmen von CDU/CSU (die den aus Heidelberg zum Teil direkt entsprechen) und der Regierungsparteien.

Dem Protest gegen das Heidelberger Manifest haben sich inzwischen mit einer Erklärung 42 Professoren aus Frankfurt angeschlossen, die darin unter anderem feststellen: „Deutschen Wissenschaftlern wurde bisher im Ausland Achtung und Anerkennung entgegengebracht. Äußerungen durch Professoren, wie sie im ‚Heidelberger Manifest' formuliert worden sind, stellen unsere menschliche und wissenschaftliche Integrität in Frage." Auf die rassistische Grundlage des Manifests eingehend erklären sie: „Es ist unhaltbar, von einem ‚Naturrecht' eines Volkes auf Erhaltung ‚seiner Identität und Eigenart' zu sprechen. Abgesehen davon, daß der Begriff des Naturrechts sich stets auf Menschenrechte und nicht auf nationale Rechte bezogen hat und noch bezieht, haben deutsche Wissenschaftler und das Reichsgericht als höchstes deutsches Gericht in der NS-Zeit unter Berufung auf das ‚Naturrecht' die Diskriminierung und Vernichtung von Ausländern und Juden legitimiert — Grund genug, den Begriff des Naturrechts heute nicht zu ideologischen Zwecken zu mißbrauchen."

Räuker gewinnt gegen „Pardon", „UZ" und „Spiegel"

Ein Urteil gegen die Pressefreiheit

HAMBURG. — In dem Zensurprozeß des NDR-Intendanten Räuker und seines Referenten Lampe gegen „Pardon", „UZ" und „Spiegel" wegen Abdruck eines Telefonats, das über die reaktionäre Gleichschaltungspolitik dieser Medienfürsten Aufschluß gibt, wurde am 19. Februar das Urteil gesprochen. Danach sollen Räuker und Lampe jeweils 5000 DM von „Pardon", 3000 DM von der „UZ" und 1000 DM vom „Spiegel" als „Schmerzensgeld" erhalten.

In der Urteilsbegründung wird die Widergabe des Telefongesprächs als „rechtswidrige Verletzung der Persönlichkeitsrechte der Kläger" hingestellt. Wobei das Gericht davon ausging, daß das Gespräch so, wie es zuerst in der „Pardon" erschien, tatsächlich stattgefunden hatte.

Die Veröffentlichung war ein mutiger Schritt der „Pardon"-Redaktion, ein richtiger Schritt im Interesse der Aufdeckung der hinterhältigen Machenschaften, mit denen in den Rundfunkanstalten demokratische Institutionen zerschlagen und Zensur ausgeübt werden bzw. werden sollen. Viele Menschen haben aufgehorcht und sehen heute hinter die Kulissen des Geschehens, durch den Schleier der Heimlichkeiten hindurch. Deshalb ist das Urteil des Hamburger Landgerichts ein Schlag gegen Informations- und Pressefreiheit, der entschieden verurteilt werden muß.

Wie bekannt, hatte auch der „Rote Morgen" den vollständigen Text des Telefongespräches veröffentlicht.

Die „Roter-Morgen"-Redaktion hat den betroffenen Redaktionen in einem Schreiben ihre Solidarität und ihren schärfsten Protest gegen das Urteil ausgedrückt.

BKA-Chef will mehr V-Leute

Spitzel und Provokateure gesucht

HAMBURG. — Der Präsident des Bundeskriminalamtes, Boge, kündigte kürzlich in einem Interview mit dem Norddeutschen Rundfunk an, die Polizei werde in Zukunft mehr als bisher auf V-Leute, also Zivilspitzel, und „verdeckt arbeitende Polizisten" zurückgreifen. Die „Kriminalitätslage" habe sich verändert, das Verbrechen habe sich organisiert und könne mit „herkömmlichen Methoden" nicht mehr bekämpft werden. Um in den „Kern der Organisationsstrukturen" einzudringen, reichten die „traditionellen Methoden" der Polizei nicht mehr aus.

Boge spricht schlicht von „Kriminellen". Was er nicht sagt, was aber gerade beim Einsatz von V-Leuten eine bedeutende Rolle spielt, ist die Überwachung politischer Organisationen. Boges Ankündigung besagt somit zum Beispiel, daß die Kripo, sicher zusammen mit dem Staatsschutz, verstärkt versuchen wird, fortschrittliche politische Gruppen und Parteien mit Agenten zu durchsetzen, um sie bei Bedarf zerschlagen zu können. Fortschrittlichkeit oder gar revolutionäre Tätigkeit ist für Boge und seinesgleichen kriminell. Es gilt also wachsam zu sein.

Wenn Boge verstärkt mit V-Leuten arbeiten will, heißt das sicher auch, daß die „agents provocateurs" ihr Wirken verstärken werden. Die direkt kriminelle Tätigkeit des BKA selber wird also zunehmen. Beispiele für das Wirken solcher Leute lieferten die Agenten, die in Neonazi-Gruppen einstiegen bzw. solche erst aufbauten und sie dann zu Bombenanschlägen usw. führten. Beispiele lieferten Zivilpolizisten, die bei Demonstrationen usw. gezielte, den Zweck der Aktion schädigende Gewalttaten verübten, um der uniformierten Polizei einen Vorwand zum brutalen Eingreifen und dzur Auflösung der Aktion zu liefern.

Boge betonte, V-Leute arbeiteten auf „eigenes Risiko" und müßten sich, falls sie straffällig würden, vor Gericht verantworten. Das ist nichts als die Absicherung, daß man einen solchen Agenten, wenn er sich zu dumm anstellt und er bei Straffälligkeit nicht ohne Prestigeverlust für die Kripo zu schützen ist, fallenläßt, wie im bekannten Fall Lepzien, der der faschistischen Otte-Bande angehörte.

Um belastende Aussagen solcher Subjekte vor Gericht zur Aburteilung fortschrittlicher Menschen verwerten zu können, plädierte Boge für die Unterhöhlung jeder „rechtsstaatlichen" Prozeßführung. Polizeizeugen sollten durch einen beauftragten Richter unter Ausschluß der Öffentlichkeit an einem geheimen Ort befragt werden können. Solche „Geisterzeugen", die sich nicht davor fürchten müssen, denen vor Gericht Rede und Antwort stehen zu müssen, die sie belasten, ermöglichen einen total manipulierten Prozeß, der den Angeklagten der bürgerlichen Klassenjustiz weitgehend rechtlos ausliefert.



Warnung vor dem Spitzel! — Düsseldorfer Wandmalerei aus dem Jahr 1979

Meldungen

Giftgas

„Gegen den polizeilichen Einsatz der Reizmittel CS und CN bestehen unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten keine Bedenken." Das befand die Bundesregierung Ende Januar in Beantwortung einer Kleinen Anfrage von Abgeordneten der CDU/CSU. Und zwar mit folgender Begründung: „Zwar ist die Verwendung von Tränengas (als ob das CS-Giftgas einfach ein beliebiges ‚Tränengas' wäre! — Red.) als Mittel der Kampfführung **in einem Kriege** nach international vorherrschender Auffassung **mit dem Kriegsvölkerrecht nicht vereinbar.** Unbestritten ist aber, daß die Verwendung von Reizstoffen **für polizeiliche Aufgaben** durch das kriegsvölkerrechtliche Verbot **nicht berührt wird.**" (Hervorhebungen von uns — Red.)

***

Bayerns Innenminister Tandler teilte mit, daß das CS-Gas inzwischen bei allen bayrischen Dienststellen für Sondereinsätze eingeführt, bislang aber nicht angewandt worden sei. Im „Bayernkurier" tadelte die Strauß-Partei ausdrücklich die anderen Bundesländer, die — bis auf Baden-Württemberg — bisher das CS-Gas noch nicht eingeführt haben, weil sie ihren Polizisten unzureichende Mittel für den Einsatz gegen Demonstranten an die Hand gäben. Diese Äußerungen fielen unter direkter Bezugnahme auf die Polizeieinsätze auf dem Baugelände der Startbahn West des Frankfurter Flughafens.

***

Der baden-württembergische Landesverband des DGB befürwortet die Ausrüstung der Polizei mit dem CS-Kampfgas. Auf der Landesbezirkskonferenz am 30. Januar in Offenbach wurde ein Antrag des Landesjugendausschusses mehrheitlich zurückgewiesen, der den Gewerkschaftsverband zur eindeutigen Ablehnung dieses Gases aufforderte.

Nazi-Terror angekündigt

Michael Kühnen, ehemaliger Bundeswehrleutnant und Führer der faschistischen Bande „Aktionsfront Nationaler Sozialisten", die sich durch Waffen- und Giftdiebstähle, Terroranschläge, faschistische Hetzpropaganda usw. hervortat, wird voraussichtlich im August aus der Haft entlassen. Seine Zukunftspläne offenbarte er freimütig in einem Interview mit dem „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt": Er will die ANS „reorganisieren". Aus der „Verknüpfung der Themen Umweltzerstörung und Ausländerfeindlichkeit" erhofft er sich eine „Massenbasis" für seine „nationalrevolutionäre Bewegung". Auf die Frage, ob er mittlerweile Terrorismus prinzipiell ablehne, antwortete er: „Das habe ich nie getan. Dafür sehen ich auch keinen Grund."

Diese Äußerungen sind eindeutig ein Fall für die Staatsanwaltschaft. Kühnen kündigt heute schon organisierten Mord und Totschlag an. Er darf nicht aus dem Gefängnis entlassen werden!



Bremer Metallarbeiter protestierten vor dem Verhandlungsgebäude.

Die Unternehmer sollen den Gürtel enger schnallen!

Arbeiterkorrespondenz aus Bremen

Liebe Genossen!

Am 12.2.82 fand in Bremen die dritte Verhandlungsrunde für die Metallindustrie im Nordverbund statt. Das Angebot der Kapitalisten lautete bis dahin 3 Prozent auf 15 Monate.

Kolleginnen und Kollegen einiger Bremer Metallverarbeitungsbetriebe, unterstützt von Kollegen der Klöckner-Hütte, nutzten diese Gelegenheit, um den Kapitalisten zu zeigen, daß sie in dieser Tarifrunde eventuell auch mit dem Durchsetzungswillen und der Kampfkraft der Arbeiter aus den Betrieben rechnen müssen und nicht nur mit der Friedfertigkeit und Kompromißbereitschaft der IGM-Verhandlungskommissare.

Die Kollegen zogen mit einem Transparent „Reallohnsicherung muß her — sonst rühr'n wir keinen Finger mehr" zum Sitzungssaal der Unternehmer, wo sie kurzerhand die Türposten zur Seite schoben. Die Kapitalisten protestierten lautstark, einige von ihnen wurden rot im Gesicht, andere ganz blaß, und mehrere riefen — wie es zu erwarten war — nach der Polizei.

Das alles hinderte eine Kollegin der Vertrauenskörperleitung der Firma Fr. Gerds nicht daran, einem der Bosse einen Gürtel zu überreichen, mit der Aufforderung, diesen sich möglichst eng zu schnallen.

Kurz darauf traf dann bei der Kapitalistendelegation noch ein Telegramm des Betriebsrates der Schiffswerft Schweers ein, in dem die Kollegen der Delegation mitteilten, daß von ihnen die Unternehmer wegen unsozialen Verhaltens fristlos entlassen seien! Das Regionalfernsehen und die -presse berichteten kurz darüber.

Etwas gestört wurde die Aktion durch das Auftreten einer Schar Studenten der „Marxistischen Gruppe", die die dort anwesenden Kollegen wegen ihrer Aktivitäten beschimpfte und lautstark rief: „Alle Löhne stehen still — wenn die IGM es will".

Die Millionen in der IGM organisierten Kollegen wollen einen Stillstand oder gar ein Absinken der Löhne verhindern. Die Aktion der IG Metaller hier in Bremen war ein kleiner Auftakt dazu.

Doch das können diese „MGler" mit Sicherheit nicht kapieren.

Kurz und gut!

WESTBERLIN (Volkskorrespondenz). — Freitag, den 19. Februar, wollte die NPD in Westberlin eine Veranstaltung durchführen, bei der ein Film von ihrem „Deutschlandtreffen" gezeigt werden sollte.

Als Antifaschisten im Wedding von der Sache Wind bekamen, wurde schnell ein Treffen verschiedenster Initiativen durchgeführt und beschlossen, etwas gegen die Faschistenveranstaltung zu tun.

Am Abend der Veranstaltung waren 100 bis 120 Demonstranten vor dem Veranstaltungsgebäude, und die groß angekarrte Polizei schaffte es gerade noch, den NPDlern, die sich schon im Saal befanden, „freies Geleit" zu sichern — ansonsten spielte sich nichts von dem ab, was die NPD geplant hatte.

Gute Idee und eventuell Anregung für andere Orte: Ein Parteiplakat zur Veranstaltung gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau.

Gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau

- Die Reichen sollen die Krise bezahlen -



Veranstaltung der

KPD

19. Februar 1982
um 19 Uhr
Northeim
Stadtschänke
Holzhäuserstraße

Kabarett...Rede...Diskussion

Roter Rebell — soeben erschienen



Aus dem Inhalt:
- Ausnahmezustand in Bochum
- Wie Helmut Schmidts Dialog mit der Jugend wirklich aussieht
- Hexenjagd auf jungen Chemie-Gewerkschafter
- Der große Deal der Flicks
- „...und die Bibel hat doch recht!" (meint jedenfalls Mr. Reagan)

vor allem aber:
Tips und Tricks zur Jugendvertreterwahl!

Zu bestellen über Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46) Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99) Kto.Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Sammelband 1981

Wie in jedem Jahr ist auch jetzt wieder der letzte Jahrgang des „Roten Morgens" als gebundener Sammelband erhältlich.

Dieser Band erleichtert nicht nur die Arbeit mit dem „Roten Morgen" — er ist auch ein gutes Nachschlagwerk zur aktuellen Zeitgeschichte.

35,—

RM
Zu bestellen bei
Verlag Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Reagan go home!

Am 9. Juni kommt Reagan nach Bonn!

Auf Drängen der Bundesregierung wurde die NATO-Gipfelkonferenz am 10. Juni von Brüssel nach Bonn verlegt. US-Präsident Reagan wird bereits am 9. Juni zu einem gesonderten Treffen mit Bundeskanzler Schmidt am Rhein erwartet.

Die Bundesregierung will mit aller Gewalt ihre absolute Treue zum NATO-Kriegsbündnis, ihre Gefolgschaft gegenüber Reagans mörderischem Atomkriegskurs demonstrieren.

Die KPD ruft alle Friedenskräfte unseres Landes zur Gegendemonstration auf.

Die Einberufung des NATO-Gipfels nach Bonn ist ein demonstrativer Akt, eine Herausforderung an alle Gegner der atomaren Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, die vom NATO-Bündnis unter Oberaufsicht der US-Regierung betrieben wird.

Sie kam zustande durch persönlichen Einsatz von Genscher, der sich in Absprache mit Helmut Schmidt auf der KSZE-Konferenz in Madrid an US-Außenminister Haig wandte, um seine Zustimmung zur Verlegung des Tagungsortes zu erlangen. Als solcher war bereits Brüssel vorgesehen. Haig gab diese Zustimmung gerne. Denn der US-Regierung kommt nichts gelegener als eine solche unmißverständliche Treueerklärung durch die Regierung des Landes, dessen Ergebenheit sie zur Verwirklichung ihrer europäischen Aufmarschpläne gegen ihre imperialistischen Konkurrenten des Warschauer Paktes am dringendsten benötigt.

Daß die mit einer solchen Demonstration verbundenen Risiken in Kauf genommen werden, entspricht dem rüchsichtslos provokativen Kurs der Reagan-Regierung.

In letzter Zeit haben amerikanische Politiker in aller Öffentlichkeit und in unerhörter Schärfe die Bundesregierung gerügt, weil sie ihren Bündnisverpflichtungen nur ungenügend nachkomme, weil sie zu wenig Geld für Aufrüstung ausgebe, weil sie „isolationistische Tendenzen“ zeige usw. Sie beschworen das für sie erschreckende Gespenst des Neutralismus herauf. Sie empörten sich darüber, daß Bonn das Entstehen „antiamerikanischer Stimmungen“ zulasse, wetterten insbesondere gegen die Demonstration vom 10. 10. 1981. Schmidt war bei seinem USA-Besuch kaum verhüllten persönlichen Anfeindungen ausgesetzt.



Reagan, der Sensenmann — ein Bild von der Demonstration am 10. 10. 81. Am 9. und 10. Juni ist er persönlich hier. Bereiten wir ihm den gebührenden Empfang!

Daß all die Befürchtungen dieser reaktionärsten Kreise der amerikanischen Supermacht jeder Grundlage entbehren, daß möchte Schmidt bezüglich seiner Person und der von ihm geführten Regierung deutlichmachen. Die Bonner Regierung will ihre unbedingte Bündnistreue zu den USA und zur NATO demonstrieren. Eine Bündnistreue, die sich über jeden Widerspruch, über jeden Zweifel hinwegsetzt. „Ich sorge dafür, daß die Bundesrepublik den NATO-Kurs mithält!“ Das soll an diesen Tagen Reagan und der ganzen Welt gezeigt werden.

Wird das der bleibende Eindruck dieser Tage sein, daß diese Demonstration gelingt, daß unser Land vor aller Augen unwidersprochen als europäische Hauptstütze der NATO-Politik darsteht?

Oder wird der bleibende Eindruck dieser Tage darin bestehen, daß die Weltöffentlichkeit sieht: Schmidt spricht nicht für unser Volk, er hat die Schlappe vom 10. 10. nicht wettgemacht, die Kriegstreiber müssen auf erheblichen Widerstand gefaßt sein?

Die Entscheidung darüber liegt bei uns selber, bei allen Gegnern des Rüstungswahnsinns in Westdeutschland. Wenn die Friedenskräfte in unserem Land sich zu einer gemeinsamen Aktion auf der Straße zusammenfinden, dann steht heute schon fest, daß Schmidt mit seiner Provokation auf den Bauch fällt.

Dafür müssen wir mit aller Kraft sorgen!

Das Treffen von Bonn stellt die Frage der bedingungslosen Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO von selbst in den Vordergrund. Das ist für uns eine gute Gelegenheit, die richtige Antwort zu geben, unsere Forderung nach Austritt aus der NATO und Neutralität der Bundesrepublik, die zunehmend Anhänger gewinnt, weiter zu popularisieren.

Was macht die ASF?

Ein Sprecher der Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste (ASF) — einer Mitorganisatorin der Friedensdemonstration vom 10. 10. 81 — hat sich in Bonn gegen eine Großdemonstration anläßlich des Reagan-Besuchs ausgesprochen. Die ASF lehne „Personalisierungstendenzen in der Friedensbewegung“ ab.

Wir meinen: diese Entscheidung ist falsch. Sie schadet selbst dem minimalen gemeinsamen Ziel aller, die am 10. 10. letzten Jahres in Bonn gemeinsam demonstriert haben: der Verbreiterung der Front zur Verhinderung der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles.

Reagan steht nun einmal — zu Recht — in den Augen vieler Menschen für einen rücksichtslosen Kriegskurs. Das ist gut und nicht schlecht. Das muß genutzt werden, um alle diese Menschen zur aktiven Demonstration ihres Widerstandes zu mobilisieren. Auch in dieser Hinsicht muß Friedenskampf konkret sein.

Wir hoffen, daß sich diese Einsicht auch innerhalb der ASF noch durchsetzt.

Bonn begrüßt Giftgasproduktion durch USA

Neue chemische Waffen bald auch in Westdeutschland?

BONN. — Die Bundesregierung äußerte „Verständnis“ für die Wiederaufnahme der Produktion chemischer Waffen, darunter Giftgase, durch die US-Regierung. Sie gab gleichzeitig prinzipiell grünes Licht für die Lagerung dieser Waffen auf bundesdeutschem Territorium.

Wie üblich behauptet die Propaganda der Kriegstreiber, die Produktion chemischer Waffen durch die USA und die Bereitstellung für die NATO-Truppen diene der „Abschreckung“ der Sowjetunion, die dadurch davon abgehalten werden solle, ihrerseits weitere chemische Waffen zu produzieren; ja, die chemische Aufrüstung diene letztlich sogar der Durchsetzung eines Verbots dieser Waffen. Es ist die alte Logik: Aufrüsten, um abzurüsten. Wie das „funktioniert“, kann man seit Jahren bei den Atomwaffen sehen. In Wahrheit macht es diese Aufrüstung nur wahrscheinlich, daß im Falle eines Krieges auch diese Waffen eingesetzt werden. Und daß die Amis lügen, wenn sie scheinheilig beschwören, sie würden chemische Waffen „nie als erste“ einsetzen — ganz abgesehen davon, daß sie zum großen Teil völkerrechtlich geächtet sind, z. B. die Giftgase —, das ist spätestens seit dem Vietnam-Krieg in aller Welt bekannt.

705 Millionen Dollar sind in Reagans Haushaltsentwurf für 1983 für chemische Waffen enthalten, davon allein 30 Millionen für die Produktion von Nervengas.

Giftgas ist keine „Vergeltungswaffe“. Jedenfalls nicht gegen gegnerische Truppen, die sich bei eigenem chemischen „Erstschlag“ entsprechend schützen könnten.

Vorgesehen ist der Giftgaseinsatz logischerweise auch in Deutschland, eben dort, wo sich die Blöcke direkt gegenüberstehen. Wer die Stationierung von Giftgas auf bundesdeutschem Boden zuläßt — die **zusätzliche** Stationierung, muß man hinzufügen, denn es lagern bereits chemische NATO-Waffen bei uns, z. B. 2 000 Tonnen Nervengas in der Pfalz —, der begeht ein Verbrechen am deutschen Volk. Genau dazu aber ist die Bundesregierung bereit.

Minister Apel behauptet lediglich, „zur Zeit“ gebe es keine Absichten, neue chemische Waffen in der Bundesrepublik zu stationieren. Die „Opposition“ in der SPD rang sich nur zu der Erklärung durch, eine solche Stationierung dürfe nicht „ohne Bonner Zustimmung“ erfolgen.

Und was sagt man in Bonn? Regierungssprecher Becker erklärte, eine Lagerung in Westdeutschland könne „in übereinstimmung mit der NATO-Verteidigungsplanung“ und „im Einvernehmen mit den direkt beteiligten Staaten“ festgelegt werden. Na also. Und wo diese Waffen doch der Abschreckung und damit der Friedenssicherung dienen — wie die Regierung sagt — was sollte sie dann dagegen haben? Und schließlich ist die Bundesrepublik noch fest in die NATO-„Verteidigungs“-Planung eingespannt!


US-Soldaten wie dieser sollen den Gastod auch nach Deutschland tragen. Reagan läßt die Produktion von Nervengas wieder ankurbeln.

93 000 Reservisten zusätzlich

... zur Unterstützung von US-Verstärkungen in Westdeutschland

Die Planungen für die Organisierung eines neuen Weltkrieges nehmen immer konkretere Gestalt an. Das gilt auch für die auf dem Gebiet der Bundesrepublik vorgesehene Kriegsführung. In diesem Zusammenhang beschloß die Bundesregierung zusammen mit der Regierung der USA, 93 000 zusätzliche westdeutsche Reservisten, die bisher nicht für den Einsatz im Kriegsfall geplant waren, als Unterstützungstruppe für eventuell in die Bundesrepublik eingeflogene US-Verstärkungen bereitzustellen.

Das bereits ausformulierte Abkommen zwischen Bonn und Washington soll nach einer Behandlung im Verteidigungsausschuß des Bundestages schon bald von beiden Regierungen unterzeichnet werden.

In dem Abkommen äußert die Reagan-Regierung ihre Absicht, „im Falle einer Krise oder eines Krieges im Einvernehmen mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ihre in der Bundesrepublik Deutschland stationierten vier Divisionen und dazugehörigen fliegenden Staffeln innerhalb von zehn Tagen um sechs weitere gepanzerte-, mechanisierte- und Infanteriedivisionen zu verstärken, um in der Bundesrepublik Deutschland nach Möglichkeit bei Beginn oder erwartetem Beginn von Kampfhandlungen zehn Divisionen und dazugehörige fliegende Staffeln für eine erfolgreiche Vorneverteidigung bereitzustellen.“

93 000 Mann Hilfspersonal für die US-Truppen, die in unserem Land Krieg führen wollen! Eine weitere konkrete Maßnahme zur Beteiligung an dem von der NATO vorbereiteten Krieg.

Darüberhinaus sind neue Kadereinheiten, sogenannte Geräteeinheiten, vorgesehen, für die etwa 1 200 militärische und 600 zivile Planstellen neu einzurichten sind. Dazu und zur Gewährleistung der Mobilisierung der zusätzlichen Reservisten hat das Heer bereits vor der Beratung des Projekts im Verteidigungsausschuß eine Planungsstab gebildet.

Das ganze ist nicht billig. Der von der Bundesrepublik übernommene Kostenanteil beläuft sich offiziellen Angaben zufolge „laut Preisstand von 1980“ — also wird es noch viel teurer — bei den Investitionskosten auf rund 550 Millionen Mark, aufgeteilt auf sieben Jahre, und bei den Betriebskosten des laufenden Projekts auf jährlich 56 Millionen Mark. Geld, das wir für unsere eigene Vernichtung zahlen sollen.

Hinzu kommt, daß die US-Regierung sowieso plant, die dauernd in Westdeutschland stationierten bewaffneten Einheiten drastisch zu verstärken. Und die Bundesregierung dürfte derartige Schritte, wie bisher immer geschehen, sehr begrüßen und auch noch als ersehnte Maßnahme zu unserem „Schutz“ hinstellen.

Aber jeder amerikanische Soldat, der auf unserem Boden steht, ist eine Gefahr für den Frieden. Er steht hier für die Atomkriegsstrategie der NATO, in die sich die westdeutschen Kapitalisten und ihre Regierung einordnen. Jeder Mann mehr, jeder zusätzliche deutsche Soldat zur Unterstützung dieser Strategie ist ein weiterer Schritt hin zum Krieg. Mit jedem dieser Schritte stellt die Bundesregierung ihre mörderischen Absichten unter Beweis. Deshalb müssen sie auf Widerstand stoßen!

Keine neuen US-Soldaten in Westdeutschland!

Abzug aller fremden Truppen — Ami go home!

Keine Mark und keinen Mann für den NATO-Atomkriegsplan — Bundesrepublik raus aus der NATO!

Meldungen

Neue Pershings

BONN. — In Kürze sollen die etwa 80 in der Bundesrepublik stationierten atomaren Kurzstreckenraketen Pershing Ia durch die neuen und zielgenaueren Pershing Ib ersetzt werden.

Entsprechende Informationen bestätigten Bonner Regierungskreise gegenüber der „Frankfurter Rundschau“. Dieser Austausch, der die Atomkriegsgefahr erhöht, gehört zu dem 1978 beschlossenen Modernisierungsprogramm der NATO. Bei einer Reichweite von 800 Kilometern — es sind auch Ziele innerhalb der Bundesrepublik programmiert! — liegt die Zielgenauigkeit der Ib bei 30 Metern (gegenüber 400 Metern bei der Ia).

„Seinen Preis wert“

BONN. — Am 16. Februar wurden die ersten Maschinen des Mehrzweckkampfflugzeugs und Atomwaffenträgers Tornado in den Dienst der Luftwaffe gestellt.

Kriegsminister Apel lobte den Tornado und betonte, er sei „seinen Preis wert“. Wobei noch gar nicht klar ist, wie hoch dieser endgültig sein wird; im Moment muß man von einem Systempreis von 100 Millionen Mark ausgehen, wie unter anderem Coppik im Bundestag erklärte (die ursprüngliche Preiskalkulation lag bei 10 Millionen!). Offiziell angegeben werden „nur“ 70 Millionen Mark. 322 Maschinen soll die Bundeswehr übernehmen. Der Tornado, der mit einer Geschwindigkeit von 1 400 Stundenkilometern in 30 Metern Höhe die gegnerischen Radarkontrollen unterfliegen soll, ist eine der atomaren Angriffswaffen der NATO.

Krise in Syrien

Bereitet Israel eine neue Aggression vor?

Die Anzeichen dafür, daß die israelische Regierung Begins erneut einen militärischen Überfall auf den Südlibanon plant, mehren sich, seitdem die innenpolitische Krise Syriens einen neuen Höhepunkt erreicht hat. Truppenaufmarsch, Propagandakampagne und noch schärferes Vorgehen im Inneren weisen darauf hin.

Die skandalöse Auszeichnung zweier toter vor langen Jahren als Mörder verurteilter Terroristen der sogenannten Sterngruppe als nationale Helden war dabei der bisher auffälligste Teil einer seit Wochen laufenden verschärften Hetzpropaganda der israelischen Medien. Auch die angebliche Umzingelung, die durch amerikanische Waffenlieferungen an reaktionäre arabische Regimes zu befürchten sei, dient als ein Grund, jetzt „klare Verhältnisse" zu schaffen. Auch neutrale internationale Beobachter registrierten in der vergangenen Woche die Massierung israelischer Truppen an der Grenze zum Libanon. „Klare Verhältnisse" schaffen heißt in Begins Sprache natürlich, den palästinensischen Widerstand zu vernichten und den Süden des Libanons einzuverleiben.

Diesen Plänen dienen offensichtlich auch die verschiedenen Maßnahmen, mit denen in den bereits besetzten Gebieten Ruhe geschaffen werden soll. Im Westjordanland wurde die Bir Zeit Universität, ein traditionelles Zentrum des Widerstands der Palästinenser und Jordanier gegen die israelische Besatzungsmacht, geschlossen, zwei ausländische Dozenten und Dutzende von Studenten verhaftet.

In den kürzlich annektierten Golangebieten wurden jetzt Soldaten mobilisiert, um einen Streik der drusischen Einwohner zu zerschlagen. Mit diesem Streik wollten die Drusen gegen die grundlose Verhaftung von vier ihrer politischen Vertreter protestieren, denen auch ihre loyale Haltung zu Begins Regierung nichts nutzte. Israel brach den Drusen gegenüber die Versprechungen auf Respektierung deren eigener politischer Organisationen und Struktur und ging auch hier — nach sehr kurzer Übergangszeit — zur Gleichschaltung und zur rassistischen Unterdrückung über.

Offensichtlich wollen Begins Leute die gegenwärtige Schwächung des stärksten arabischen Nachbarstaates Syrien nutzen, um ihren Kurs der Schaffung eines erträumten Großisrael massiv fortzusetzen. Dafür sind sie bereit, den Nahen Osten erneut in einen Krieg zu stürzen, zumal sie nicht nur auf amerikanische Rückendeckung hoffen können, die sie, wie bei noch jedem aggressiven Akt, auch diesesmal erhalten würden. Sie können dabei auch darauf hoffen, keine geschlossene arabische Front gegen sich zu finden. Nach dem Scheitern des Gipfels von Fez erscheint die arabische Einheit im Kampf um die Befreiung der Völker Arabiens weiter entfernt denn je. Denn die reaktionären Regime wie Saudi-Arabien oder Jordanien gehen immer offener auf proamerikanischen Kurs. Und ihnen käme eine syrische Niederlage, ein Umsturz in Syrien gar gewiß nicht unrecht.

Denn wenn sich diese Regime bisher weigerten, offen proamerikanisch aufzutreten, so lag dies daran, daß dadurch eine Isolierung innerhalb der arabischen Welt zu erwarten gewesen wäre, ähnlich wie es Sadat passierte, als er dem amerikanischen Camp-David-Plan zustimmte. Nach dem Scheitern von Fez sehen die Bedingungen dafür anders aus, denn die Saud-Könige konnten die erhoffte Führungsrolle ohnehin nicht erreichen. Und im Inneren glauben sich diese Regime inzwischen offensichtlich wieder so weit stabilisiert zu haben, daß sie es sich leisten können, trotz des hohen Bevölkerungsanteils an Palästinensern auf Distanz zum Befreiungskampf dieses Volkes gehen zu können.

Alles dies sind für die israelischen Aggressionpläne günstige Bedingungen, die Begin offensichtlich nutzen will. Daß man in Tel Aviv zu allem bereit ist, haben ja schon der Bombenüberfall auf das irakische AKW und die brutale Annektion der Golanhöhen bewiesen.



In den besetzten Gebieten geht die israelische Armee brutal gegen jeden nationalen und demokratischen Widerstand vor.

In einer verworrenen Lage

Drei Jahre iranische Revolution

Vor drei Jahren,im Februar 1979,wurde der Schah Reza Pahlevi von einer ungeheuren Volkserhebung gestürzt und verjagt. Diese iranische Revolution hat diese ganze Region des Nahen Ostens und des Mittleren Ostens erschüttert. Die Regionalmacht Iran, fest im Kalkül ihrer US-imperialistischen Oberherren, bestand nicht mehr. Der Sieg der Völker des Irans gab auch den Oppositionellen in verschiedenen anderen Staaten dieser Region in ihrem Kampf gegen die herrschenden feudalen Cliquen und den USA-Imperialismus neuen Auftrieb.

Und gut bekannt sind noch die verschiedenen Versuche des USA-Imperialismus, seine Niederlage mit militärischen Mitteln wieder wettzumachen. Die neue islamische Regierung traf in der ersten Zeit ihrer Herrschaft eine Reihe von Maßnahmen mit positivem, antiimperialistischem und nationalem Charakter, die die Unabhängigkeit des Landes stärkten und die Herrschaft des Imperialismus angriffen. Von daher gehörte die Unterstützung der Kommunisten, auch der KPD, solchen Bestrebungen, da sie zu einer Schwächung des USA-Imperialismus führten, ohne dem sowjetischen Sozialimperialismus in die Arme zu laufen.

Nach wie vor bleibt es auch eine Tatsache, daß der im Irak entfesselte Krieg mit Iran ein Werk im Dienste der amerikanischen und auch des sowjetischen Imperialismus war, der die Ergebnisse des Sturzes des Mörders Pahlevi rückgängig machen sollte. Deswegen gingen zu jener Zeit auch die iranischen Kommunisten, die Mitglieder der Partei der Arbeit des Irans an die Front, um an diesem Verteidigungskrieg teilzunehmen.

Trotz alledem erscheint es heute, drei Jahre nach dem Sieg der Volkserhebung gegen Pahlevi und die USA als wahrscheinlicher denn je seitdem, daß der amerikanische Imperialismus seinen Einfluß auf Iran wiedergewinnt. Und dies nicht aufgrund der ununterbrochen fortgesetzten militärischen Aufrüstung der USA und ihrer Lakaien im ganzen Bereich des Arabischen Golfes, sondern vor allem aufgrund der inneren Entwicklung im Iran in dieser Zeit.



So feierten die Völker des Irans den Sturz des Schahs — heute müssen sie erneut eine schwere Zeit durchmachen.

Die reaktionären Tendenzen in der Politik der Islamisch-Republikanischen Partei waren natürlich von Beginn an zu sehen, und sie verstärkten sich auch zunehmend. Aber dennoch bestand nach wie vor die Frage, welchen Charakter die Politik der neuen iranischen nationalen Regierung hatte, ob sie dem Imperialismus eher nützte oder eher schadete. Ein Prozeß der Entwicklung, den vor allem die iranischen Kommunisten nicht nur äußerst genau verfolgen mußten, sondern vor allem ihre Entscheidungen in voller Verantwortung vor der errungenen nationalen Unabhängigkeit zu fällen hatten.

Es ist heute, von außen betrachtet, müßig, darüber zu spekulieren, wer nun die anfangs bestehende Einheitsfront gespalten hat, statt dazu beizutragen, sie zu stärken. Tatsache ist heute, daß das Vorgehen der iranischen Regierung und der IRP und ihrer Pasdarans das Land schwächen und aushöhlen, in ein von außen oder innen sturmreifes blutiges Chaos stürzen. Die Massenliquidierung gegenüber der Opposition, der auch zahlreiche erprobte Kämpfer gegen den Schah angehörten und zum Opfer fielen, schwächt das Land in jeder Beziehung.

Schon ist zu beobachten, wie die verkappten Schah-Anhänger erste Erfolge dabei erzielen, in die Opposition einzudringen. Und natürlich steckt dahinter auch das Interesse des USA-Imperialismus, der amerikanischen Ölmultis und der Pentagonstrategen am Iran. Die Verantwortung für diese gefährliche Entwicklung trägt einzig und allein die islamische Regierung un die sie tragende Partei. Die provokatorischen Bombenanschläge vom letzten Sommer nahm sie zum Anlaß zur Generalabrechnung mit allen anderen Kräften, die am Sturz des Schah-Regimes beteiligt waren.

So begeht der Iran den dritten Jahrestag des Sturzes der Pahlevi-Diktatur unter äußerst tragischen Umständen und unter der wachsenden Gefahr einer erneuten imperialistischen Machtübernahme.

Der Streik der kolumbianischen Seeleute, der wegen seiner großen Entschlossenheit unter sehr schlechten Bedingungen einige Aufmerksamkeit hervorrief,ist seit längerem zu Ende. Was danach geschah, darüber geben die Briefe eines der Seeleute Aufschluß. Briefe, die er an Unterstützer des Streiks in Hamburg richtete und die uns zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt wurden. Da sie die Lage in Kolumbien deutlich wiedergeben, halten wir sie auch für unsere Leser für interessant.

Was nach dem Streik der Seeleute geschah

Briefe aus Kolumbien

Brief vom 19. Dezember 81

Wir kamen am 8. Dezember in Kolumbien an und fanden ein Land vor, in dem großes Chaos herrscht: das Leben ist teuer, überall Unterdrückung, die Guerillas gewinnen an Stärke, aber jeden Tag kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die das Leben vieler Menschen kosten.

Zur Zeit befindet sich eine Kommission der Menschenrechtskommission der UNO in Kolumbien und die Regierung versucht, ihr „schwarzes Gesicht" zu verschleiern.

Am 14.12. wurden drei von uns, darunter ich, entlassen. Die Reederei erklärte, daß sie nach und nach die Besatzung austauschen wird. Auf den anderen Schiffen wurden im Durchschnitt zwölf Seeleute entlassen.

Wir erwarten noch weitere Entlassungen. Keiner hilft uns, wir sind zum Elend verdammt. Ich habe Probleme in meiner Familie: meine Mutter ist krank, sie muß operiert werden, was viel Geld kostet und ich kann dieses Geld nicht beschaffen. Wie mir geht es vielen Familien.

Die Reederei entließ mich wegen des Streiks und einem Bericht des Kapitäns Marquez von der „Manizales", in dem ich als Revolutionär bezeichnet werde, weil ich so viel über die Unterdrückung und Ungerechtigkeiten in Kolumbien gesprochen hätte. Nach seiner Einschätzung bin ich ein „anti-soziales Element".

Bis jetzt gibt es neben den Entlassungen keine weitere Unterdrückung. Wie meine Kollegen bin ich zur Arbeitslosigkeit verdammt, denn für Streikende gibt es kein Recht auf Arbeit. Die Reederei verweigert den Seeleuten Urlaubserlaubnisse, d.h. sie können ihre Familien nicht besuchen.

Brief vom 2. Januar 82

Ich bin immer noch arbeitslos und dazu verdammt so weiterzuleben für, ich weiß nicht, wie lange Zeit, denn für Streikende sind alle Türen geschlossen. Es ist sehr schwer für mich. Ich möchte irgendwie weiterkämpfen, brauche aber Hilfe, die ich hier nicht finde, noch nicht gefunden habe. Ich bin verwirrt: Meine Mutter ist krank und es gibt kein Geld, damit sie operiert werden kann, ich kann meinen Geschwistern nicht mehr helfen, daß sie weiterstudiern können.

Dieses Land befindet sich in einer großen Krise: überall große Armut, Arbeitslosigkeit, Krankheiten. Es ist sehr schwer, unter diesen Bedingungen zu leben, bei all der Unterdrückung und den Ungerechtigkeiten.

In der Zwischenzeit wurden insgesamt zehn Kollegen der „Medellin" entlassen. Insgesamt gibt es bis jetzt 320 Entlassene.

Die Gewerkschaft erwägt, gegen die Reederei zu klagen, aber das ist eine schon jetzt verlorene Sache, denn wir können nicht gegen den Kapitalismus und die repressive kolumbianische Regierung gewinnen. Unser Weihnachten war sehr traurig, es fehlte an allem.

Mit R. zusammen habe ich die verschiedenen Gewerkschaften aufgesucht, um uns genauer über die Situation zu informieren. Alles ist unter der Kontrolle der Regierung und des Militärs. Die Reederei fordert von uns die Bezahlung der Verpflegung während der vier Streikmonate.

Kapitän Marquez von der „Manizales" ist in Bogota eingetroffen, um die Reederei über den Streik und seine Entwicklung zu informieren. Er ist ein übles Individuum.

Er informierte die Reederei über die Filmvorführungen an Bord und berichtete, daß wir Streikenden Kontakt zu Gruppen von sehr „zweifelhaftem, subversivem Charakter" gehabt hätten. Er hat die Namen der Leute, von denen er glaubt, daßsie am aktivsten waren und beschuldigte uns, ihn bedroht zu haben. Weiter berichtete er, daß wir jeden Tag an verdächtigen Versammlungen teilgenommen und außerdem Instruktionen erhalten hätten.

Brief vom 15. Januar 82

R. und ich besuchen weiter die verschiedenen Gewerkschaften — überall gibt es Fälle von Unterdrückung von Seiten der Regierung und des Militärs. Wir haben mit allen Kollegen gesprochen. Wir haben uns an Demonstrationen gegen die hohen Lebenshaltungskosten beteiligt.

Zur Zeit machen die miserablen Politiker des Landes eine Kampagne für die kommenden Präsidentenwahlen, aber die Arbeiterklasse und die Bauern glauben nicht mehr an diese Verräter und organisieren sich, um zu kämpfen.

Ich habe weiter Arbeit gesucht in vielen Betrieben, aber mir wird das Recht zu arbeiten verweigert, aufgrund meiner Streikbeteiligung, und ich befinde mich auf der schwarzen Liste.

Ich habe festgestellt, daß die Bevölkerung hier viel bewußter ist als die Seeleute, die Du kennengelernt hast. Die Bevölkerung hier ist viel stärker von der Unterdrückung und den Ungerechtigkeiten betroffen, deshalb will sie kämpfen.

Aber es ist sehr schwer für uns, diesen Kampf zu finanzieren, da viele arbeitslos sind und ohne Geld kann man hier nichts machen. Die kolumbianischen Gewerkschaften wollen einen „Block" organisieren, um geschlossener zu arbeiten und mehr Solidarität der Arbeiter mit den Arbeitslosen zu erreichen.

Jetzt sind schon 348 Seeleute entlassen. Keiner sagt etwas, alle schweigen, selbst die Kollegen, die nicht entlassen wurden, sagen oder machen nichts. Sie vergessen und arbeiten weiter, als ob nichts geschehen wäre.



Bewaffnete Polizeitruppen bestimmen das Alltagsbild in Polen

Vor der Tagung des Zentralkomitees

Wachsender Widerstand, scharfe Fraktionskämpfe in Polen

Neue sowjetische Forderungen an Jaruzelski

WARSCHAU. — Zum ersten Mal seit Verhängung des Kriegsrechts tritt in der letzten Februarwoche das Zentralkomitee der revisionistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei zusammen. Im Vorfeld dieser Tagung verschärfen sich die Fraktionskämpfe innerhalb der Partei — denn der Widerstand ist nicht nur nach wie vor wirksam, sondern ist seit Anfang Februar wieder gewachsen.

Demonstrationen unter dem Kriegsrecht sind ohne Zweifel eine Form des Widerstands, die bereits sehr viel Entschlossenheit verlangt. Dennoch fanden in verschiedenen Städten Polens zwei Monate nach der Ausrufung der Militärdiktatur solche Demonstrationen statt. Dabei kam es in Lubin und Poznan zu großen Auseinandersetzungen mit der Miliz, die Dutzende von Verletzten forderten und Hunderte von Festnahmen. Nach verschiedenen Berichten sollen sich an diesen Demonstrationen Mitte Februar rund 20000 Menschen beteiligt haben.

In zahlreichen polnischen Städten tauchen auch Wandparolen auf, die zum Widerstand gegen die sozialfaschistische Diktatur aufrufen. „Der Winter gehört euch, der Sommer uns" und „Ihr könnt uns nicht beseitigen, denn wir sind das Volk" waren dabei die beiden Losungen, die überall zu sehen waren. Auch das Kursieren bestimmter Flugblätter in verschiedenen Orten deutet darauf hin, daß sich die Gewerkschaftsbewegung der polnischen Arbeiter im Untergund wieder organisiert. Die jüngst von Solidarność herausgegebene „Kriegszeitung" soll im ganzen Land verbreitet werden.

Was schon unmittelbar nach dem sozialfaschistischen Akt festzustellen war, bleibt also gültig: Noch selten war in einem Land nach der öffentlichen Ausrufung einer Diktatur der Widerstand so groß, wie der der polnischen Arbeiterklasse und der polnischen Jugend. Daß aber alle Kreise der Bevölkerung am Kampf gegen die Militärdiktatur beteiligt sind, zeigt die Tatsache, daß zur Verbreitung der oppositionellen Materialien vor allem Rentner eingesetzt werden, die als einzige eine gewisse Bewegungsfreiheit besitzen.

Die Berichterstattung in den gleichgeschalteten polnischen Medien selbst läßt den Umfang des Widerstands zwar nur andeutungsweise aber doch von großer Breite erscheinen. Dem entsprechen auch die in den letzten Tagen wieder verschärften Drohungen, die vor allem aus dem Innenministerium, aus Milizkreisen stammen. Die noch vorhandenen Nester seien größer als erwartet, verlautet da, und deshalb werde man die Aktionen verstärken müssen. Dem folgte die Großrazzia der letzten Woche auf dem Fuße, mit ihren Tausenden von Festnahmen. Jetzt wird offensichtlich die Gründung eines politischen Sondergerichtshofs erwogen, gegen dessen Urteile es keinen Einspruch geben soll.

In diesem Zusammenhang bestätigten sich auch seit längerem erhobene Behauptungen von Mitgliedern der Gewerkschaft, daß die Zahl der in Sonderlagern Internierten nicht, wie offiziell bekundet, bei etwa 5000 Personen liegt, sondern mehr als viermal so hoch, bei über 20000 inhaftierten Menschen.

Währenddessen kommen von den anderen pseudosozialistischen Staaten und den dortigen Parteien weitere Forderungen nach einer Verschärfung der Diktatur. „Rude Pravo", das Organ der revisionistischen Partei der CSSR, forderte offen ein schärferes Vorgehen. Die „Prawda" stimmte in diesen Chor ein und forderte außerdem eine weitere Säuberung der revisionistischen polnischen Partei, die rund 25 Prozent ihrer Mitglieder verloren hat. Allgemein wird in den revisionistischen Staaten die Unruhe darüber immer größer, daß es der polnischen Militärdiktatur nicht gelingt, den Widerstand der Arbeiterklasse zu ersticken. Deshalb wird die Forderung nach schärferem Vorgehen ohne Zweifel noch lauter werden.

Dem entsprechen innerhalb der polnischen Partei sich verschärfende Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen politischen Strömungen, in die diese Partei heute zerfällt.

So hatte schon vor einiger Zeit der in der Propaganda als „reformwillig" bezeichnete Parteivize Rakowski bereits die Stellung seiner Leute innerhalb der Parteibürokratie umrissen: Der Kriegsrechtszustand soll länger dauern als ursprünglich stets behauptet wurde. Zum anderen unterstrich auch er jetzt, daß es eine Gewerkschaftsbewegung wie in den letzten anderthalb Jahren nicht geben könne. So wurde auch in der Vorbereitung der jetzigen ZK-Tagung darüber diskutiert, wie man die alten, parteiabhängigen Gewerkschaften wieder beleben könne, obwohl kaum jemand sie noch haben will.

Währenddessen tönen die radikalen Kreise der Revisionisten, die Männer um Olszowski und Siwak, immer lauter, es müsse endlich richtig Ordnung geschaffen werden. Aus ihren Kreisen kommt nun auch zaghafte und begrenzte Kritik an der bisher stets verschonten katholischen Kirche. Vor allem aber sehen sie den Ein-Mann-Manager der Macht in Polen, den General Jaruzelski als nach wie vor „zu weich" an und fordern weit brutalere Maßnahmen als bisher. Zurawski, der Mann der öffentlich den politischen Sondergerichtshof gefordert hatte, gehört zu dieser Fraktion innerhalb der Partei, die in der Tradition des berüchtigten Kattowicer Forums steht.

Die mehrmalige Verschiebung des Terins der Tagung des Zentralkomitees hatte schon darauf hingedeutet, daß es mit der Einheit in den Reihen der herrschenden Partei nicht weit her ist — die jüngsten Äußerungen der Vertreter verschiedener Strömungen bestätigen dies nun in aller Deutlichkeit.

Diese Tagung aber soll die Weichen für die weitere Entwicklung stellen. Es wird dort mit Sicherheit zu größeren Auseinandersetzungen kommen, auch wenn sie vielleicht nicht an die Öffentlichkeit dringen werden. Jedenfalls läßt sich jetzt bereits absehen, worauf sich diese Fraktionen im Mindestfall einigen werden: Fortdauer des Kriegsrechts und verschärfte und gezielte Maßnahmen zur Unterdrückung des Widerstands, möglicherweise kosmetische Korrekturen am blutigen Gesicht der polnischen Regierung, die immer noch — bisher vergebens — nach einem wichtigen Mitglied von Solidarność sucht, das zur Kollaboration bereit ist.

Rumänische Wirtschaftskrise offen ausgebrochen

Lebensmittel werden über ein Drittel teurer

Vorspiel einer „umfassenden Wirtschaftsreform"?

BUKAREST. — Zum 15. Februar trat in Rumänien die seit langem angekündigte allgemeine Preisreform in Kraft. Alle Arten von Lebensmitteln stehen dabei im Zentrum der Erhöhungen, die durchschnittlich 35 Prozent betragen. Mit staatlichen Ausgleichszahlungen sollen die gröbsten Auswirkungen etwas gemildert werden. Im Westen wird jubiliert: einmal mehr zeige es sich, daß die „zentralstaatlichen Wirtschaften" auf Dauer nicht zu halten seien. Das Propagandamittel der niedrigen Lebensmittelpreise geht den pseudosozialistischen Staaten immer mehr verloren.

Dabei werden die Preise dazu benutzt, knappe Waren weniger erschwinglich zu machen: Weißbrote werden bis zu 75 Prozent verteuert, Roggenbrot lediglich um 25 Prozent. Auch Reis und Zucker kosten plötzlich über die Hälfte mehr.

Nachdem der Brotpreis 30 Jahre lang und und Fleischpreise 20 Jahre lang gleichgeblieben waren, und auch für andere Produkte seit langen Jahren Festpreise galten, stellt diese „Reform" das offizielle Eingeständnis des Scheiterns der bisherigen Wirtschaftspolitik des rumänischen Conductore Ceaucescu dar.

Schuld daran, laut Regierungsbeschluß: der Weltmarkt. Man könne die allgemeine Teuerung, die seit Jahren weltweit herrsche, nicht mehr einfach ignorieren, sonst würde die eigene Wirtschaft unproduktiv werden. Nun tatsächlich hat die allgemeine Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft auf Rumänien einen besonders großen Einfluß. Denn: Rumäniens hauptsächliche Wirtschaftspartner sitzen eben nicht im Osten sondern im Westen.

Während beispielsweise die polnische Wirtschaft sowohl von den westlichen als auch den östlichen Imperialisten gebeutelt wird, ist die Hauptursache für die gegenwärtige rumänische Krise in der Verknüpfung der Wirtschaft mit dem westlichen Ausland zu sehen.

Tatsache ist auch, daß Rumänien seit längerer Zeit Mitglied des vom amerikanischen und westdeutschen Finanzkapital beherrschten Internationalen Währungsfonds ist. An den IWF hat es hohe Schulden. Deshalb sind auch die kursierenden Gerüchte, diese Preiserhöhungen seien eine Bedingung des IWF für neue Kredite, nicht so absurd, wie es die rumänische Regierung darstellen möchte.

Im In- und Ausland wurden jetzt zahlreiche Pressestimmen laut, die betonen, dies könne nur der Anfang einer umfassenden Wirtschaftsreform sein. Im rumänischen Organ für Wirtschaftspolitik findet seit längerem eine breite Diskussion darüber statt, wie die Wirtschaft zu dezentralisieren sei. Dabei lobt die revisionistische rumänische Partei bezeichnenderweise die „breite Beteiligung der Betriebsdirektoren" an dieser Debatte. Diese sehen natürlich jetzt ihre Chance, „ihre" Betriebe vollends in den Griff zu bekommen, der Allmacht des herrschenden Ceaucescu-Clans zu entgehen.

Gleichzeitig werden große Planänderungen erwogen. Rumänien, das sich einst geweigert hatte, den Moskauer Plan der Arbeitsteilung der pseudosozialistischen Staaten zugunsten der UdSSR mitzumachen, muß die eigenen Industrialisierungpläne nun streichen.

Sowohl die Chemieindustrie als auch die weit entwickelten Raffinerien haben nicht dazu beitragen können, dem Land eine wirtschaftliche Unabhängigkeit zu verschaffen. Zu groß sind Verschuldung und Einbindung in Verträge mit westlich-kapitalistischen Ländern. Wie stark diese Einbindung sein muß, kann man auch daran sehen, daß Rumänien als einziges RGW-Mitgliedsland von westlichen wirtschaftlichen Sanktionen ausgenommen wurde...

Der demonstrative Besuch des US-Außenministers Haig in Bukarest vor wenigen Tagen unterstreicht diese „besonderen Beziehungen" noch einmal.

Und erneut gibt es in diesen Tagen auch Meldungen darüber, daß es spontane Protestversammlungen, Unruhen und kleinere Streiks gegeben habe.

Erinnere man sich: Rumänien ist nicht nur, zusammen mit Polen und Ungarn eines der Länder des RGW, in dem die westlichen Kapitalisten den größten Einfluß haben, sondern auch — nach Polen — jener Staat, in dem es bereits in den letzten Jahren den größten sichtbaren Widerstand gegen die Regierungspolitik gegeben hatte.

Erneut Kämpfe in der Region Kosova

„Kosova — Republik!" — eine Forderung, die nicht verstummt

BELGRAD. — Erneut wurden aus Jugoslawien in den letzten Tagen Unruhen im Kosovagebiet gemeldet. Die Belgrader Regierung drohte damit, man werde die „Nester des Widerstands ausradieren". Zur selben Zeit werden weiterhin, wegen geringster Anlässe, drastische Strafen verhängt gegen Bürger Jugoslawiens albanischer Nationalität.

Dabei wurde von neutralen Prozeßbeobachtern bei einem Prozeß gegen drei Soldaten albanischer Nationalität unterstrichen, daß einer der drei ein „Geständnis unter der Folter" abgelegt habe. Daß in Jugoslawien gefoltert würde, hatte die demokratische Opposition in Kosova schon lange ans Tageslicht gebracht — jetzt wurde es erstmals von neutraler Seite aus bestätigt!

Dieses harte Vorgehen der reaktionären Belgrader Behörden steht vor dem Hintergrund erneuter Massenaktionen in der Region Kosova, wo aus Anlaß eines Basketballspiels in Pristina eine große Demonstration mit der Forderung nach dem Status einer eigenen Republik für Kosova innerhalb Jugoslawiens stattfand.

Nur ein dreiviertel Jahr nach der letzten Erhebung also erneut Straßendemonstrationen, Massenkundgebungen. Und dies trotz des regelrechten Blutgerichts, das Belgrad in der Region veranstaltete, mit Mord und Folter und hohen Zuchthausstrafen.

Die blutige Verfolgung der demokratischen und patriotischen Bewegung der in Jugoslawien lebenden Albaner, die ja bis hin zum Mord auf westdeutschem Boden geht, fruchtet also nichts — die Bewegung geht weiter. Sie ist offensichtlich — trotz aller gegenteiligen Behauptungen der jugoslawischen Regierung — schon längst über ein Stadium, in dem es nur einige zentrale Kerne der Bewegung gibt, hinausgegangen. Sie stellt heute eine breite Volksbewegung dar.

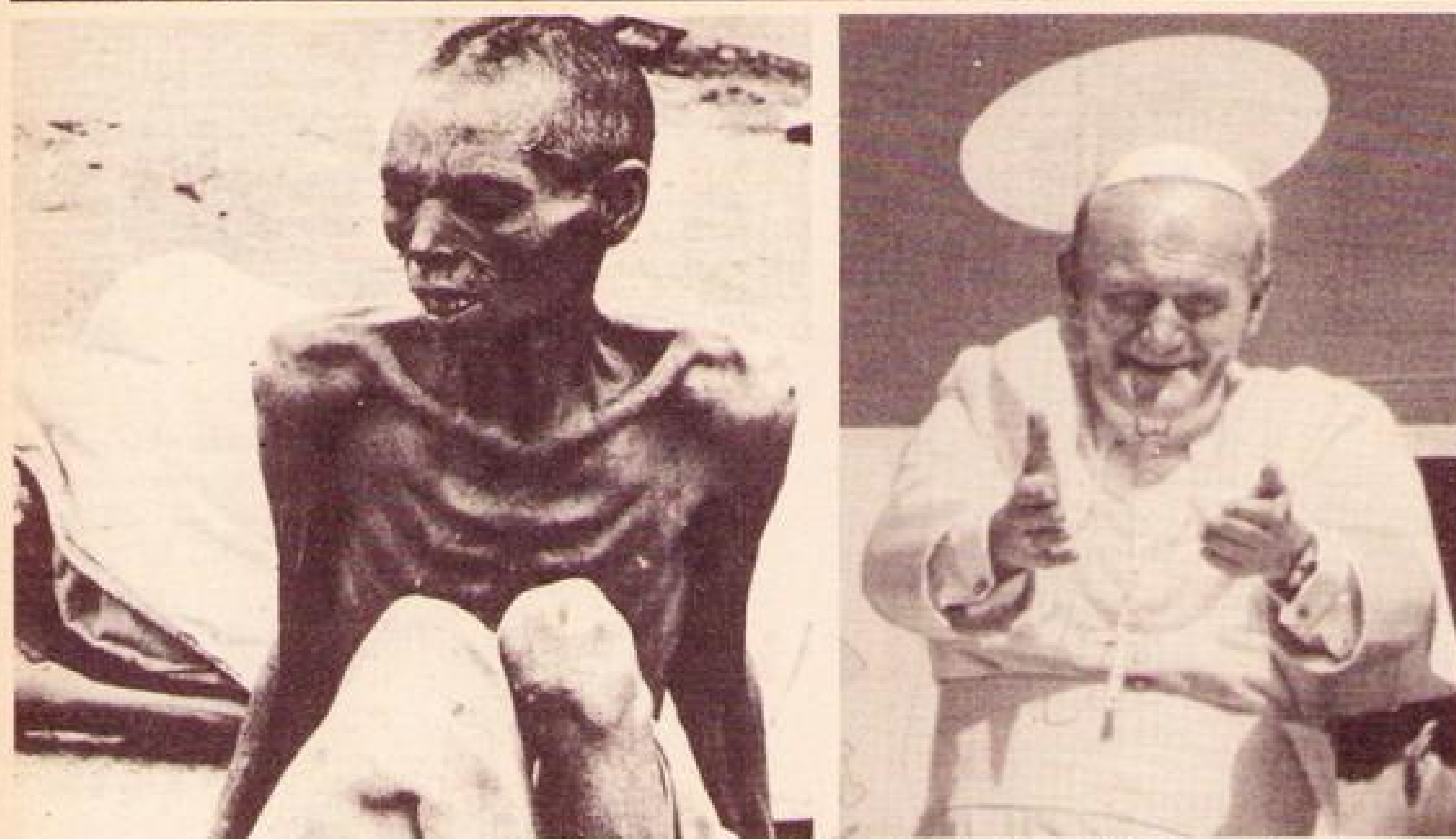
Eine Volksbewegung, die auch mit Terror nicht zu brechen war. Immer weniger glaubwürdig sind dadurch die Lügen der jugoslawischen Regierungspropaganda, die in Kosova kämpfenden Albaner wollten eine Zerstückelung des jugoslawischen Staatsgebiets, sie wollten einen Anschluß an die SVR Albanien, und die Bewegung sei von dort aus gesteuert.

Die Forderung nach dem Status einer eigenen Republik, wie sie andere in Jugoslawien lebende Völker auch besitzen, ist wahrhaftig nicht nur berechtigt und einleuchtend, sondern könnte, bei gutem Willen, auch von der Regierung Jugoslawiens erfüllt werden. Daß dies nicht geschieht, zeigt deutlich, wie reaktionär die Nationalitätenpolitik in Jugoslawien ist und wie wenig demokratisch der sogenannte Selbstverwaltungssozialismus.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT		WELLENLÄNGE
	1. Programm	
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW





Hungernde in Afrika: Wojtyla: Wie die Presse berichtet, rief der Papst die Menschen in Afrika dazu auf, über dem Streben nach Wohlstand die geistigen Werte nicht zu vergessen.

Papst Wojtyla in Afrika

„Zynische Ausbeutung von menschlicher Not und Unwissenheit"

Seine zweite Afrika-Reise hat Papst Wojtyla am vergangenen Wochenende abgeschlossen. 1980 war er nach Zentralafrika gereist, dieses Mal nahm er sich Westafrika vor, eine Region, in der die diversen christlichen Kirchen traditionell in einem Konkurrenzkampf mit dem Islam um die „Seelen der Menschen" stehen.

Nur am Rande ging der Papst auf die besonderen Bedingungen Afrikas ein, und das auch nur mit leeren Floskeln wie etwa der, daß er Respekt für die afrikanische Kultur und die afrikanischen Traditionen habe. Was nicht nur eine Phrase, sondern auch pure Heuchelei ist. Denn wie überall in der „Dritten Welt" ist auch in Afrika die Verbreitung des Christentums eine Folge der blutigen Kolonisierung des Kontinents gewesen. Das .Schwert der Eroberer und das Kreuz der Missionare waren auch hier zwei Seiten einer Medallie.

Und bis heute ist das Christentum in Afrika ein Mittel auch der Zerstörung traditioneller Lebensformen und einer in Jahrhunderten gewachsenen einheimischen Kultur geblieben. Wojtylas Auftritte selbst, die wie immer mit allen Raffinessen einer entwickelten Technik der Massenkommunikation inszeniert wurden, waren das beste Beispiel dafür.

Wie schon bei seiner Lateinamerika-Tournee legte Wojtyla auch in Westafrika das Hauptgewicht seiner Tätigkeit darauf, seinen Zuhörern Gehorsam, Fleiß und Duldsamkeit zu predigen. Nicht zufällig war wohl in der nigerianischen Stadt Ibadan ein Auftritt an der dortigen Universität, der größten Südafrikas, arrangiert worden. Denn Proteste der Studenten gegen die ständig steigenden Lebenshaltungskosten haben in Nigeria selbst und auch in einigen Nachbarländern in der letzten Zeit ein solches Ausmaß angenommen, daß sich die Herrschenden zur Schließung mehrerer Universitäten gezwungen sahen.

Hier also wurde Wojtyla an die Front geschickt und er predigte nicht nur die Versöhnung. Er ging auch so weit, daß er auf einem Kontinent, der von Hunger und Elend geprägt ist, die Armut als ein „wertvolles Zeugnis" pries.

Noch deutlicher wurden die finsteren reaktionären Absichten, die der Papst mit seiner Reise verband, in der nigerianischen Hauptstadt Lagos, wo er für Vertreter der Industrie, Geschäftsleute und „Arbeitnehmer" einen gemeinsamen Gottesdienst veranstaltet. Hier forderte er ungeschminkt die Unterwürfigkeit der Werktätigen gegenüber den kapitalistischen Ausbeutern: „Zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern kann es manchmal zu Mißverständnissen kommen. Diese müssen durch gegenseitige Achtung, Bereitschaft zum Zuhören und geduldigen Dialog, nicht durch Gewalt, barsche Worte und Gegnerschaft, gelöst werden. Arbeiter haben das Recht, Gewerkschaften zu bilden und anständige Arbeitsbedingungen zu verlangen, aber sie haben auch die Pflicht zum loyalen Dienst... Arbeitnehmer sollten nicht zu bereitwillig Zuflucht zu Streiks suchen, unter denen im allgemeinen viele zu leiden haben."

In diesem Stil verbreitet sich Wojtyla auf allen Stationen seiner Reise durch Westafrika. Unnötig zu erwähnen, daß er dabei auch ständig zum Kampf gegen den Atheismus und zur Ablehnung der Geburtenregelung aufrief. Die kapitalistischen Ausbeuter und vor allem die wirklichen Herren der Region, die europäischen und amerikanischen Imperialisten, konnten mit der neuen Tournee Wojtylas rundum zufrieden sein. Zumal es dem Papst aus Polen auch hier wieder gelungen war, Hunderttausende von Gläubigen für seine Veranstaltungen zu mobilisieren. Wojtylas jüngste afrikanische Aktivitäten kennzeichnet man am besten dadurch, daß man seine eigenen Worte auf ihn selbst bezieht. Wie sagte er doch in Ibadan? „Die zynische Ausbeutung von menschlicher Not und Unwissenheit für Ziele, die nichts mit menschlicher Würde und dem Aufstieg des Menschen und der Gesellschaft zu tun haben, ist ein großes Verbrechen."

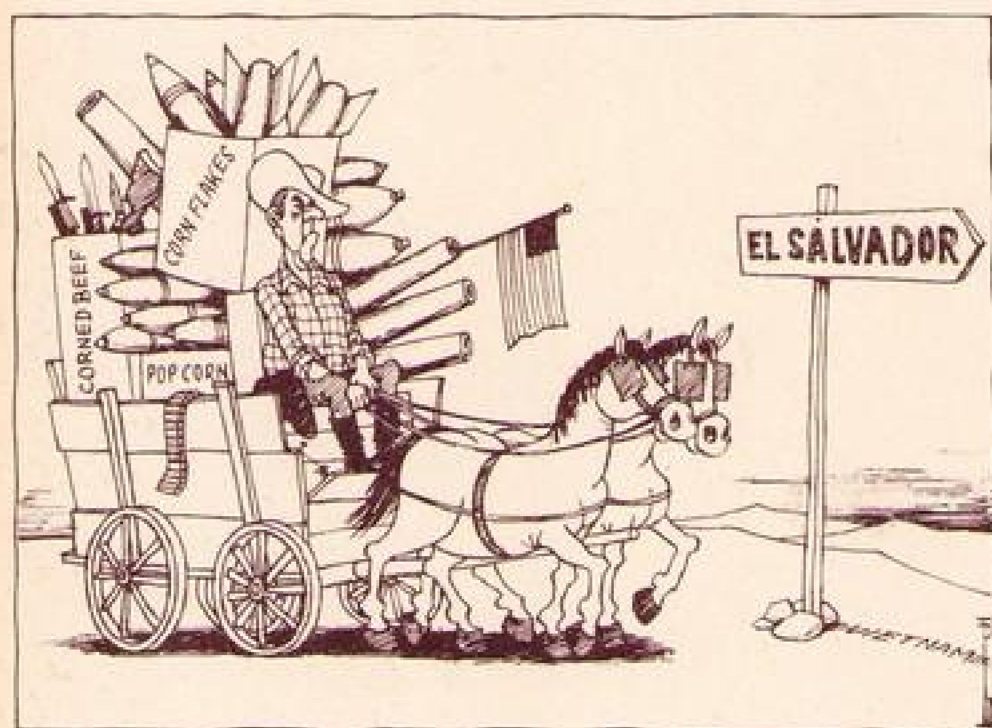
Zahl der Kirchgänger stark zurückgegangen

Die kirchliche Bindung der westdeutschen Bevölkerung hat sich in den letzten Jahrzehnten drastisch verringert. Das geht aus einer jetzt abgeschlossenen Untersuchung der Politologen Gerd Mielke und Peter Schoof von der Universtität Freibrug über „Konfessionen und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland" hervor.

Noch 1953 hatten rund 65 Prozent der Befragten erklärt, sie seien regelmäßige oder häufige Kirchgänger. 1980 jedoch betrug die Vergleichszahl nur noch ganze 30 Prozent — die Zahl der regelmäßigen Kirchgänger hat sich also halbiert. Dabei wurden starke Unterschiede zwischen Katholiken und Protestanten festgestellt.

Im katholischen Bereich sank der Anteil der regelmäßigen oder häufigen Kirchgänger von 82 Prozent im Jahr 1953 auf 45 Prozent 1980, im evangelischen Bereich dagegen ging er im gleichen Zeitraum von 53 auf 14 Prozent zurück.

Bei der Untersuchung des Zusammenhangs von Kirchbesuch und Wahlverhalten kommt die Freiburger Studie zu dem folgenden Ergebnis: Je häufiger der Kirchgang, dest größer die Vorliebe für die Unions-Parteien. In dem angegebenen Zeitraum stieg der Anteil der SPD-Wähler bei den regelmäßigen Gottesdienstbesuchern katholischen Glaubens von 11 auf 18 Prozent, der Anteil der CDU/CSU-Wähler dagegen von 52 auf 70 Prozent. Bei den Protestanten nahmen die SPD-Wähler von 14 auf 28 Prozent, die Unions-Wähler von 36 auf 46 Prozent zu.



Hungerhilfe nach Art von Reagan

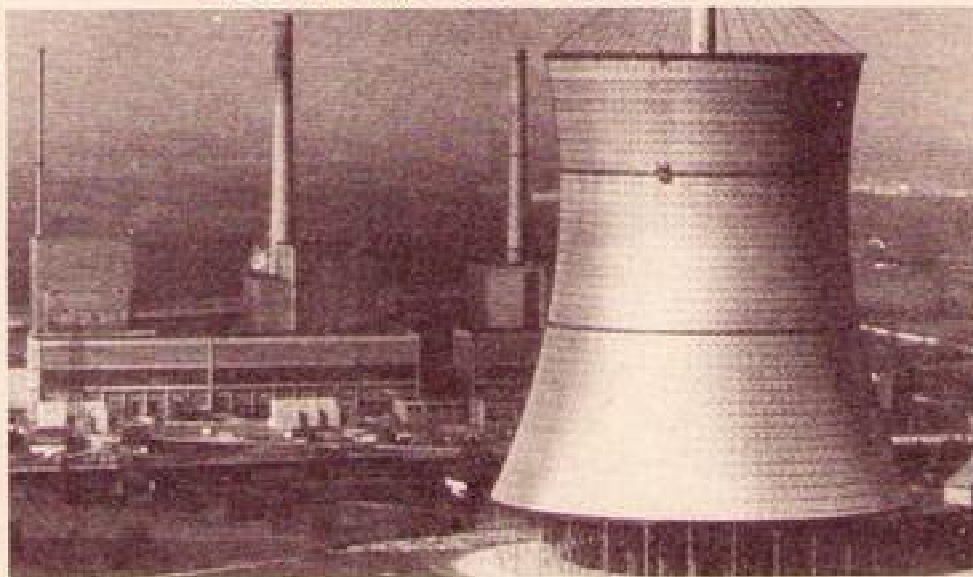
Ein Papst reist zum Tatort

Unter diesem Titel ist in der Flugschriftenreihe „Junges Deutschland", die der Hoffmann und Campe Verlag seit einigen Monaten herausgibt, ein Text von Karlheinz Deschner erschienen, dem wohl radikalsten und auch kenntnisreichsten Kirchenkritiker in der Bundesrepublik.

Deschner breitet in vielen Zitaten die Lobeshymnen aus, die Papst Wojtyla während seiner Lateinamerika-Tournee über die segensreiche Tätigkeit der Kirche in diesem Kontinent gesungen hat. Und er konfrontiert diese Hymnen mit der furchtbaren Wirklichkeit. So entsteht ein Bild kaum vorstellbarer Verbrechen des katholischen Klerus, beispielsweise der Ausrottung von Millionen „Heiden" mit dem ausdrücklichen Segen der jeweiligen „Stellvertreter Gottes" auf dem vatikanischen Thron.

Die Schrift ist mit fünf Mark für 24 Seiten Text zwar unverschämt teuer. Angesichts des Medien-Rummels, mit der jede Auslandsreise des Papstes begleitet wird, ist sie jedoch eine notwendige Korrektur der vatikanischen Propagandlügen.

Atomstrom ist am teuersten



Warum brauchen wir Kernkraftwerke? Früher hat die Atommafia diese Frage bekanntlich dahingehend beantwortet, daß ohne die vollständige Verwirklichung des Atomprogramms zu Beginn der 80er Jahre die Lichter ausgehen würden. Inzwischen schreiben wir schon 1982, die Lichter brennen immer noch, und die bezahlten Propagandisten der Atomindustrie haben sich längst ein anderes „Argument" einfallen lassen.

Warum brauchen wir Kernkraftwerke? Weil sie allein in der Lage sind, die Versorgung mit billigem Strom sicherzustellen. Dieses neue „Argument" ist zwar von AKW-Gegnern auch schon widerlegt worden. Aber die sind ja eh verdächtig. Nun hat aber gerade der Verband der Energie-Abnehmer e. V., das ist der Zusammenschluß der industriellen Stromabnehmer, eine interessante Studie über die Strompreise in der Bundesrepublik vorgelegt, in der das Billigstrom-„Argument" ungewollt als Lüge entlarvt wird.

Die Unternehmer beklagen sich darin, daß die Preisspanne zwischen dem billigsten und dem teuersten Stromanbieter heute schon bei 46 Prozent liegt (vor einem Jahr waren es noch 38 Prozent). Bei der in der Studie aufgeführten Rangliste der Stromtarife für die Industrie wird deutlich, daß der Tarif mit dem Anteil der Atomkraft an der Stromerzeugung steigt. Die RWE beispielsweise, die einen hohen Anteil an Braunkohlestrom hat, zählt zu den für die Industrie billigsten Unternehmen. Die norddeutschen Versorger dagegen, die weitgehend auf Atomstrom setzen, liegen ausnahmslos im oberen Bereich der Preisskala.

Besonders auffällig ist hier die Position der Hamburger HEW. Sie liefert fast ausschließlich Atomstrom — und ist der zweitteuerste Versorger in der Bundesrepublik.

Asyl-Schnellverfahren

Stadt Osnabrück

Der Oberbürgermeister

Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge
Rothenburger Str. 29
8502 Zirndorf

Sozialamt
Bramscher Str. 213
Herr Strothmann
461-24650-81
50-12
18.1.

Erl. des Bdes. HFB vom 8.12.1981, Az.: 21-12 235 P.1 15.1.8.

- [redacted] , [redacted] geb. 1961, Gujrat/Pakistan -

Der obengenannte kam am 16.1.1982 während des Abendessens in die Küche und [illegible] das Küchenpersonal an, daß er eine größere Banane haben möchte.

Er griff sich eine Banane ohne Erlaubnis des Küchenpersonals und verschwand im Essenraum.

Das Küchenpersonal forderte ihn auf, die Banane zurückzugeben.

Er lachte nur und kam sich sehr groß vor.

Ich bitte Sie, daß Asylverfahren kurzfristig vorzuziehen.

I.A.
Strothmann

BETRÄCHTLICHES AUFSEHEN erregte ein Brief des Sozialamtes der Stadt Osnabrück an die Behörden im Lager Zirndorf, durch den eine „kurzfristige" Vorziehung des Asylverfahrens für einen Pakistani gefordert wird, weil dieser sich beim Abendessen in der Küche eine größere Banane geholt hatte. Die Stadtverwaltung von Osnabrück bedauerte das Schreiben inzwischen. Es entspreche nicht dem Stil der Stadt im Umgang mit Asylbewerbern. (FR-Bild: Rev)

Empörung löste dieser Brief des Sozialamtes der Stadt Osnabrück an die Behörden im Ausländerlager Zirndorf aus. Unverblümt wird hier die „kurzfristige" Vorziehung eines Asylverfahrens, also die schnelle Abschiebung des Asylanten gefordert, weil dieser — ein Pakistani — sich beim Abendessen in der Küche eine größere Banane geholt hatte.

Tips

Sonntag, 28. Februar
20.15 Uhr, WDR III
Aus der Geschichte der Arbeit. In der Serie von Maria Parnell und Fritz Breuer wird heute der Übergang vom Zunfthandwerk zur Manufaktur dargestellt.

***

Sonntag, 28. Februar
21.05 Uhr, ARD
Kabale und Liebe. Trauerspiel von Friedrich Schiller. Engels nannte dieses in den 80er Jahren des 18. Jahrhunderts entstandene Stück das „erste deutsche politische Tendenzdrama". Es war Schillers schonungslose Abrechnung mit dem überlebten deutschen Feudalabsolutismus, der jede wirkliche Entwicklung des Landes verhinderte. Durch Luise, die Hauptgestalt des Dramas, wird über die Kritik an den bestehenden Zuständen hinaus die Sehnsucht nach einer Zeit ausgedrückt, in der „die Schranken des Unterschiedes einstürzen".

Das Stück wird in einer Fernsehbearbeitung von Heinz Schirk gezeigt. Mit Klausjürgen Wussow, Jan Niklas und Dietlinde Turban.

***

Sonntag, 28. Februar
22.50 Uhr, ARD
Flucht nach Shanghai. Der Bericht von Lutz Mahlerwein zeichnet einen weitgehend unbekannten Fluchtweg der deutschen Juden aus dem faschistischen Deutschland nach. Weil die sogenannten westlichen Demokratien den Verfolgten die Aufnahme verweigerten, mußten Zehntausende von Juden bis nach China fliehen.

***

Montag, 1. März
20.15 Uhr, WDR III
Milliarden-Spritze für Millionen. Der Film untersucht den Inhalt und die Wirkung des sogenannten Beschäftigungsprogramms, das die Bonner Regierung vor einigen Wochen beschlossen hat.

***

Dienstag, 2. März
22.00 Uhr, ZDF
Stell dir vor, es gäbe Krieg... Renate Juszig berichtet in diesem Beitrag über die westdeutsche Friedensbewegung und stellt eine Friedensinitiative vor.

***

Freitag, 5. März
20.15 Uhr, NDR III
Sie vernichten unsere Wälder — unser Leben. Sigrid Hedlung berichtet am Beispiel Neuguineas über eines der größten Umweltverbrechen der Gegenwart, die Vernichtung der tropischen Regenwälder. Mit Häuptling Kipling Jiregari.

***

Freitag, 5. März
23.05 Uhr, ZDF
Unser Mann in Havanna. Nach einem Roman von Graham Greene hat Carol Reed 1959 diese Persiflage auf den britischen Geheimdienst gedreht: Ein neuer „Superagent" aus Havanna dient den Bossen in der Londoner Zentrale mit Erfolg Zeichnungen von Staubsaugerteilen als Pläne von Militäranlagen an. Mit Alec Guiness, Maureen O' Hara und Burl Ives.



Straßenkarneval in Essen

Gespräch mit Herbert Bonewitz

„Die Volksfastnacht ist etwas Lebendiges"

Als „Hackethal der Mainzer Fassenacht" bezeichneten die Bosse der großen Karnevalsvereine den Büttenredner Herbert Bonewitz, der nach jahrelanger Mitarbeit an dem Mainzer Fernsehspektakel ausgestiegen ist und nun nur noch für den kleinen Gonsenheimer Carneval-Verein arbeitet. Über seine Erfahrungen als Karnevalist sprach das Mainzer „Regionalblatt" mit Bonewitz. Im folgenden einige Auszüge aus dem Interview. Die dort angesprochenen „Jakobiner" sind eine Gruppe, die ganz bewußt an die demokratischen Traditionen des Karnevals anknüpft.

Wir möchten uns zunächst mit Ihnen über aktuelle Ereignisse unterhalten. Es gibt auch dieses Jahr wieder Krach mit dem Fernsehen und Sie wollen endgültig nicht mehr an der Fernsehfastnacht teilnehmen...

...Krach gibt es nicht. Es gibt keinen aktuellen Krach, denn das ist eine Sache, die ja schon lange bei mir läuft, sozusagen die „späte Konsequenz einer frühen Einsicht". Es ist ja so, daß ich schon seit Jahren kritisch dem Fernsehkarneval gegenüberstehe und mir gesagt habe, es hat keinen Wert, von außen drauf zu schimpfen. Ich bin bewußt mit reingegangen, teilweise auch mit reingerutscht, denn früher war mir noch nicht alles bewußt, was dort abläuft. Ich habe seit etwa 10 Jahren mit kritischen Vorträgen gegen diesen Gesellschaftskarneval und diese Form der Fernsehfastnacht, wie sie zur Zeit läuft, gekämpft und zwar an Ort und Stelle, dort im Saal selbst. Ich habe alles attackiert, was es gab, auch in den eigenen Reihen, die Funktionäre und den Prinzenkult. 1977 habe ich mir dann in meinem Vortrag als Platzanweiser die Gäste im Saal vorgenommen und das gab einen Eklat. Es gab Buh-Rufe und Pfiffe, mir wurde nahegelegt, so ging's nicht. Daraufhin sagte ich: „Gut, wenn es so nicht geht, dann gehe ich...."

Wer hat Ihnen das nahegelegt?

Alle Beteiligten. Sowohl die vier Korporationen, mit Ausnahme der Gonsenheimer, als auch der Herr Stolte vom ZDF, der sich sehr mißvergnüglich über die Sache geäußert hat. (...) Mich stört es, jedes Jahr dieselben Gesichter, dasselbe Publikum zu sehen. Die vier Vereine kriegen ein bestimmtes Kartenkontingent, und das wird immer an die gleichen Leute verteilt. Die wissen auch schon aus Erfahrung, wo's drauf ankommt als Statisten dieser Sendung, hauptsächlich die Politiker. Wenn's Rotlicht bei der Kamera aufleuchtet, müssen sie lustig sein...

Wir würden jetzt gerne nochmal näher auf die Beschränkungen von Seiten des Fernsehens auf die Redner eingehen. Das sind ja nicht nur zeitliche Beschränkungen. Wenn man von der sogenannten politischen Fastnacht spricht, ist ja auffällig, daß es auf der einen Seite den Bonewitz gibt und auf der anderen Seite jede Menge Vorträge aus der Bonndes-haupt-stadt, die politisch eindeutig rechts sind. Wie läuft diese Kontrolle ab.

Das Programm wird zusammen von Vereinen und Fernsehleuten ausdiskutiert, aber letztendlich entscheidet natürlich das Fernsehen, denn die bezahlen das ganze ja. Diese Auswahl, die dann getroffen wird, muß dann den sogenannten „Ausgewogenheitsstatuten" des Fernsehens entsprechen, und dann kommt das dabei heraus, was so unter Ausgewogenheit im Fernsehen verstanden wird, das brauche ich Ihnen ja nicht zu sagen, was das ist. Und genau so, wie die Zusammensetzung der Vereine, und da wird naturgemäß etwas, was „superkritisch" ist in irgendeine Richtung, schon von Anfang an weggelassen. Es wird nach etwas gesucht, was möglichst nirgendwo aneckt und was optisch gut verkaufbar ist. Also genau die Masche, die wir das ganze Jahr über gewöhnt sind.

Glauben Sie, daß es Unterschiede zwischen der Struktur von Großvereinen wie dem MCV und kleineren Vereinen wie beispielsweise dem Gonsenheimer Karnevalsverein gibt? Der MCV ist doch ähnlich hierarchisch aufgebaut wie eine große Partei. Es gibt Funktionäre, die Entscheidungen unter sich ausklüngeln, außerdem nach außen hin repräsentieren und eine große Basis, die die Dreckarbeit leistet.

Beim MCV habe ich das mit den Gonsbachlerchen erlebt, daß die Kluft zwischen oben und unten zu groß war. Oben wurden von den „Fräcken" repräsentiert, unten war das arbeitende Volk. Das war auch ein Grund, warum wir weg sind. In Gonsenheim ist das nicht so, weil wir anders strukturiert sind. Es gibt zwar ein Präsidium, das von uns gewählt wurde, aber innerhalb des Vereins gibt es viele Ausschüsse, die von uns durchsetzt sind, und wo die Entscheidungen eigentlich fallen. Das gab es beim MCV nicht. Dort mußte man auf eine Mitgliederversammlung warten, die dann ablief, wie eine Parteiveranstaltung. Da war vorher schon alles ausgeklüngelt und man durfte nur noch die Hand heben. Ein Veto gab es sowieso nicht. Also, den Abstand zwischen den Akteuren und den Oberen gibt es bei uns nicht. Das war früher nicht so. Diese Umstrukturierung haben wir selbst in die Wege geleitet, denn als wir vom MCV weg sind, wollten wir dieselben Fehler nicht nochmal machen. Wir haben den Leuten im Verein den Vorschlag gemacht, die Vereinsstruktur auf die Basis von Arbeitsteilung und Demokratisierung zu stellen, und das ist gelaufen.

Es gibt ja in letzter Zeit ein paar Gruppen in Mainz, wie z.B. die Jakobiner, welche probieren, an die demokratische Tradition von Fastnacht anzuknüpfen. Diese Gruppe hat jetzt schon einige Male Schwierigkeiten bekommen, z.B. als sie am Kindermaskenzug teilnehmen wollte. Offensichtlich sind die nicht sehr gerne gesehen...

Ja, ich habe von der Gruppe gehört. Ich kenne allerdings die Zusammenhänge nicht so genau. Das ist aber auch eine Sache, die werden Sie, wenn Sie die Angelegenheit Fastnacht mal historisch verfolgen, immer wieder finden. Seit Anbeginn der Fastnacht in Mainz waren die Bürger bestrebt, eine Ordnung reinzubringen und das Ganze zu organisieren. Und genau so waren andere Kräfte — meistens junge Leute oder rebellische Geister — bestrebt, dem entgegenzusteuern. (...)

Das heißt also, daß es für Sie kein Problem ist, die Jakobiner und andere als gleichwertige Gruppen anzuerkennen und beispielsweise bei denen mitzumarschieren.

Auf jeden Fall. Die Volksfastnacht ist etwas Lebendiges. Da kann man nichts aufzwingen, und da kann nichts von oben oktroyiert werden. Das muß aus dem Volk kommen, und da müssen zeitabhängige Strömungen vorhanden sein. Das ist notwendig und wichtig, damit Umstrukturierungen kommen und etwas mehr Leben in die Bude kommt. Ansonsten erstarrt die Fastnacht und wird eines Tages wegsterben. Und das wäre schade. Aber nochmal zur Volksfastnacht. Als Straßenkarneval läuft sie ja noch, und da sind ja auch ihre Wurzeln zu sehen.

REVOLUTIONÄRER ELFERRAT

Fortschrittliche Traditionen des Karnevals

Mainzer Fernseh-Karneval 1982: Da tritt so ein Typ auf in altägyptischem Kostüm und erzählt von irgendeinem Krieg unter den Völkern des Altertums. Nach umständlichem Gerede kommt endlich die Pointe heraus: Eine Kriegsschuld habe damals nicht ermittelt werden können, denn es gab ja noch keine Deutschen, denen man sie in die Schuhe hätte schieben können.

Tusch. Applaus. Die Fernsehkamera schwenkt über die Gesichter der Prominenz in den ersten Reihen des Festsaals. Verständiges Grinsen breitet sich dort aus. Und schon gehts weiter — von der Kriegsschuld zu den Ausländern, zur „Überfremdung" Deutschlands... Solcherlei szenische Aufbereitung von reaktionärem Mist prägt nun schon lange das Gesicht des „offiziellen" Karnevals, namentlich der alljährlich von ARD und ZDF ausgestrahlten Mainzer Veranstaltung, die zu ihren „besten Zeiten" fast 90 Prozent der westdeutschen Zuschauer vor der Mattscheibe vereinte.

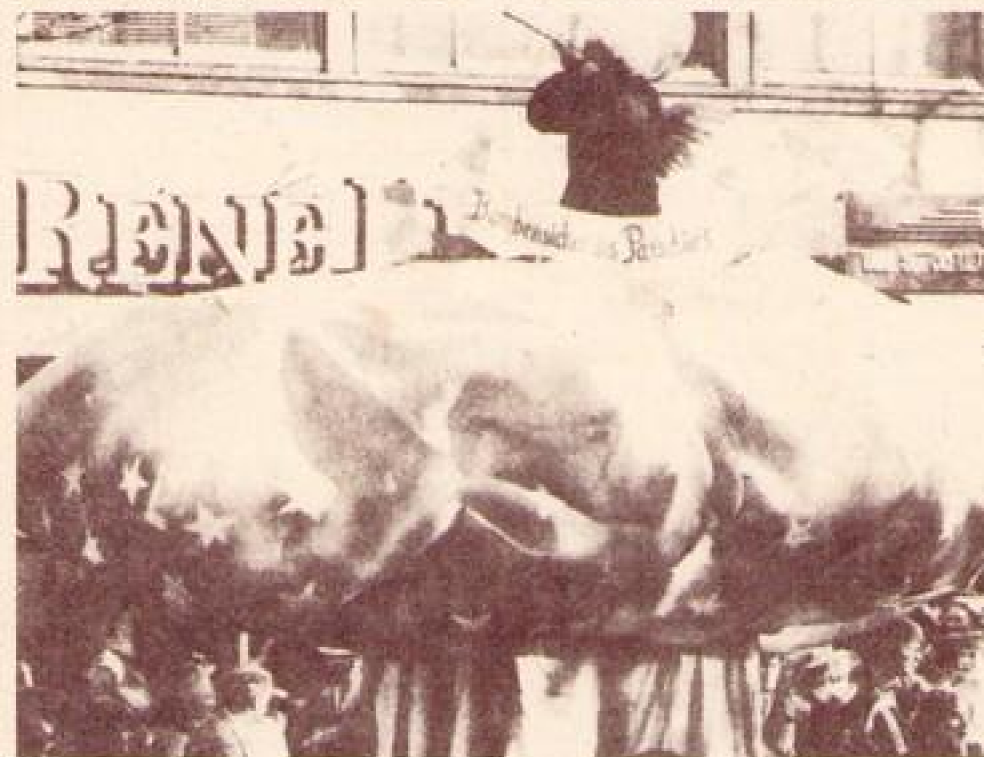
Da ist es wahrlich angebracht, sich daran zu erinnern, daß Karneval einmal etwas ganz anderes war: Ein Volksfest nämlich, mit handfesten rebellischen Untertönen, das dementsprechend von den Herrschenden stets mißtrauisch beobachtet wurde. Im Mittelalter war es für die werktätigen Schichten der Städte eine lang ersehnte Gelegenheit, die starren Regeln, die alles Leben gefesselt hielten, einmal im Jahr zu durchbrechen. Und schon früh reagierte die Obrigkeit darauf mit Verboten.

Aus Frankfurt beispielsweise ist schon für 1355 das erste „Vermummungsverbot" überliefert — keine Erfindung des dort heute regierenden Bürgermeisters Wallmann also. Auch in Köln wurde schon 1403 zum ersten Mal das Tragen von Masken und Larven verboten. Die Gründe dafür sind einleuchtend. Denn hinter dem Schutz der Masken wurde nicht nur unsittliche, unchristliche und obrigkeitsfeindliche Narretei getrieben. In Köln etwa entwickelte sich aus dem Karnevalsumzug 1482 ein regelrechter Aufstand der plebejischen Massen. Diese schöne Tradition wurde in der Domstadt übrigens noch bis ins letzte Jahrhundert fortgesetzt. Die Weiberfastnacht 1848 wuchs sich in eine militante Demonstration aus, in deren Verlauf das Rathaus mit Steinen bombardiert wurde.



Jakobiner: Vorbild für den politischen Karneval

Das 19. Jahrhundet war auch der Beginn des organisierten Karnevals, der heute die oben beschriebenen reaktionär-spießigen Züge angenommen hat. 1838 beispielsweise wurde der noch heute bestehende Mainzer Carneval Verein (MCV) gegründet — mit Elferrat und Narrenkappen und all den anderen immer noch gültigen Formen. Aber diese Formen hatten es in sich. Sie waren nämlich nichts anderes als eine in närrische Symbole verkappte Nachbildung der von der französischen Revolution geschaffenen Einrichtungen. Der Elferrat, das Comité, kopierte das von den französischen Jakobinern (dem radikalen Flügel der Revolution) geschaffene Comité du salut public, den Wohlfahrtsausschuß.



„Bombensicher ins Paradies" — mit diesem Motto beteiligten sich Düsseldorfer Friedensinitiativen am Umzug

Der von dem Elferrat sprechende „Protokoller", aus dem später der Büttenredner hervorging, übernahm die Funktion des öffentlichen Anklägers für die Revolution. Auch er geißelte die Mißstände, klagte die Oberen an. Nur eben in „närrischer" Form, wo seinem realen Vorbild noch die Guillotine zur Verfügung gestanden hatte. Selbst die nun eingeführte Narrenkappe hatte ihre Entsprechung — in der Jakobinermütze nämlich, der traditionellen Kopfbedekkung der bürgerlichen Revolutionäre von 1789. Und auch die Zahl elf der karnevalistischen Ratsmitglieder hatte eine verschlüsselte Bedeutung. Ihre drei Buchstaben bilden den Anfang der französischen Wörter égalité, liberté, fraternité. Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit — das war bis ins 19. Jahrhundert hinein die Losung der bürgerlichen Revolutionäre in ganz Europa.

Daß sich diese Formen des organisierten Karnevals gerade in Mainz herausgebildet hatten, war kein Zufall. Denn hier hatte sich 1792 unter dem Eindruck der französischen Ereignisse die erste demokratische Republik auf deutschem Boden gebildet. Der Karneval als demokratisch-revolutionäre Tätigkeit unter den Bedingungen des schweren politischen Drucks der monarchistischen Reaktion war jedoch nicht nur auf Mainz beschränkt. Es galt für weite Gebiete Süd- und Westdeutschlands, was Ludwig Bamberger, ein Berater Bismarcks, in seinen Erinnerungen feststellte: „In der Zeit des politischen Elends flüchtete sich der frondierende Geist in diese Verkleidung. So kam es, daß die Führerschaft des Carnevalvereins zur politischen designierte."

Der närrische Witz wurde zur politischen Waffe, mit der die totale Zensur unterlaufen werden konnte, und er spielte somit eine wesentliche Rolle bei der geistigen Vorbereitung der Revolution von 1848. Und nach der Niederlage dieser Revolution bot wiederum die Maske des Karnevals eine Möglichkeit, die oppositionelle Bewegung fortzusetzen. Ein Beispiel hierführ war der große Maskenball, den Friedrich Stoltze (wie viele seiner Zeitgenossen Karnevalist und Politiker zugleich) 1850 im Frankfurter Wolfseck organisierte. Es war eine der ersten Massenveranstaltungen gegen die Unterdrücker der 48er Revolution und zugleich eine Bekundung der Solidarität mit den Emigranten, denen der Reinerlös des Karnevals zugedacht war.

Diese fortschrittlichen Traditionen des Karnevals sind niemals vollständig verschüttet worden. Sie kamen selbst in der Nacht des Faschismus zum Ausdruck, als etwa die „Heddemer Käwwern" in Frankfurt 1933 mit ihren Wagen auf dem Fastnachtsumzug gegen die Nazi-Diktatur protestierten und diese Wagen von einem Rollkommando der SA zerstört wurden. Auch in der Nachkriegszeit lebte abseits des offiziellen Rummels die alte Tradition überall dort auf, wo sich kritische Geister wieder auf das Wesen des Karnevals besannen nen — bis hin zum vergangenen Wochenende, wo sich beispielsweise die *Volksfront* im Rheinland an einigen Umzügen mit satirischen Darstellungen beteiligte.

Herbert Bonewitz, der einzige Aktive, der dem inzwischen berüchtigten Mainzer Karneval noch Glanzlichter aufsetzen konnte (siehe auch Interview) auf dieser Seite), hat vor einigen Jahren bemerkt: „Karneval ist heute, wenn Ihnen dauernd einer ins Ohr brüllt: Fassenacht, Stimmung. — Aber vielleicht wird das alles wieder völlig anders, die Fernsehsitzungen in dem Stil werden abgesetzt und Karneval würde wieder Volksfastnacht — eine Sache des Volkes — und das wäre bestimmt nicht schade."

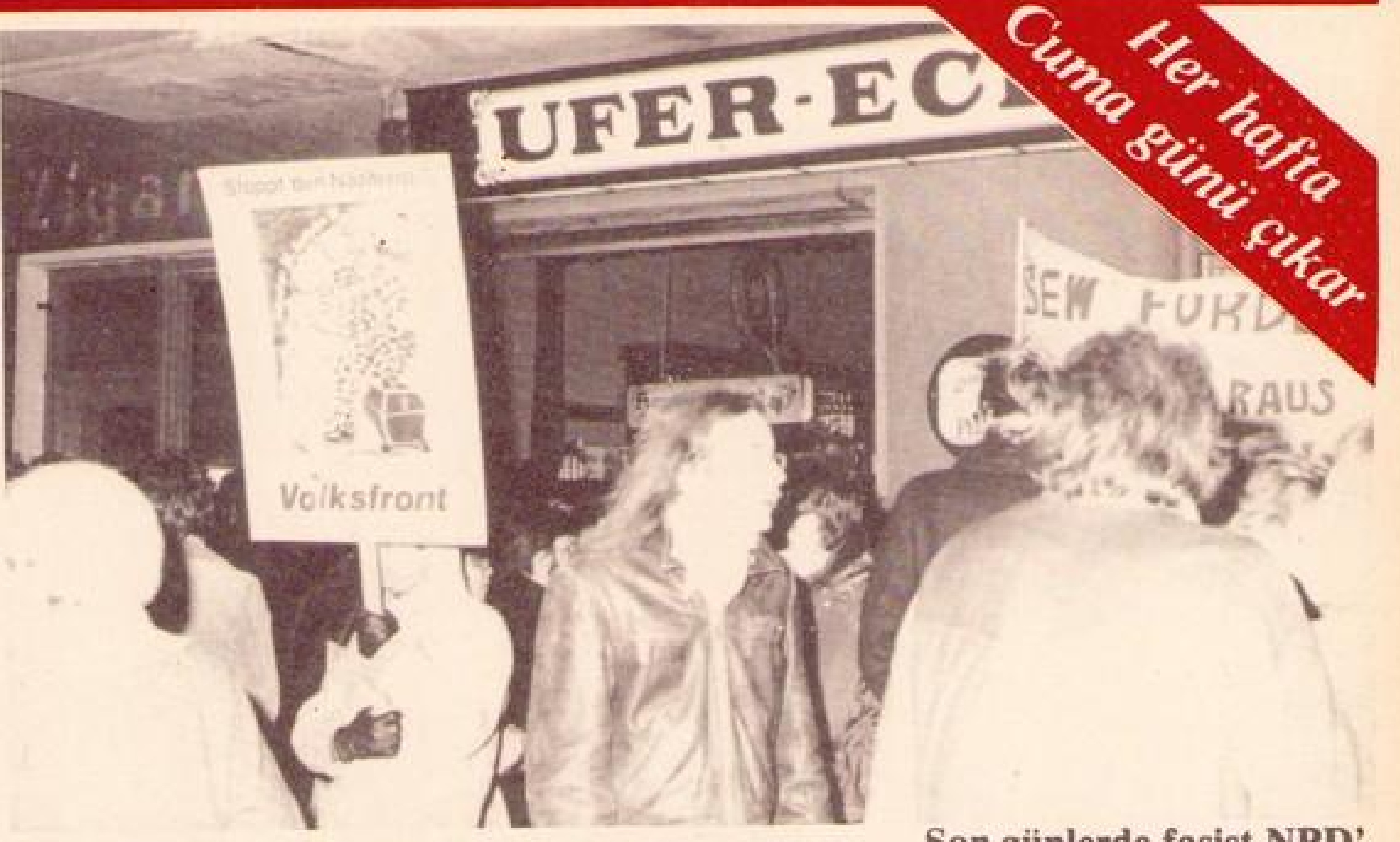
Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 8, 26 Şubat 1982 Yıl: 16 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



NPD'nin eylemleri engellendi. **Son günlerde faşist NPD'nin Batı Berlin ve Bremerhaven'de yapmak istediği eylemler anti-faşistler tarafından engellendi. Batı Berlin'in Weddig semtinde kısa sürede 100'ü aşkın anti-faşist NPD'nin yapmak istediği toplantıyı protesto etmek için bir araya gelince, polis o an sadece orada bulunan faşistleri geçirebildi. Bremerhaven'de ise NPD'nin Gençlik Örgütü'nün düzenlemek istediği yürüyüşte bir genç faşist tek başına kaldı. Gene burada da yürüyüşü engellemek için 100'e yakın anti-faşist harekete geçmişti.**

Federal Çalışma Dairesi yeni kararlar aldı

İşsizlere yönelik saldırılar yoğunlaşıyor

NÜRNBERG. — Federal Çalışma Dairesi bir kaç gün önce işsizlere karşı yeni kararlar aldı. Onun aldığı bu kararlar işsizlere, yerli ve yabancı işçi sınıfının tümüne karşı düzenlenen bir saldırıdır. Alınan kararlar işsizleri, her işi kabul etmeye mecbur kılan kararlardır. Ve bunlar işsizliğin önlenmesi için bir çözüm olmak yerine, kapitalistlerin ve onların devletinin işsizlerin cebinden milyarlarca DM tasarruf etmesini beraberinde getirmekte, işsizler arasındaki rekabeti keskinleştirmekte ve işsizlerin kapitalistler için ucuz ve her zaman satın alabileceği bir güç olmasına hizmet etmektedir.

Federal Çalışma Dairesi Başkanı Stingl tarafından ileri sürülen taslak, işsiz arkadaşların kapitalistlerin şimdiye kadar talep ettiği bölünmelerini öngörmekte ve onları şu beş katagoriye ayırtetmektedir:

1. Üniversite mezunları, **2.** Fakülte mezunları, **3.** Meslek Yüsek okulları, **4.** Meslek Okulları, **5.** Diğer bütün meslekler.

İşsiz arkadaşlar arasında bir ayrım yapmanın hazırlığı bugünden yapılmaktadır. Dört aydan sonra iş bulamayanlar da (şayet kendisinin iş bulmak için "özel bir çaba harcadığı" 6 aydan sonra ispatlanırsa) bir gruplaşmaya gidilecek ve işsiz arkadaş ister vasıflı ister vasıfsız olsun, şimdiye kadar kazandığından daha da düşük bir ücret alacak ve yabancısı olduğu iş alanında çalışmaya zorlanacaktır. Böylece 4 ay sonra vasıflı bir işçi yardımcı işçi gibi düşük ücret almak ve çalışmak zorunda kalacaktır.

İşsiz kalan her arkadaş 4 ay boyunca eski çalıştığı mesleki dalında iş bulmaya çalışacak, bulamazsa bu gruplaşmaya tabii tutulacaktır.

Ayrıca bir işçi şehrin dışında da çalışmaya zorlanacak ve bunun içinde ev ile işyeri arasında gidiş gelişin iki saat sürdüğü — eğer ulaşım kötüyse üç saat — işlerde çalışmaya mecbur tutulacak. Bunun yanı sıra işçilerin geçici işlerde de çalıştırılması düşünülmektedir.

Bundan sonra 4 aylık süre boyunca yarım günlük çalışmak isteyen işsizler için Arbeitsamtlar iş bulmaya çalışacak; 4 ayı geçtikten sonra artık yarım günlük işyeri bulunması reddedilecek ki, bu özellikle yarım günlük iş arayan kadın arkadaşların ağır bir şekilde etkilenmesi demektir. Ve onlar ayrıca işsizler istatistiğine de kayıtedilmeyecekler.

Öte yandan IG Metall yönetimi gerekirse bu taslağın geri alınması için anayasa davası açmaya gidebileceğini açıkladı. Ancak bundan daha önemli olan şimdi buna karşı yerli ve yabancı işçi arkadaşların kararlı direnişlerinin örgütlenmesidir.

Stingl işsizlere karşı yeni alınan kararların "iş pazarında olumlu yönde bir dönüşümü sağlanmasının" beklenemeyeceğini belirtti. Alınan bu kararlar ona göre daha ziyade "sosyal hakları sömürenleri" yakalamaya hizmet etmelidir! Demek ki buna göre bugün kendi mesleği dalında bir iş arayan işçi arkadaş "sosyal hakları" sömürüyordur!?

Alınan bu yeni kararlar işçi sınıfının yaşam şartlarını daha da ağırlaştırmak ve onların kapitalistler için ucuz iş gücü olmalarını sağlamak ve her işi kabul ettirmek yönünde düzenlenen bir saldırıdır. Bu, kapitalistlerin buhranın içinden nasıl kurtulmak istedikleri için düşündükleri bir çözümdür. İşsizlerin haklarının daha da kısıtlanması önceden planlanmış bir şeydir. Çünkü bugün alınan önlemler, daha önce kararlaştırılan hükümetin "tasarruf paketi"nin belirleyici bir bölümünü oluşturmaktadır.

Kapitalistlerin ve onların devletinin buhranın içinden çıkmak ve silahlanmayı artırmak için düşündüğü çözüm, bunların faturasını biz yerli ve yabancı emekçilere ödettirmektir. Onlar için emekçilerin yaşam şartlarının daha da ağırlaştırılması mümkün olan bir şeydir. Buna karşı tüm çalışan insanların çıkarları için en geniş direniş sağlanmalıdır! "Buhranın faturasını zenginler ödemelidir!" Bunun gerçekleştirilmesi için sendikaları mücadeleye zorlamalı ve Stingl'in yeni saldırılarına karşı mücadele sürdürülmelidir.

Reagan'in El Salvador politikasına karşı direniş gelişiyor

WASHİNGTON. — El Salvador'daki ordu "50 yıldan beri rüşvet almaktadır" diyor ABD Kongresi'nden Demokrat Parti'nin milletvekili Harkin. O parti arkadaşı Oberstar ve Cumhuriyet Partisi milletvekili Coyne ile bir kaç gün El Salvador'da incelemelerde bulunduğunu söyledi. Her üç milletvekili de Reagan'ın El Salvador politikasını en sert bir şekilde eleştirdiler. Böylece onlarda Reagan Hükümeti'nin ülkeyi açıkca işgal etme tehdidi savurmasının ardından buna karşı gelişen harekete katılmaktalar.

Geçen hafta 350 kilise yöneticisi Reagan'a gönderdikleri açık bir mektupta onun El Salvador politikasını protesto etti ve aynı şekilde onlarda üç milletvekili gibi El Salvador Duoarte faşist cuntasına yapılan askeri yardımın derhal durdurulmasını talep ettiler. Bu adım kilise yöneticilerinin, ABD'nin Vietnam'a saldırısından sonra attıkları en büyük adımdı.

Geçen hatfa ABD'nin çeşitli şehirlerinde 10 bini aşkın insanın katıldığı yürüyüşler düzenlendi.

Reagan'ın danışmanlarının El Salvador'u açıkca işgal etme tehditleri ve basında cuntanın vahşice katliamları üzerine çıkan haberler Amerika'da geniş barış hareketinin gelişmesine yol açtı. Gelişen barış hareketinin güçlü olduğunu ayrıca yakın zamanda yapılan bir anket de doğrulamaktadır. Bu ankette sorulanların sadece yüzde 8'i El Salvador'a ABD askeri birliklerinin gönderilmesinden yana olurken, yüzde 89'u ise buna karşı çıkmıştır.

Bu bile Reagan'ın Duoarte faşist cuntasının katliamlarını, "komünistlerin adice bir propagandası" olarak göstermeye yeltenmesinin mümkün olmayacağının iyi bir kanıtıdır.

(„Wachsender Widerstand gegen Reagans Salvadorpolitik")

1,25 DM saat ücreti

Irkçı ve aşırı gerici tutumu ile geçen yıl giriştiği eylemleri ile tanınan Batı Berlin CDU Senatosu şimdi yeni bir saldırıya daha geçti. Bir taraftan ilitcacılara çalışma yasağı konulurken, öte lışma yasağı konulurken, öte yandan ise o şimdi Berlin'de iltica talebinde bulunmuş olan yabancıları caddeleri temizlemek için angarya çalışmaya zorlammaktadır. Bu haftadan itibaren 200 ilticacı emekçi günde dört saat olmak şartıyla iki hafta boyunca bu işi yapmak zorunda kalacaklar. Onlara 40 iş saati için adi 50 DM verilmek isteniyor. Diğer bir ifadeyle saat başına 1,25 DM ödencek!

CDU'nun bu çıplak terörü tam 30 yıl önce ödenen ücretleri hatırlatmaktadır. Bu ilticalı emekçilerin zaten kısmi olan haklarına düzenlenen vahşice yeni bir saldırıdır. Böylece bu tür çıplak terör estirilerek, burjuva propagandacılar tarafından abartılarak piyasaya sürülen iltica akını önlenmek, ilticacılar zorla ülkelerine gönderilmek istenmektedir. Ve bununla ayrıca hiç bir hakkı olmayan ucuz iş kölelerini elde etmek amaçlanmaktadır.

Yabancı işçilere yönelik bir yeni saldırı daha

NÜRNBERG. — Federal Çalışma Dairesi bir yandan Almanya'daki işçi sınıfının tümüne karşı yoğun saldırılara geçerken, öte yandan onun en zayıf halkasını oluşturan yabancı işçiler üzerindeki saldırılarını da artırmaktadır. Federal Çalışma Dairesi'nin yaptığı bir açıklamaya göre bundan sonra artık kısa süreli çalışma izinleri (Arbeitserlaubnis) olan yabancı işçilere iş verilmeyeceğini belirtti.

Alman kapitalistleri içine düştükleri buhranın içinden çıkabilmek için bunun faturasını işçi ve emekçilere ödettirmeye çalışmaktalar. Onlar buhran olmasına rağmen, tatlı kârlarını elde etmek için bir taraftan işçi sınıfının tümüne karşı saldırılarını yoğunlaştırırken öte yandan da işçi sınıfının en zayıf halkasını oluşturan biz yabancı işçilere karşı saldırıya geçmekteler. Şimdiye kadar yabancılara karşı ardı arkası kesilmez bir şekilde yeni kararlar çıkarıldı ve hala çıkarılmaya devam ediliyor.

Ancak bunlar yeterli görülmüyor ki, onlar yeni kararların alınmasını istemekteler. Federal Çalışma Dairesi'nin aldığı yeni karara göre, bundan sonra kısa süreli çalışma izni olan yabancılara işsiz kalmaları durumunda iş verilmesi hemen hemen imkansız hale gelmektedir. Alınan yeni karara göre, gelecekte ilk sırada yabancı işçiler arasında AET üyesi olan işçilere; ikinci sırada ise 5 yılın üzerinde çalışma müsaadesi olan işçiler iş alabilecekler ki, bu da onların iş bulup bulmamalarına bağlıdır.

Öte yandan bundan sonra binlerce işsiz yabancı gence de iş verilmesi ancak ve ancak onların MBSE kurslarından diploma almalarına ve buna bağlı olarak beş yıllık çalışma izninin olmasına tabii tutulmakta.

Şimdiye kadar üç yıl bekleme süresinden sonra çalışma izni almaya hak kazanan yabancı işçi aileleri için ise artık çalışma müsadesi verilmeyeceği açıklandı.

Federal Çalışma Dairesi ayrıca sık sık işyeri değiştirenlerin de yeni iş bulmalarının da zorlaştırıldığını belirtti. Ve bir yıllık çalışma izinleri olup yeni bir işyeri bulanlara ise iş verilmeyeceğini açıkladı.

Alman kapitalistlerinin biz yabancılara karşı başlattıkları bu saldırılar işçi sınıfının tümüne yöneltilen saldırıların bir parçasıdır. Bunun için bu saldırılara karşı sessiz kalmayarak sendikal mücadele gücüne harekete geçirmeli, yerli ve yabancılar bu saldırıları birlikte geri püskürtmek için seferber olmalıdırlar.

(„Arbeitsaufnahmeregelungen gegen Ausländer verschärft")

KPD'nin barışsever örgütlere çağrısı

Reagan'in ziyaretine karşı büyük bir yürüyüşün yapılması için ileri!

DORTMUND. — 21 Şubat'ta partimiz KPD'nin yönetimi ayrıntılı bir mektup yazarak, geçen yılın 10 Ekim'inde Bonn'da yapılan barış yürüyüşüne katılan örgütlere gönderdi. KPD bu mektubunda onlara, Reagan'ın Batı Almanya ziyaretinden ötürü geçen yıl yapılan bu yürüyüşe benzer bir eylemin yapılabilmesi için adım atılması gerektiği önerisinde bulunmaktadır.

KPD'nin çeşitli barış güçlerine gönderdiği bu mektupta Reagan'ın Federal Almanya Başbakanı Schmidt'in özel isteği üzerine Bonn'a gelmek istediğine yer verilmektedir.

Brüksel'de yapılması planlanan NATO zirve konferansının Bonn'a aktarılması Almanya'daki barış güçlerini provaka etmek anlamını taşımaktadır.

KPD Yönetimi, Karin Wagner yoldaş tarafından imzalanan mektupta ayrıca "şahıslara karşı protesto edilemeyeceği" tezini de ele almakta ve bu görüşün yalnış olduğunu ortaya koymaktadır. Bu teze karşılık belirli çevrelerin yani savaş rotasını izleyenlerin mali sermaye olduğunu ve Reagan'ın da onların aynı zamanda bir temsilcisi olmasından ötürü ona karşı protesto etmenin doğru ve haklı bir şey olduğu belirtilmektedir.

Mektupta ayrıca, DGB'nin resmi ve güçlü bir şekilde böyle bir yürüyüşte yer alması için çaba harcaması gerektiği doğrultusunda olan KPD'nin görüşünün önemi vurgulanmaktadır.

KPD ayrıca bu yürüyüşte NATO'nun savaş politikasının protesto edilmesine işaret etmekte ve Bonn Hükümeti'nin kendisini NATO'dan koparması gerektiğinin önemine değinmektedir. Bu nedenle büyük bir yürüyüşün gerçekleştirilebilmesi için kısa zamanda ilk hazırlık toplantısı yapılması doğrultusunda harekete geçmeyi önermektedir.

(„Für eine Grossdemonstration gegen Reagans Besuch!")

Volksfront'un 2. Merkezi Kongresi yapıldı



Kongrede okunan Yönetim Kurulu raporundan bazı bölümler

Kızıl Şafak'ın 6/82 sayısında da belirttiğimiz gibi Volksfront'un 2. Merkezi Kongresi'nden okunan faaliyet raporundan bazı bölümleri aktaracağız. Ama bundan önce, dünya görüşünden ve üyesi bulunduğu partiden bağımsız olarak faşizme, gericiliğe ve savaşa karşı olan insanları bağımsız olarak faşizme geyönelen ve böylece Federal Almanya ve Batı Berlin çapında örgütlenmiş merkezi bir örgüt olan Volksfront'un çatısı altında biz Türkiyelilerin de niçin yer almamız ve onun safında gericiliğe, faşizme ve savaşa karşı mücadeleye aktiv olarak katılmamız gerektiğinin kısaca önemine değineceğiz.

Volksfront gericiliğe, faşizme ve savaşa karşı mücadeleye ilişkin berrak bir görüşü olan ve Almanya çapında merkezi olarak örgütlenmiş ve halkın gerçek bir anti-faşist cephesi olmaya yönelen tek örgüttür. Bu örgütün çatısı altında milliyetlerinden dünya görüşlerinden, üyesi bulunduğu partiden bağımsız olarak gericiliğe, faşizme ve savaşa karşı olan her insan yer almalıdır. Özellikle artan savaş tehlikesi, devleti faşistleştirme eğilimlerinin yoğunlaşması, ardı arkası kesilmez bir şekilde gerici kanunların çıkarılmasına karşı tüm anti-faşistleri çatısı altında birleştirebilecek ve mücadeleye sevkedebilecek bir örgüte giderek daha fazla ihtiyaç duyulmaktadır. Ayrıca bugün çeşitli kılıflar altında sürdürülen yabancı düşmanlığı, izlenen faşistleştirme politikasının önemli bir bölümünü oluşturmaktadır. Çünkü yabancı düşmanlığı ile faşizme kitle tabanı yaratılmaya, yerli ve yabancılar arasına nifak tohumları ekilmeye çalışılmaktadır. Bu anlamda da gericiliğin bu saldırılarını boşa çıkarmak için, yerli ve yabancıların gericiliğe, faşizme ve savaşa karşı ortaklaşa mücadelelerini sürdürebilecekleri bir örgüte ihtiyaçları vardır. İşte bu anlamda **Volksfront** gericiliğe, faşizme ve savaşa karşı halkın gerçek bir cephesi olma yönünde bir başlangıç yapmıştır. Böylesi bir örgütün safında dünya görüşlerinden bağımsız olarak gericiliğe, faşizme ve savaşa karşı olan her Türkiyeli anti-faşist de yer almalı, Alman ve diğer yabancılarla omuz omuza, yabancı düşmanlığına, gericiliğe, faşizme ve savaşa karşı mücadele etmelidir. Artan yabancı düşmanlığı ile birlikte yabancılara karşı çok yönlü sürdürülen saldırıların ortaklaşa geri püskürtülmesi daha da güncel bir sorun haline gelmiştir.

Bu noktanın önemine değindikten sonra, Volksfront'un 2. Merkezi Kongresi'nde eski başkan Heike Hemmer'in okuduğu faaliyet raporundan bazı bölümlerin aktarılmasına geçelim. Heike Hemmer okuduğu raporunda faşistleşme eğilimleri ve buna karşı bir anti-faşist halk cephesinin gerekliliğini ele alarak şöyle diyordu:

"Biz eli kolu bağlayıp sessiz kalmamız ve bir şeylerin yapılması gerektiği üzerine hem fikirdik. Strauss'un arkasında şekillenen — silah sanayisi patronlarından, büyük toprak kapitalistlerinden, gerici kilise yöneticilerinden, gizli ajan örgütünün baş uçlarına ve açık Nazi çetelerine kadan uzanan — bu gerici cepheye karşı anti-faşist bir mücadele cephesine gerek duyulmaktaydı. O zaman bir daha ne faşizm ne de savaş hedefinde hem fikir olan geniş insanların birliğine gerek duyuluyordu. Ancak bu da onların siyasi ve dünya görüşlerinden, bir partide örgütlü olup olmamalarından bağımsız olmalıydı. ***Böyle bir cephede parti sınırlarını aşan bir cephe olabilirdi.***

Böylesi bir cephenin kurulması hangi temelde ele alınmalıydı?

Son senelerde bir dizi komite kuruldu (...) **Bu komitelerin Federal Almanya çapında birleştirilmesi girişimi mi yapılmalıydı?**

Biz bunun gericiliğe ve faşizme karşı gerekli bir cephenin yaratılması için doğru yol olmadığı düşüncesindeydik. İnsiyatiflerin ve komitelerin olması olumlu ve iyi bir şeydir. (..)

Faşistleştirmeye karşı direnişe geçebilmek için böylesi insiyatifler yeterli değildir. Ve aynı şekilde bu insiyatiflerin Federal Almanya çapında birleştirilmesi de yeterli değildir ki, bu mümkün olan bir şeydir. (..) Niçin?

Faşistleştirme ve askerleştirme bugün toplumsal yaşamın tüm alanlarını kapsamaktadır. (..)

Ve toplumsal yaşamın tüm alanlarındaki bu faşistleştirmeye karşı eşit bir şekilde mücadele sürdürülmelidir. Aynı şekilde hakim sınıfların halk hareketini bölmek ve onu baskı altında tutmak istemeleri de aynı çıkarlardan kaynaklanmaktadır. Ve buna karşı, hakim sınıfların siyasi baskılarının arkasında onların ortaklaşa çıkarlarının her türlü ortaya çıkışını berrak bir şekilde gören ve bunun karşısına birleşik ve örgütlü bir gücü geçirmeye yönelen bir örgüte ihtiyaç duyulmaktadır.

Buna bir şey daha eklenmeli: o zaman var olan ve bugünde çeşitli şekillerde yeniden kurulan bu insiyatiflerde çoğu kez öğretmen, öğrenci, gençler ev işgalcileri gruplarından olan insanlar vs. yer alıyordu. Gericiliğin son senelerdeki saldırıları özellikle bu grupları etkilemekteydi. Fakat faşistleştirme önlemleri uzun vadede özellikle işçi ve emekçileri, onların sendikal ve siyasi örgütlerini hedeflemektedir. Tam da halkımızın bu geniş kesimleri meslekten men edilmelere karşı kurulan gruplarda oldukça çok az faaldılar ki, bu da açık olan bir şeydir, çünkü onlar bundan doğrudan etkilenmiyorlardı. (...)

(...) **Yeni bir 1933'lerin kurulmasını (1933 Hitler faşizminin iktidarı eline geçirdiği yıldır, K. Ş.) önlemek için işçi ve emekçileri anti-faşist mücadeleye seferber etmek oldukça belirleyici bir etkendir. (..)**

"Biz sendikal güçlerle daha fazla ilişkiye geçmeliyiz"

(...) Biz Neo-Nazilere ve faşist eğilimlere karşı olan her türlü sendikal eylemi selamlıyor ve destekliyoruz.

Biz Volksfront olarak, örgüt olarak sendikal güçlere gitmeye daha çok gayret göstermeliyiz. Bu özellikle ilk etapta bölgesel alanda yapılabilecektir. Sendika temsilcileri veya tek tek sendika görevlileri ile ilişkiye geçmek şeklinde olacaktır. Bu yönde ilk olumlu adım, Neo-Nazilerin kanunen yasaklanması için Basım ve Kâğıt Sendikası'nın başlattığı insiyatifin desteklenmesi oldu. ***Biz faşizme karşı belirleyici ve oldukça önemli bir güç olan sendikaların yanında yer almaktayız. Bundan ötürü de sendika yönetiminin Volksfront'a karşı aldığı uygunsuzluk kararlarını zararlı görüyoruz.*** (..)

Bu nedenle biz ülkemizde yeni bir diktatörlüğün kurulmasının önlenmesi, anti-faşist ve demokratların birliğinin sağlanmasının çıkarı için ihraç kararlarının geçersiz ilan edilmesi ve ihraç edilen arkadaşlar tekrar üyeliğe kabul edilmesi gerektiği düşüncesindeyiz!

(„Auszüge aus dem Rechenschaftsbericht des Zentralen Vorstandes der Volksfront")



Hükümetin "Çalışma Programı"' işsizliğin önlenmesine katkıda bulunan bir program değildir.

Emekçilerin omuzlarına yeni yüklerin yıkılması öngörülmektedir

BONN. — SPD ve FDP'nin baş yöneticileri arasında uzun zamandan beri süren şatafatlı tartışmaların sonunda (ki, bunların sürdüğü esnada Başbakan Schmidt istifa etmek tehditi bile savurdu ve güven oylamasına gidilmesini talep etti.) Hükümet nihayet, üzerine velvele kopardığı "Çalışma Programı"nı açıkladı ve bu programın yükünün emekçilerin sırtına yıkılması öngörülmektedir.

Başbakan Schmidt kendisi bile bu programı "1982 operasyonu"nun bir devamı olarak niteledi. Ve gerçekten de bu "Çalışma Programı" da (!) kapitalistlerin keselerini daha fazla doldurmaları için emekçilerin kemerlerini daha da sıkmaları öngörmektedir.

İşyerlerinin ardı arkası kesilmez bir şekilde kapatıldığı ve işsizler ordusunun sayısının giderek kabardığı şu dönemde (ki, daha şimdiden resmi olarak 2 milyon işsizin olduğu kaydedilmekte) gerçekten işsizliğin artmasının önüne geçilebilinmesi için etkili önlemlerin alınması gerekmektedir. Bu konuda DGB sendika patronları nihayet uzun bir dönemden sonra genel sloganlarla harekete geçtiler.

Yakın zamanda tüm DGB sendikası adına İnşaat İşçileri Sendikası (IG Bau, Stein, Erden) Başkanı Sperner, "İş yaratın! Artan işsizliği durdurun!" şiarlarını ileri sürdü.

Evet gerçekten de artan işsizliğe karşı etkileyici önlemler gereklidir. Ve Bonn Hükümeti de nihayet bu yönde bir "çalışma programı"nı hazırlamaya koyuldu. Ancak şimdi sorunu, bu çalışma programının finanse edilmesini gene işçi ve emekçiler mi, yoksa kapitalistler mi finanse edeceği noktası oluşturmaktadır. Bu yönde Federal Hükümet tumturaklı sözlerinin ardından nihayet kimlerin finanse etmesi gerektiğini açıkladı: işçi ve emekçiler gene kemerlerini sıkmalı! İşte hükümetin "çalışma programının" maddi yükünü hangi kesimlerin üzerine yıkmayı amaçladığını bu nokta açıkca ortaya koymaktadır.

Hükümetin çalışma programında öngördüğü bazı önemli noktalar şunlardır:

Yatırım zamları: Geçmişte olduğu gibi hükümet bu günde kapitalistlere devlet tarafından yapılan yardımları yüzde 10 artırmak istiyor ki, bu yardımları ne yeni işyerlerinin açılmasına ne de mevcut işyerlerinin korunmasına tabii kılmaktadır. Böylece hükümet, şimdiye kadar yaşandığı gibi kapitalistlerin daha fazla işyerini rasyonalleştirmeleri için emekçilerin vergilerini çarçur etmektedir.

Hükümetin çalışma programında, **orta dereceli işletmeler** içinde özel bir programa yer vermekte. Buna göre 5 milyar DM devlet tarafından yardımların verilmesi ve böylece yeni teknikle üretimin yapılması öngörülmekte ki, bu da ilk etapta emekçilerin mevcut işyerlerini kaybetmeleri demektir.

Öte yandan tabiatın korunması için ise sadece 1,6 milyar DM ayrılmak isteniyor. Kamu hizmetlerine yeni yatırımların yapılması ise hiç bir şekilde hükümetin hazırladığı çalışma programında yer almamakta. Sadece tasarruf programında kararlaştırılan yatırım kısıtlamalarının kaldırılması amaçlanmaktadır.

Hükümetin çalışma programında işsizliğe yönelik sadece tek bir tedbir yer almakta ki, bu da işsizliğin önlenmesi için değil, sonuçların hafifletilmesine ilişkindir. Planlanan bu tedbirler de gençliğe yöneliktir.

Ne var ki gençler için yeni mesleki eğitim alanlarının yaratılması ve özellikle işsizlikten yoğun bir şekilde etkilenen yabancı gençlerin topluma uyum sağlamaları için sadece adi 400 milyon DM ayrılmıştır. Şu an 700000 yerli ve yabancı genç işsizdir. Alınan bu tedbir de bu durumda pek etkileyici bir tedbir değildir.

Ancak Bonn Hükümeti'nin hazırladığı bu "Çalışma Programı"nı emekçiler finanse etmesi amaçlanmaktadır. Bonn Hükümeti bunun için tüm tüketim maddelerinin üzerine konularak halktan kesilen vergilerin yüzde 13'ten 14'e çıkarılması öngörülmektedir. Somut olarak bunu ifade edecek olursak, bu hayat pahalılığının yüzde 1 artması demektir. İşte bu da gene hükümetin öngördüğü çalışma programının esas yükünün emekçilerin üzerine yıkılmasını ifade etmektedir. Çünkü tüketim mallarının pahallanması zenginleri zerre kadar etkilememektedir. Diyelim ki, oldukça çok hafif bir şekilde onları etkiliyor ki, buna rağmen onların bunu vergiden düşürmek için ellerinde her türlü olanakları var. Ama her kuruşunu biriktirmeleri gereken emekçiler ise böylece daha büyük bir sefaletin içerisine itilmek isteniyorlar. Hayır olamaz! Çalışma Programının maddi yükü zenginlerin üzerine yıkılmalıdır!

Şimdi bu durumda izlenmesi gereken şiar bu olmalıdır. Ama sendika yöneticileri hükümetin girişimine karşı ne yapıyor. Zenginlerin daha zenginleşmesi için hükümetin hazırladığı bu çalışma programına karşı DGB sendika yönetiminin en küçük bir protestoyu yaptığını her kim düşünüyorsa yanılıyordur. DGB sendika patronları bu Çalışma Programı'nın emekçilerin üzerine yıkılmak istediği yükü protesto bile etmediler. DGB Başkanı Vetter dilinin ucu ile tüketim maddelerinden kesilen vergilerin yükseltilmesini bir sorun olarak görürken, Başbakan Schmidt, tüm engellemelere rağmen böyle bir programı hazırlayabilmesinden duyduğu memnuniyeti dile getirdi.

CDU ile SPD/FDP koalisyonunun hazırladığı programı "küçük insanlar tarafından yemlenen ve büyükler tarafından sağılan bir ineğe benzeterek kendisini emekçilerin çıkarlarının temsilcisi olarak göstermeye yeltenirken, DGB sendika patronu Vetter bu programı sendika üyelerine tüm içeriği ile kabul etmeyi önerdi.

DGB sendika patronları bu programın hazırlanması ile işçilerin Stuttgart'ta geçen yıl düzenlenen yürüyüşte de olduğu gibi artık işsizliğe karşı mücadele etmeleri, gerektiğini küstahça söylemeye ve böylece işsizliğe karşı önlemlerin alınması yönünde gelişebilecek mücadeleyi sabote etmeye bile çalışıyor.

Hayır arkadaşlar, şimdi işsizliğe karşı gerçek önlemlerin alınması ve Çalışma Programı'nın işçiler tarafından değil, kapitalistler tarafından finanse edilmesi için mücadele daha da yoğunlaştırılmalıdır!

"Çalışma Programı"nın maddi yükü zenginlerin üzerine yıkılmalıdır!

(„Bundesregierung legt ‚Beschäftigungsprogramm' vor")

Irkçılığı körükleyen "Heidelberg Bildirisi" resmi olarak yayınlandı

Bildiriye karşı protestolar yükseliyor

MAINZ. — Irkçılık ve şövenizim propagandası yaparak yabancı düşmanlığını körükleyen "Heidelberg Bildirisi"(Heidelberger Manifest) hazırlayıcıları 31 Ocak'ta Mainz'da toplandı ve bildirilerinin yeni bir metnini hazırlayarak resmi olarak kamuoyu arasında yaygınlaştırmak için işe koyuldular.

Yabancı düşmanlığını kışkırtan metnin hazırlayıcıları profesörler basına yaptıkları bir açıklamada *"kendilerine karşı aşırı solcular tarafından başlatılan kışkırtma kampanyasına"* ateş püskürmekteler. Onlar ayrıca Bildiri'nin şimdiye kadar bilinen metninin resmi olarak açıklanması için hazırlanmadığını ve sadece yeni kişilerin bildiriyi imzalamaları için düşünüldüğü belirtilmekteler. Sanki bildirinin metninin önceden bilinmesi ve çeşitli yollarla kamuoyuna ulaşmış olması bir şey değiştirecekmiş gibi bu metnin hazırlayıcıları mırıldanmaktalar. Ancak bu da, yani bildiri basın için değil, yeni imzalayıcıların bulunması için hazırlamış olmaları, onların bildirideki görüşlerin üstünü örtmek istemelerinin birer göstergesidir. Metnin hazırlayıcıları "imzalayanların sayılarını artırarak" bildirilerini resmi olarak Mart-Nisan ayında Bonn'da açıklayacaklarını belirtmiştiler. Ancak şimdi onlar bildirilerini açıklamak istedikleri tarihten önce yayınladılar, üstelik de kendilerinin amaç edindikleri gibi daha fazla imzayla değil, az imza ile kamuoyuna sundular.

Başlangıçta bildirinin altını imzalayan beş profesör şimdi yeni yayınlanan bildiriyi imzalamadı. Elbette bunu kendilerinde ayrı bir düşüncenin olmasından dolayı değil, sadece kamuoyunun tepkisi ve protestosundan çekindiklerinden yapmadılar.

Yeni hazırlanan "Heidelberg Bildirisi"nin metninde de eskisinden farklı pek yeni bir şey yok. Farklı olan tek yanı sadece şu ki, profesörlerin iki yüzlüce kendilerinin anayasadan yana olduklarını göstermek için daha fazla çaba harcamış olmalarıdır.

Irkçılık propagandası yapan ve yabancı düşmanlağını körükleyen "Heidelberg Bildirisi" ile birlikte ayrıca bir de Bildiri'nin temel notalarının gerçekleşmesini sağlamak doğrultusunda "Yabancılar politikasının temel esasları ve tedbirleri" adlı bir öneride verildi. Bu önerinin hangi noktaları içerdiği ve neyi amaçladığını, CDU/CSU ve FDP/SPD'nin izlediği yabancılar politikasıyla benzer yanlarının neler olduğunu Kızıl Şafak'ın gelecek sayısında ele alacağız.

Öte yandan, yabancıların Alman toplum ve kültürünü tehlikeye soktuğunu ileri sürerek Alman halkını yabancılara karşı kışkırtmaya çalışan "Heidelberg Bildirisi" Frankfurt Wolfgang-Goethe-Üniversitesin'de öğretim üyesi olan 40 profesör tarafından protesto edildi. Profesörler yaptıkları bir ortak açıklamada şöyle demekteler: *"Heidelberg Bildirisi", yabancıların ülkelerine geri gönderilmeleri için kamuoyu oluşturmaya yönelik bir amacı içermektedir. Heidelberg Bildirisi'nde profesörlerin yaptıkları açıklamalar insanlığa ve bilime uyan nedenler değildir."* Onlar devamla bildirinin temelini oluşturan ırkçı düşünceleri de ele alarak (...) *bildirinin Alman Anayasası'na uymayan bir politika güdülmesi istediğini" belirtmekte ve Nazi zamanlarına geri dönmek istemediklerini" vurgulamaktalar* .

(„Heidelberger Manifest jetzt offiziell veröffentlicht")

REAGAN DEFOL !

9 Haziran'da ABD emperyalizminin elebaşısı Reagan Bonn'a gelmek istiyor. Federal Alman Hükümeti'nin zorlamasının sonucu 10 Haziran'da Brüksel'de yapılması öngörülen NATO zirve konferansı, Bonn'a aktarıldı. Ayrıca Reagan konferanstan bir gün önce, yani 9 Haziran'da Bonn'a gelerek Başbakan Schmidt ile özel bir görüşme yapmak istemekte. Bonn Hükümeti ise tüm gücüyle NATO'ya sadıklığını sürdürmekte, Reagan'ın caniyane atom savaşı rotasının uyduluğunu yapmaya devam etmektededir.

KPD Batı Almanya'da bulunan tüm yerli ve yabancı barışsever güçleri Reagan'a karşı düzenlenecek yürüyüşe katılmaya çağırıyor.

NATO zirve konferansının Bonn'da yapılmasının kararlaştırılması ile; ABD emperyalizminin denetiminde NATO saldırgan paktı tarafından izlenen silahlanma ve savaş hazırlıklarına karşı olan Batı Almanya'daki güçlerin provoka edilmesi amaçlanmaktadır.

Zirve görüşmesinin Bonn'da yapılması konusunda Schmidt ve Genscher anlaştıktan sonra Madrid'de yapılan Avrupa'da Güvenlik ve İşbirliği Konferansı'nda Alman Dışişleri Bakanı Genscher ABD'li meslekdaşı Haig'le Konferans'ın yerinin değiştirilmesi üzerine görüştü ve onun onayını aldı. Haig, Genscher'in Konferans'ın yerinin değiştirilmesi üzerine yaptıgı bu teklifi memnuniyetle kabul etti. Çünkü ABD'nin de Bonn Hükümeti'nden istediği böylesi bir uyduluk görüşünü belirtmekten başka bir şey değildi. ABD emperyalistleri tam da şimdi daha fazla Varşova Paktı'na karşı harekete geçebilmek için Bonn Hükümeti'nin sadıklığına gerek duymaktadır.

Reagan Bonn'a gelmeyi; kendisine karşı yapılacak bir yürüyüşte çıkabilecek tüm tehlikeleri bile göze almaktadır. Çünkü bu Reagan Hükümeti'nin izlediği çıplak kışkırtmacı rota ile uyum içerisindedir.

ABD emperyalist çetesinin sözcüleri son dönemlerde oldukça sert bir şekilde kamuoyu önünde Bonn Hükümeti'nin eleştirerek, onun ittifak anlaşması çerçevesinde yüklendiği görevlerini yeterli bir şekilde yerine getirmediğini, silahlanma için az yatırım yaptığını belirttiler. Onlar olağanüstü bir sertlikle "tarafsızlık hayaletine" karşı çıktılar. Ayrıca Bonn Hükümeti'nin Batı Almanya'da "Amerika'ya karşı seslerin çıkarılmasına" izin vermesine karşı hiddetlerini dile getirdi ve 10. 10.1981 yılında Bonn'da yapılan barış yürüyüşüne ateş püskürdüler.

İşte Bonn Hükümeti, ABD süper devletinin bu tereddütünün haksız olduğunu göstermek için yoğun bir çaba harcamaktadır. Bunun için de o, ABD'ye olan ittifaka bağlılığını her ne pahasına olursa olsun ispatlamak istemektedir. İşte bu günlerde de Reagan ve tüm dünyaya gösterilmek istenen de budur.

ABD emperyalist çetesinin elebaşısı Reagan'ın Bonn'a gelişine karşı düzenlenecek protesto yürüyüşü iki noktayı belirleyecektir:

Birincisi; Bonn Hükümeti'nin emsalsiz bir NATO politikasına Batı Alman halkını çekip çekemeyeceğini, ikincisi; ise Schmidt'in Almanya'da yaşayan insanların adına konuşma hakkının olup olmadığını gösterecektir.

Ancak yürüyüşün ardından ve esnasında bu izlenimin oluşması bizlere bağlıdır. Eğer bugün tüm barış güçleri bütün gücünü seferber ederek harekete geçerse, bu Schmidt'in kafa üstü yere düşmesi demektir.

Bütün gücümüzü seferber etmek için harekete geçelim! Bizim, ne NATO'nun ne onun elebaşısı ABD'nin ne de uydulan Bonn Hükümeti'nin çılgınca silahlanma ve savaş rotasını izlemeyeceğimizi gösterelim!

Bonn'da yapılacak bu görüşme ile Batı Almanya kayıtsız şartsız NATO siyasetinin tam bir uygulayıcısı durumuna getirilmek isteniyor.

İşte bu, Batı Almanya'nın NATO'dan çıkmasını ve kendisini tarafsız ilan etmesini talep etmemiz ve bu talebi yaygınlaştırmamız için iyi bir ortamdır. Öyleyse bunun için biz Türkiyeliler de bu yürüyüşün ABD emperyalizmine indirilen bir darbe olması için tüm gücümüzü seferber edelim.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Kızıl Şafak'ın
1981 yılı sayıları cilt olarak çıktı

Her yıl olduğu gibi bu yılda Kızıl Şafak'ın geçen yıl içerisinde yayınlanan tüm sayıları toparlanarak tek ciltte yayınlandı. Böylece geçen yıl yayınlanan tüm sayılar cilt olarak temin edilebilir.

Geçen yıl içerisinde yayınlanan tüm sayıların tek ciltte toparlanmış olması bir taraftan Kızıl Şafak'la ilintili yapılacak olan araştırmaları kolaylaştırırken, öte yandan aynı zamanda güncel, tarih üzerine olan her türlü incelemeler için de başvurulacak iyi bir kitaptır.

Ciltin fiyatı: 35 DM'dir
İsteme adresi:
Verlag Roter Morgen
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

"Der Spiegel" dergisi "Neu Heimat" yolsuzluğunu açığa çıkardı

DGB Başkanı Vetter'in bunlardan haberi yok muydu?

HAMBURG. — "Der Spiegel" dergisi Alman Sendikalar Birliği'nin (DGB) sahibi olduğu "Neu Heimat" konut şirketinin Yönetim Kurulu üyesi Vietor ve diğer yöneticilerin çirkin entrikalarını açığa çıkardı. Açığa çıkan tüm olgular DGB cihazının kapitalizm ve onun hastalıkları ile ne kadar kaynaşmış olduğuna işaret etmektedir. Ekonomik yolsuzluk, sınırsız bir şekilde şirketlerin baş yöneticilerin kendilerine özel servet edinmeleri, ücretli insanların acımasız bir şekilde sömürülmesi, vergi kaçakcılığı vb. İşte kapitalizmin hastalıklarının sadece bir kısmı. Ve bu hastalıkların içerisinde DGB cihazı da gırtlağına kadar batmıştır.

"Der Spiegel" dergisinin yayınladığı 13 sayfalık yazıyı okuyan her samimi sendikacı ve sendika üyesinin, DGB konut tekeli "Neu Heimat"ın Yönetim Kurulu Başkanı Vietor ve meslektaşlarının çevirdiği karanlık işlere karşı kini gelişmekte.

"Sosyal konut" şirketi olan "Neu Heimat Batı Avrupa'nın en büyük konut tekelidir ve bu tekelin yönetim Kurulu Başkanı Vietor ve diğer meslektaşları acımasızca çeşitli yollarla kendilerine servet edindi, binlerce kiracıyı dolandırarak onların paralarının üzerine kondular. Onlar işçi ve emekçilerin çeşitli zorluklarla kazandıkları paralarını kendi şahsi çıkarları için çarcur ettiler.

DGB sendikası işçilerin ağır koşullar altında kazanıp ödedikleri aidatları "sosyal konut" şirketi adını taşıyan "Neu Heimat" vb. tekellerine yatırdı ve hala da öyledir.

Bu yıl içerisinde "Neu Heimat" şirketinin güya zarar ettiği ileri sürülerek 120 milyon DM üye aidatları tekele yatırıldı. Ayrıca gene geçen yılın sonunda da 120 milyon DM yatırılmıştı.

DGB sendika patronları işçi ve emekçilerin bin bir zorluklarla kazandıkları paraları bir taraftan keyfice çarcur ederken, öte yandan ise bir greve gitmek istendiğinde hemen bunun grev kasasını boşaltacağını iddia etmekte ve böylece grevin yapılmasını önlemeye çalışmaktalar.

"Der Spiegel" dergisi çeşitli entrikalar çevirerek kendisine özel servet edinen sadece tekelin yönetim kurulu başkanı değil, şirketin tüm yönetim kurulu üyelerinin olduğu belirtilmektedir. Özellikle Yönetim Kurulu Başkanı Vietor'un "Neu Heimat"tan çaldığı paralarla başka alanlarda kendisi için ek yatırımlar yaptığını belirtmektedir. Vietor'un ve Vormbrock gibi tekelin başlarının yılda kazandıkları yarım milyon DM'ın yanı sıra, bir de böylesi bir ek kâr edinmelerinin ne anlama geldiğini açıklamaya gerek yoktur. Bu beyler nakit paranın yanı sıra bir de kendi üzerlerine daire tapu ettiriyorlar.



"Neu Heimat"ın görevinden alınan şefi Albert Vietor.

"Spiegel"in yaptığı açıklamalarda Yönetim Kurulu üyelerinin şahsi servet edinmek için başvurdukları yöntem kendilerine ait olan özel firma ve banka açmalarıdır. Bu firmalardan biri örneğin "tele-therm" adlı kalorifer firmasıdır. Bu firma- "Neu Heimat"a ait olan daire ve bahçeli evlerin bir kısmının kalorifer sorununu çözen firmadır. Bu firma bir çok kiracıya fazla kalorifer parası göndererek, onlardan bunları ödemelerini talep ediyor. Kiracılar bunu ödemeyip ya da kontrol edilmesi için harekete geçtiklerinde ise yanlış bir hesaplamanın yapıldığını ileri sürüyorlarmış. Örneğin bu konuda bir çok Türkiyeli kiracıya da aynı oyunlar oynanmış. Firmanın Hannover'deki dairelerinde oturan iki Türkiyeli'den, fazla ısı parası ödemeleri istenmiş. Bunun üzerine arkadaşlar bir avukat aracılığıyla itiraz edince o zamanda ısı ücretlerinin hesaplanmasında bir yalnışlık olduğu ileri sürülmüş. Bir yanlışlık mı?

Isı ücretlerinin alabildiğince yüksek olmasının yanı sıra ayrıca yüksek kiralarda talep edilmiştir. Bunlar ödenmediği takdirde ise "Neu Heimat" şirketi resmi olarak ısı ücretlerini ve kiraları toplamaya koyulmuş ki, üstelik sanki bunlar kendisinin miş gibi.

"Spiegel" dergisi "Neu Heimat"ın baş yöneticilerinin kalorifer firması ile doğrudan ilgilendiklerini de sergilemektedir.

Bazı durumlarda kiracılar derneği "tele-therm" kalorifer şirketi tarafından istenilen fazla ısı ücretlerine karşı çıkıyor. Ve bunların bir çoğunda başarı da elde ediyor. Fakat buna rağmen sürekli aynı sahtekarlıklar tekrarlanıyor. Bunun üzerine kiracılar "Neu Heimat"ın bu kalorifer firması ile ilişkisini kesmesini talep ediyorlar. Ama Avrupa'da en büyük konut tekeli olan "Neu Heimat"ın Yönetim Kurulu ise ilişkisini sürdürmekten bir tek adım dahi geri atmıyor, atamazda; çünkü bunun arkasında olan sahtekarlar şebekesi "Neu Heimat"ın elebaşlarıdır.

Bu dehşet verici yolsuzluk olayına sadece "Neu Heimat"ın elebaşları karışmamış, aynı zamanda DGB'ye ait olan "Bank für Gemeinwirtschaft"ın eski şefi de yer almış. O şimdi DGB'nin tüm şirketlerini yöneten "Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG" adlı tekelin şefidir.

Neu Heimat yöneticilerinin paraları kendi zimmetlerine geçirerek bu yolla özel servet edindikleri skandaldan çeşitli bankacı, politikacı vb. çevrelerin haberi olduğunu da Spiegel dergisi ileri sürmektedir.

Peki bu yolsuzluklardan DGB yöneticilerinin haberi yokmuydu? Onların haberi olmadığını ileri sürmek pek inandırıcı değildir! Ayrıca işletmenin Denetim Kurulu'nun da mı tüm yolsuzluklardan haberi yoktur? Hiç bir şey tahmin etmediler mi? Pekâla onların hepsinin haberi vardı. Ama onların hepsi, yani Denetleme Kurulu Başkanı DGB Şefi Heinz Oskar Vetter, Loderer, Kluncker ve Döding "bir şey görmedim, bir şey duymadım" şiarı ile hareket etmekteler.

Olayın açığa çıkmasının ardından hemen Denetim Kurulu ve Yönetim Kurulu toplanarak görüşme yaptı ve "Neu Heimat" ın Başkanı Vietor'un görevine son verdiler. Ama bununla hiç bir şey çözümlenmiş değildir. Bunun için bütün bölgelerde sendikacılar harekete geçmeli ve onlardan acımasızca hesap verilmesini ve bu kokan bataklığın kurulutulmasını talep etmelidirler!

Ayrıca burada kısaca bir noktayı daha belirtelim: Peki Neue Heimat skandalı niçin bugün piyasaya sürülüyor? Bu yolsuzluk olayı daha önce bilinmiyor muydu? Çok iyi biliniyordu. Ama bunun bugün piyasaya sürülmesinin siyasi bir nedeni vardır. Biz sorunu bir sınıf sendikacısı bakış açısıyla ele almalıyız. Ve bu temelde ele alacak olursak, pekâla daha önceden bilinmesi mümkün olabilen bu olayın bugün açığa çıkması tesadüfi değildir. İşsizliğin alabildiğince arttığı, buhranın faturasının emekçilere ödettirilmeye çalışıldığı, sosyal hakların kısıtlandığı, işyerleri ardı arkası kesilmez bir şekilde kapatıldığı, ücretlerin dondurulması çığlıkları atıldığı bu dönemde kapitalistlerin bu saldırılarına karşı durulması gerekmektedir. Bu saldırıların sendikalar tarafından geri püskürtülmesi lazımdır. İşte bunu önlemek için bugün yoğun bir yaygara koparılmaktadır. Çünkü kapitalistler aristokratlarının ne gibi işlerle uğraştıklarını pekâla bilmektedirler.

Sorunun bu yanını gelecek sayımızda ele alacağız.

(„Skandal um Neu Heimat")

Üyelerin iradesi çiğnendi

IG DruPa sadece yüzde 7,5 ücret artışı talep ediyor

STUTTGART. — Federal Almanya'da DGB'ye bağlı olan sendikalar arasında en fazla üye sayısı bulunan IG Metall Yönetimi'nin bu yılki ücret turları için ileri sürdüğü yüzde 7,5 ücret artışı talebini şimdi Basım ve Kâğıt Sendikası da izledi. O, basım dalında çalışan 180 000 emekçi için yüzde 7,5 ücret ve maaş zammı talep etmektedir.

'Kızıl Şafak"ın 6/82 sayısında IG DruPa sendikasının çeşitli bölgelerde üye ve delegeler toplantısı tarafından en az yüzde 10'nun üzerinde tespit edilen ücret artışı taleplerini ele almış, Basım ve Kâğıt Sendikası'nın Büyük Toplu Sözleşme Kurulu' nun yüzde 10'nun altında bir ücret artışı talebini ileri sürmesinin, üyelerin iradelerini hiçe sayması anlamına geleceğini belirtmiştik.

Nitekim söylediğimiz gibi de oldu. Çünkü bir çok bölgede yapılan üye ve delegeler toplantısında tespit edilen ücret artışı talepleri en az yüzde 10 dolayındaydı. IG Druck u. Papier sendikasının Toplu Sözleşme Kurulu ise yüzde 7,5'lik ücret artışı talebini tespit etmesiyle üyelerin iradesini hiçe saymış oldu.

Ama buna rağmen şu noktayı açıkca vurgulamakta yarar vardır: Eğer gerçekten bu yılki ücret turlarında en azından yaklaşık olarak gerçek ücretlerin garanti altına alınması isteniliyorsa, o zaman yüzde 7,5 ücret artışı tam olarak gerçekleştirilmelidir.

(„IG Druck u. Papier fordert nur 7,5 Prozent")

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı
......sayısından
itibaren
ısmarlamak
istiyorum

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... İmza: ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız:
Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30.